[illegible] DM 7,50 M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Immer am Ball

Neue deutsche Außenpolitik

außerdem: **NAFTA**: Bilanz nach zwei Jahren
Lobbyismus: Klinkenputzen statt Straßenkampf
Globalisierung: Städtische Eliten in Manhattan

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Stephan Günther, Uwe Jungfer, Dietmar Küther, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ute Sikora, Ann Stafford, Jörg Später, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter.

Druck und Satz:
Druckhaus Dresden. Tel.: 0351/3361114

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071

Redaktionsschluß für Nr. 211:
3.1.1996

Anzeigenschluß für Nr. 211:
(Druckfertige Vorlagen) 14.2.1995

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 7,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Einem Teil der Auflage liegen Prospekte von „lettre international" und Krisis bei.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe entstand in Kooperation mit dem Internationalen Solidaritätsfond Bündnis 90/Die Grünen.

Spenden:
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

Tausenderlei Grüße ...

an Moni, Nils und „ihne ihrn Kloane" Leonie. Außerdem grüßen wir zum Jahresende unsere 95er PraktikantInnen Anke, Fabian, Steffi, Albrecht und Dietmar.

... und tausenderlei Entschuldigungen

Wir bedanken uns bei den vielen AbonnentInnen, die ihr Abo jetzt im Einzugsverfahren zahlen und entschuldigen uns für gelegentlch auftretende Umstellungsschwierigkeiten.

Inhaltsverzeichnis

Spagat 1996

Nun ist es heraus – das letzte Heft, die Nr. 210 der ‚blätter des iz3w'. Nein, nicht die allerletzte Ausgabe, sondern nur das letzte Heft im Jahr 1995. Acht Nummern sind es wieder geworden wie versprochen – und es hat sich einiges verändert in diesem Jahr.

Wir stecken erstmals seit 25 Jahren in einer existenziellen finanziellen Krise. Das hat uns gezwungen, eine Abo- und Spendenkampagne zu starten, um das Überleben von Verein, Archiv und Zeitschrift zu retten und weiteren Personalabbau zu verhindern. An diese Stelle gehört auch ein großes Dankeschön an alle, die ohne Entlohnung bei uns mitarbeiten, Artikel schreiben oder gute Fotos zur Verfügung stellen. Ohne ihren Einsatz gäb's die ‚blätter' nicht – und die sollen (noch) besser werden.

Deshalb nun die guten Seiten der Veränderungen: Die ‚blätter' haben ein etwas anderes Gesicht bekommen. Das heißt nicht nur, daß wir uns darum bemühen, unsere Beiträge mit besseren Bildern und Überschriften zu versehen. Wir haben den Heften auch eine klarere Struktur gegeben und vor allem nehmen wir Stellung zu neuen Fragen in den Nord-Süd-Beziehungen und der internationalen Politik.

Die klassischen Länderartikel sind inzwischen auf das erste Heftdrittel beschränkt. Aus gutem Grund: Waren sie noch vor 10 Jahren das Markenzeichen der ‚blätter', bietet heute eine Reihe von Regionalzeitschriften eine Fülle von Nachrichten und kritischen Berichten. Mit denen wollen wir nicht konkurrieren. Unsere Länderartikel sollen heute beispielhaft Fragestellungen beleuchten, die über das jeweilige Land hinaus Erkenntnisse vermitteln und im Einzelfall kritische Hintergrundinformationen zu Staaten und Regionen bieten, die gerade im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen wie derzeit z.B. Mexiko oder Nigeria. In Zukunft wollen wir außerdem im Länderteil versuchen, mehr Beiträge zu veröffentlichen, die weniger wissenschaftlich argumentieren und dafür etwas mehr aus dem Leben gegriffen sind.

Am Konzept der Themenschwerpunkte im Mittelteil des Heftes halten wir fest. In teilweise monatelanger Vorbereitung werden hier Themenkomplexe in einer Weise erarbeitet und präsentiert, die ihresgleichen sucht. Eigentlich ist jeder Themenblock in den ‚blättern' ein kleines Buch. Im kommenden Jahr werden u.a. die Globalisierung, die bundesdeutsche Entwicklungspolitik, religiöse Fundamentalismen, Homosexualität und Geschlechterkonzepte sowie die Folgen der weltweiten Illegalisierung von Migranten unsere Themenschwerpunkte sein.

Der dritte Teil der ‚blätter' soll sich hauptsächlich mit den Themen der Zukunft und mit aktuellen Debatten befassen. „Globalisierung" heißt das Zukunftsthema. Dabei ist der Begriff momentan noch nicht viel mehr als ein großer Sack, in den unter Attributen wie „global" oder „transnational" gestopft werden kann, was früher einmal „international" hieß. Unser Ziel ist es, den Sack aufzuknüpfen, Brüche und Kontinuitäten herauszustellen sowie Gestaltungsmöglichkeiten (realistische wie utopische) und kritische Perspektiven zu entwerfen. Die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich wird in Zukunft nicht mehr zwischen Staaten und Nationen klaffen, sondern überall. In den Megastädten zeichnen sich die Entwicklungen und Konflikte bereits ab – sie sind die Mikrokosmen der einen Welt.

Neben den sozialen Folgen beschäftigen uns die ökologischen Konsequenzen der weltweiten Modernisierungen. Die Vernichtung unterschiedlicher Lebensformen ist ein weiteres Phänomen einer eindimensionalen Modernisierung im Weltmaßstab. Wir fragen nach Protest- und Widerstandsformen, die aber oft selbst nicht minder problematisch sind. Wir suchen Positionen zu den neuen Fragen des Welthandels und den Folgen der technologischen Entwicklung (Informations-, Bio- und Gentechnologien etc.) und, und, und ... All diese Fragen zwingen uns auch, den Blick wieder mehr vor die eigene Haustür zu lenken. Welche Positionen sollen auf welche Weise politisch durchgesetzt werden? Hier ist die Debatte um den aktuellen Marsch in die Institutionen, die Debatte zwischen Lobbyismus und Reform auf der einen und Systemkritik und Verweigerung auf der anderen Seite voll entbrannt.

Es geht uns um Entwicklungen, die das alte Nord-Süd-Schema untergraben und uns schon jetzt zu einem anderen als den gewohnten Blick auf diese Welt zwingen. Allerdings steht derzeit das allgemeine Interesse für Fragen der Nord-Süd-Politik (oder heute besser: transnationaler Angelegenheiten) in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Hier wollen wir Zeichen setzen: Gegen den Trend zum Infotainment setzen wir auf den aufklärerischen Wert der Analyse – was nicht immer nur schwere Lektüre bedeuten muß. Anhand aktueller Fragestellungen sollen die ‚blätter' weiter zwischen kritischer Wissenschaft und Öffentlichkeit vermitteln. Schließlich schafft derzeit keine andere „Zeitschrift für transnationale Angelegenheiten" den Spagat, pragmatische, reformorientierte politische Alternativen und Strategien neben grundsätzlich system- und ideologiekritische Analysen zu stellen. Wir halten eine solche Verbindung für unverzichtbar, wenn Bewegungen in andere Richtungen als die derzeit herrschenden entstehen sollen.

Nur gehen uns leider die Mittel aus. Zwar war die Bedeutung dieser Zeitschrift immer größer, als es die Anzahl ihrer verkauften Exemplare denken ließ – aber im Jahr des Silberjubiläums nutzt uns das wenig. Wir brauchen neue AbonnentInnen und Spenden. Bisher hat unsere Kampagne knapp 100 neue AbonenntInnen und 15.000 Mark gebracht. Wir begrüßen die neuen LeserInnen und danken den SpenderInnen!

Vielleicht findet ja so mancher über Weihnachten die Zeit, das Heft mal gründlicher als sonst zu lesen, und erkennt, was wir zu bieten haben. Zeitmangel ist nämlich der am häufigsten angegebene Kündigungsgrund. Das aber spricht gegen die Zeit und nicht gegen die Zeitschrift.

In diesem Sinne wünschen wir allen LeserInnen ein paar geruhsame und besinnliche Tage zwischen den Jahren.

Die ebenfalls sinnierende Redaktion

*P.S. Wie wäre es mit einem **Geschenkabo**? Als Weihnachtsgeschenk von uns gibts dann, wie bei einer Neuabonnent-Innenwerbung, noch ein Buch aus unserer ‚Schwarzen Reihe'.*

*P.P.S. Kleine **Spende** gefällig? Wir brauchens unbedingt und dringend. Deshalb nochmal unser Konto (Überweisungsvordrucke liegen bei):*

Kto 124 96 06
Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 000)
Verwendungszweck:
‚Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt'

Mühlstein oder Rettungsring

Eine Bilanz nach zwei Jahren NAFTA

Die Katastrophenszenarien haben sich nicht bewahrheitet. Das NAFTA- Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko hat keine spektakulären Veränderungen in den drei Ländern bewirkt. Die meisten Nachteile hat der Modernisierungs- und Konzentrationsschub für die Armen im ärmsten Land. In Mexiko werden ganze Regionen zu Krisengebieten. Für die Länder Lateinamerikas ist die Kooperation untereinander erfolgversprechender als eine erweiterte NAFTA.

Die Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika haben sich seit den achtziger Jahren gewandelt. Nach einem für Lateinamerika „verlorenen Jahrzehnt" und einer Phase der „Reaganomics" in Nordamerika ergab sich eine neue Phase der regionalen Kooperation. Ermöglicht wurde dies durch Veränderungen in beiden Teilkontinenten. Im Süden des Kontinents hat sich nach dem Scheitern der Strategie der Importsubstitution der Neoliberalismus verbreitet. Der Zwang der Umstände und der Krisendruck haben neue Weichenstellungen in Wirtschafts-, Entwicklungs- und Außenpolitik ermöglicht. Zudem ist das Verhältnis zu den USA wesentlich entspannter und die globalpolitische und weltwirtschaftliche Interdependenz wird weitgehend akzeptiert. Insbesondere Mexiko hat sich stark angepaßt, weitreichende Wirtschaftsreformen durchgeführt und ist dem GATT, der NAFTA und der OECD beigetreten.

Auf der nördlichen Seite des Rio Grande, in den USA, steckt die Wirtschaft seit den 70er Jahren in einer Strukturkrise. Gleichzeitig hat die zunehmende Internationalisierung die Abhängigkeit vom Ausland erhöht. Reagan hat u. a. mit einer offensiveren Außenhandelspolitik und der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den Nachbarn reagiert. NAFTA schließlich wurde von den US-Eliten unterstützt, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und der EU langfristig zu verbessern. Außerdem erhofft sich Washington einen sichereren Zugang zu strategischen Rohstoffen wie Erdöl. Wirtschaftswachstum in Mexiko ist Voraussetzung für die Schuldenrückzahlung und würde einen großen Markt für die USA entstehen lassen. NAFTA dient auch als eine Art Versicherung für die wirtschaftsliberalen Reformmaßnahmen in Mexiko. Insgesamt soll Mexiko durch NAFTA ökonomisch und politisch stabilisiert werden, um die von dort ausgehenden Risiken für die USA (Einwanderung, Drogenschmuggel, Unsicherheit) einzudämmen (vgl. ‚blätter' Nr.209).

NAFTA stellt ein Novum dar, weil mit diesem Abkommen zum ersten Mal zwischen einem hochindustrialisierten und einem anders entwickelten Land des Südens ein Freihandelsabkommen abgeschlossen worden ist. Nun ist es seit fast zwei Jahren in Kraft und seine Folgen sind (noch?) nicht so außergewöhnlich wie befürchtet bzw. erhofft.

Nördlich und südlich des Rio Grande

Die Bedeutung dieses Nord-Süd-Freihandelsabkommens läßt sich mangels ausführlicher Statistiken und Analysen noch nicht systematisch und differenziert überblicken. Das US-Handelsministerium konstatierte für das erste Halbjahr 1994 einen Anstieg der US-Exporte nach Mexiko von 17% (24,5 Mrd. $), während die mexikanischen Ausfuhren in die USA um 21% (23,5 Mrd. $) angestiegen seien. Im selben Bericht schätzt das Handelsministerium, daß durch die Zunahme der US-Exporte etwa 100.000 neue Arbeitsplätze im eigenen Land geschaffen worden seien. Allerdings hält diese Kalkulation kritischer Überprüfung nicht stand. Es müßten ca. 21.560 Arbeitsplätze verloren gegangen sein, denn die Importe aus Mexiko sind stärker gestiegen. Diese Zahl kommt seriöseren Berechnungen und der Realität näher und widerspricht den Versprechungen der NAFTA-Befürworter.

Südlich des Rio Grande sind die Folgen ungleich krasser. Wie befürchtet, steht der Agrarsektor Mexikos besonders unter Druck: Billige Importe aus den USA nehmen stark zu. Für Mexiko sehen nach der Peso-Krise die kurzfristigen Arbeitsplatzszenarien äußerst schlecht aus. Denn seither wurde wieder Kapital abgezogen, das Nachfragevolumen sank und einige Firmen können mangels Ressourcen nicht mehr produzieren. Andererseits zeichnen sich ausländische Investitionen im Automobilbereich und im Finanzdienstleistungssektor ab, die zu neuen Arbeitsplätzen führen dürften. Aber noch hängen Mexikos Finanzinstitute am Tropf. Vor drei Jahren hatte die mexikanische Regierung bei ihrer weltweit gelobten Bankenprivatisierung knapp 9 Mrd. DM eingenommen. Jetzt mußte sie 9,5 Mrd. DM bereitstellen, um die kränkelnden Kreditinstitute am Leben zu erhalten. Inzwischen wird über die Öffnung des mexikanischen Telefonmarktes diskutiert. Ausländische Konzerne erhoffen sich dadurch hohe Gewinne.

Weil einige profitable Unternehmen modernisiert und rationalisiert werden, ist absehbar, daß die ökonomische und soziale Polarisierung sowohl in Mexiko als auch innerhalb der anderen NAFTA-Länder weiter zunimmt. Während die Realeinkommen für die unteren Bevölkerungsschichten stagnieren oder gar sinken, stieg die Zahl der Superreichen exponentiell an: In den USA waren 1987 noch 49 und 1994 bereits 120 Milliardäre registriert, in Mexiko war 1987 nur ein Milliardär registriert, 1994 waren es 24.

Klar ist demnach, daß sowohl die Hoffnungen als auch die Ängste übertrieben waren und vorerst widerlegt sind. Zum einen war von Anfang an sicher, daß sich zumindest für die USA durch NAFTA insgesamt keine dramatischen Veränderungen ergeben würden, denn bereits ein Größenvergleich der drei Länder verdeutlicht die unterschiedliche Relevanz des Abkommens. Das mexikanische Bruttoinlandsprodukt

beträgt nur ein Zwanzigstel des US-BIP. Die US-Einfuhren aus Mexiko wiederum betragen nur etwa 0,5% des US- BIP und können schon allein deswegen keine außergewöhnlich negativen Folgen für den US-Arbeitsmarkt zeitigen. Zudem waren schon vor Inkrafttreten des Abkommens die quantitativen Handelsbarrieren zwischen den Ländern niedrig und die Handelsbeziehungen gut entwickelt. NAFTA institutionalisiert lediglich bestehende ökonomische Trends in und zwischen den drei Ländern, reguliert die Entwicklung aber kaum.

Globale Akteure und nationale Souveränität

Ähnlich wie für die Europäische Union gegenüber Osteuropa besteht für die US-Eliten gegenüber Lateinamerika ein Grunddilemma darin, daß sie sich einerseits abschotten möchten von den sozioökonomischen Problemen dieser Nachbarregionen, daß sie sich aber andererseits für ihre ökonomischen Potentiale (Rohstoffe, Absatzmärkte, billiges Arbeitskräftereservoir) sehr interessieren. Abschottung ist erfahrungsgemäß keine langfristig erfolgversprechende Strategie. Doch der „freie Markt" ist eine denkbar ungeeignete Lösung für die wirtschaftliche Integration, vor allem weil die Ungleichheit zunimmt. Es müßten beispielsweise Sozial- und Strukturfonds wie in der EU geschaffen werden – das marktkonforme und profitable US-Motto lautet aber stattdessen: „trade, not aid."

Zumindest für die USA und Kanada sind die von NAFTA erhofften oder befürchteten Folgen bislang weitgehend ausgeblieben. Die Hoffnung der NAFTA-Befürworter in den USA, das Abkommen könne die illegale Immigration aus Mexiko stoppen oder reduzieren, hat sich bislang nicht erfüllt: Sie steigt weiter an. Zugleich nimmt angesichts der ökonomischen Probleme zum Beispiel in Kalifornien die Feindseligkeit gegen diese Einwanderer zu. Die administrativen Gegenmaßnahmen der USA werden verschärft und sind sehr kostspielig. Ähnliches zeichnet sich für den Problembereich Drogenschmuggel ab.

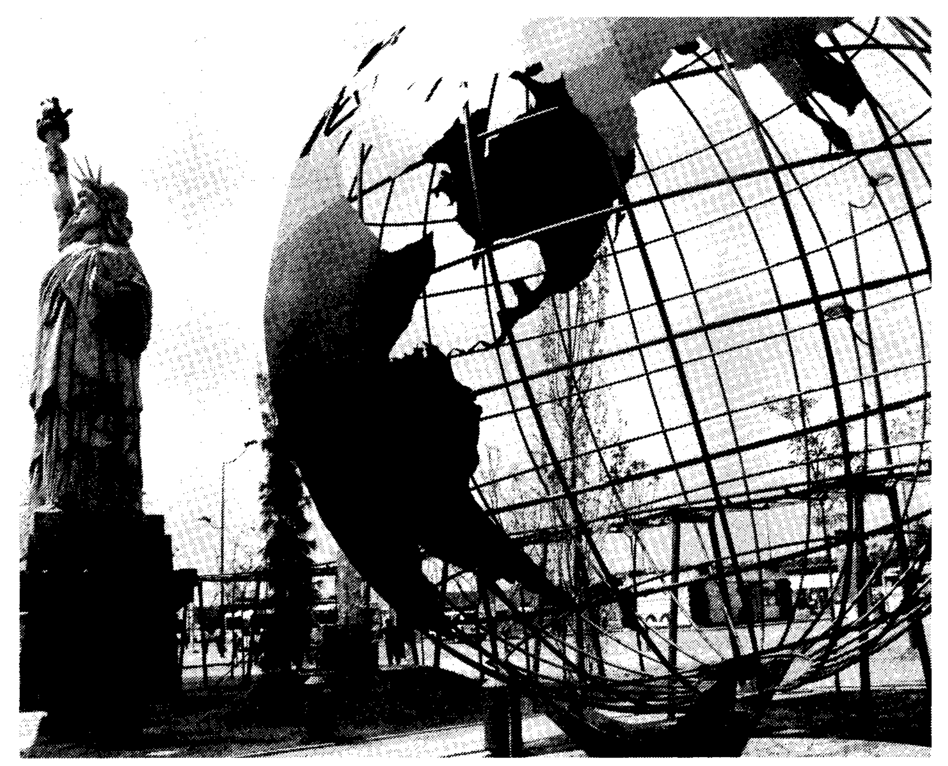
Im Zusammenhang mit NAFTA und seit der letzten GATT-Runde ist in den drei Ländern die befürchtete Einbuße von nationaler Souveränität ein umstrittenes Thema. Kritisiert wird die Unterminierung demokratischer Prinzipien durch die ökonomische Globalisierung und die gleichzeitige Reduzierung nationalstaatlicher Steuerungsmöglichkeiten. Solche Befürchtungen und Vorwürfe werden sowohl von rechten (mit z.T. rassistischem Tenor) als auch linken Akteuren (mit basisdemokratischen Maßstäben) vorgebracht und dürften auch weiterhin eine gewichtige Rolle in den außenpolitischen Debatten spielen.

Darüberhinaus bewirkt und verstärkt NAFTA regionale Verschiebungen. Nicht nur im ökonomischen Bereich werden schon existierende Trends modifiziert und institutionalisiert. Seit dem Boom des Maquiladora-Systems (zoll- und abgabenfreie Lohnveredelungsbetriebe) in der mexikanischen Grenzregion zu den USA bildet sich dort ein grenzüberschreitendes Netzwerk aus. Es wird durch das starke Anwachsen der hispanischen Bevölkerung auf US-Seite begünstigt. Dieser Trend ist auch in anderen Grenzregionen der NAFTA-Länder zu beobachten.

Die sozioökonomischen Umwälzungen werden vielfältige Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten produzieren bzw. verstärken und damit zu weiteren sozialen Spannungen führen. Die wirtschaftsliberale Politik Mexikos hat den bewaffneten Aufstand in Chiapas verursacht. Das bedeutet, daß NAFTA in Mexiko nicht (wie von den Befürwortern erwartet und propagiert) mehr, sondern weniger Stabilität geschaffen hat.

Damit zusammenhängend ist auch die „Peso-Krise" zu einer riskanten Herausforderung geworden (vgl. ‚blätter' Nr. 209). Die Rettungsaktion zur Stützung Mexikos, die durch die US-Regierung mit brachialem Druck im IWF durchgesetzt worden ist, hat einen Umfang von 50 Mrd. US-$. Dadurch ist die Skepsis nicht nur ausländischer Investoren und Politiker gegenüber Mexiko schlagartig gestiegen. Gemäß einer Umfrage der Los Angeles Times waren 81% der befragten US-Amerikaner und 74% der Mexikaner (Mexiko bürgt mit seinen Öleinnahmen für die Rückzahlung!) gegen diese „Lösung".

Einen weitgehend unbeachteten, aber wichtigen Sekundäreffekt von NAFTA stellen die grenzüberschreitenden „zivilgesellschaftlichen" Interaktionen dar. Für viele Beobachter überraschend war die Stärke der NAFTA-kritischen Koalitionen, die sich in und zwischen den drei Ländern gebildet hatten. Allein die Kooperation zwischen einzelnen Umweltorganisationen und Gewerkschaften in den USA stellt ein Novum dar und dürfte ein wichtiges Fundament für künftige Auseinandersetzungen sein. Eine steigende Bedeutung für die Region dürften die wachsenden Aktivitäten der „Interamerikanischen Regionalorganisation der Arbeitnehmer" (ORIT) erhalten. Umweltpolitische und andere Bewegungen versuchen, ihre grenzüberschreitenden Kontakte aufrechtzuerhalten und die Umsetzung von NAFTA kritisch zu begleiten. Auch auf bilateraler Ebene arbeiten bereits zahlreiche latein- und nordamerikanische Organisationen zusammen.



Ein Hoch auf den freien Welthandel (EXPO 1992 in Sevilla) **Foto: Herby Sachs – version**

NAFTA oder TAFTA?

Das Ziel der Öffnung fremder Märkte ist unter der Präsidentschaft Clinton noch wichtiger geworden als zuvor. Die USA wollen künftig ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und anderen asiatischen und zu den lateinamerikanischen Staaten intensivieren. Im Handel werden große Wachstumsraten erwartet. Manche US-Experten werfen inzwischen die Frage auf, ob denn für die USA und ihre Freihandelsabkommen die geografische Nähe ein relevanteres Kriterium sein soll als die jeweilige ökonomisch-strukturelle „Nähe": ob also nicht eher Handelsverträge mit dynamischen ostasiatischen Ländern abgeschlossen werden soll-

ten, oder ob nicht vielleicht gar ein nordatlantisches Freihandelsabkommen (TAFTA) sinnvoller wäre als entsprechende Abkommen mit wirtschaftlich relativ unwichtigen Ländern wie Argentinien.

Hinzu kommt, daß in den USA das wirtschaftliche Interesse an weiteren Integrationsschritten nicht sonderlich groß ist, denn immerhin wird bereits ca. 80 % des kontinentalen Handels zwischen den drei NAFTA-Ländern getätigt. Zwar ist auf dem „amerikanischen Gipfel" in Miami im Dezember beschlossen worden, bis zum Jahr 2005 eine „Free Trade Area of the Americas" (FTAA) zu schaffen. Doch die treibenden Kräfte in den USA dürften gegenüber den Kritikern und Skeptikern der NAFTA-Süderweiterung vorerst nur geringe Durchsetzungschancen haben. Dennoch gilt es für die US-Regierung, die in Lateinamerika existierenden Befürchtungen einer Bevorzugung Mexikos zu zerstreuen.

US-Präsident Clinton hat ohne besondere Verhandlungsvollmacht des US-Kongresses mit Chile über dessen Beitritt zu NAFTA zu verhandeln begonnen. Dies ist im US-Kongreß sehr umstritten und Clinton dürfte Mühe haben, die Verhandlungsvollmacht zu erhalten, denn der neue, konservativ-republikanische Kongreß ist protektionistischer als der vorherige. Das „nationale Interesse" der USA steht ganz oben in der Prioritätenliste. Zudem lehnen die Republikaner (wie in den NAFTA-Zusatzabkommen bereits festgelegt und von Clinton für weitere Handelsabkommen vorgesehen) eine Verknüpfung von Handelsabkommen mit umweltpolitischen oder arbeitsrechtlichen Regelungen strikt ab. Die Skepsis gegenüber einer (zumindest baldigen) Süderweiterung von NAFTA hat in den USA starken Aufwind erhalten.

Süd-Süd-Kooperation gegen den Koloß?

Nach zwei Jahren NAFTA ist die Zwischenbilanz zwar uneinheitlich, für Mexiko allerdings eher negativ. Insbesondere US-Investoren drängen in profitable Unternehmen und modernisieren sie entsprechend ihrer Nutzenkalküle und globalen Strategien. Andere Bereiche kommen unter die Räder der Massenimporte aus den USA. Nur wenige mexikanische Branchen können bei der Dynamik mithalten, so daß die Ungleichheiten weiter zunehmen werden (Wachstumsregionen versus Krisengebiete). Zedillos Politik scheint diese Dynamik weder zu verhindern noch sozial abzufedern. Daher nehmen die Stimmen zu, die eine erneute Orientierung Mexikos nach Süden vorschlagen. Und in anderen lateinamerikanischen Ländern wird ebenfalls realistischer überlegt. Auch eine Weltbank-Studie über die möglichen Vorteile eines Beitritts zu NAFTA müßte die meisten lateinamerikanischen Länder sehr skeptisch stimmen. Demnach würden fast alle gegenüber den USA relativ verlieren. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß die von NAFTA üblicherweise erhofften Vorteile wie Marktzugang, Kapital- und Technologietransfer so stark wirken, daß die Skepsis relativiert wird. Neben den ökonomischen Unwägbarkeiten sind auch die lange schon konfliktreichen und asymmetrischen politischen und kulturellen Beziehungen mit dem Koloß im Norden nicht zu unterschätzen; sie könnten – nicht zuletzt wegen der reaktionär-nationalistischen Stimmung in den USA – zu akuten Spannungen führen.

Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, sich die Veränderungen der Beziehungen innerhalb Lateinamerikas in Erinnerung zu rufen. Seit den Debatten um NAFTA hat sich der wirtschaftliche Integrationsprozeß innerhalb Lateinamerikas fortgesetzt. In den vergangenen Jahren hat sich dort die Zahl der subregionalen Wirtschaftsabkommen und Handelsverträge vervielfacht. Mexiko ist dabei zum Zentrum regionaler Präferenzabkommen in der Region avanciert.

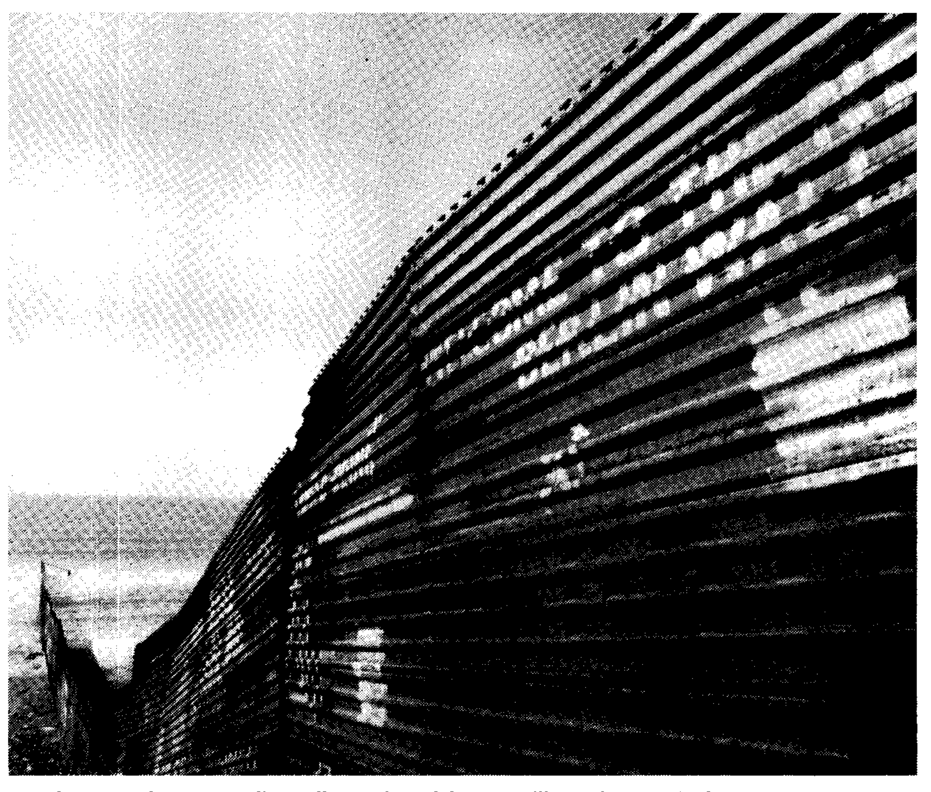
Durch die stärkere Anbindung des mexikanischen Systems an die USA dürfte Mexiko allerdings noch mehr als bisher seine Funktion als Unterstützer progressiver, nationaler Entwicklungen in Lateinamerika verlieren. Stattdessen ist zu erwarten, daß die mexikanische Elite dort als Unterhändler und Scharnier in Sachen ‚Marktöffnung' und ‚exportorientierter Entwicklung' fungieren wird.

Die USA effektivieren damit sozusagen ihren bereits über den IWF, die Weltbank und andere indirekten Kanäle artikulierten Einfluß auf zahlreiche Länder in Lateinamerika. Also auch hier – wie in ihrer Außenhandelspolitik – verfügt die US-Administration über eine Palette unterschiedlicher Vorgehensweisen: unilaterale (ökonomischer Druck, Blockadepolitik), bilaterale (Abkommen, Absichtserklärungen) und multilaterale (GATT, IWF, Weltbank, UN, OAS). Aber auch Mexiko schafft sich zusätzliche Optionen durch den Beitritt zur APEC und den Ausbau der Beziehungen zur EU.

NAFTA war für Mexiko sicherlich kein „Rettungsring", denn „gerettet" wird der neoliberale kapitalistische Entwicklungsweg und die damit einhergehenden sozialen und kulturellen Folgen. Die auf historisch gewachsenen Strukturen basierenden Nord-Süd-Differenzen in Amerika werden durch NAFTA verstärkt werden.

Aber auch alternative Strategien dürften diese Differenzen nicht in kurzer Zeit reduzieren können. Aus den skizzierten Trends läßt sich schließen, daß sich (ähnlich wie in Europa) auch auf dem amerikanischen Kontinent eine Integrationsbewegung der „zwei Geschwindigkeiten" entwickeln wird. Für die lateinamerikanischen Ökonomien empfiehlt sich daher die verstärkte Kooperation untereinander. Nur so wäre einerseits eine angepaßte Entwicklung und andererseits eine wirksamere Artikulation und Durchsetzung „südlicher" Interessen gegen den Koloß im Norden möglich. Gerade die Peso-Krise zeigte, daß das Wohl der USA immer enger mit dem Wohl der südlichen Nachbarn zusammenhängt. Damit NAFTA nicht für noch mehr Menschen zum Mühlstein wird, bedarf es einer neuen Politik – gegen die alten Profiteure.

Edgar Göll



„Welcome to the New Berlin Wall" – steht auf dem ‚Tortilla-Vorhang', wie der Grenzraum zwischen den USA und Mexiko genannt wird

Mexikos karibische Konkurrenten

Der NAFTA-Beitritt Mexikos beschleunigt den Modernisierungs- und Konzentrationsprozeß und vergrößert den Abstand zwischen arm und reich. Er schwächt auch die Position kleinerer Staaten Mittelamerikas und der Karibik, die unter ungleichen Bedingungen mit Mexiko um den Exportmarkt USA konkurrieren müssen.

Die USA dominieren die externen Wirtschaftsbeziehungen der CARICOM-Staaten (Caribbean Economic Community). Sie sind ihr größter Absatzmarkt für Öl, Bauxit, Agrarprodukte, verarbeitende Industrie und Dienstleistungen (Datenverarbeitung, Tourismus etc.) und die Hauptquelle von Auslandsinvestitionen, Rücküberweisungen karibischer Emigranten und anderen internationalen Finanztransfers. Die meisten CARICOM-Länder verdienen über 50% ihrer Devisen durch Exporte in die USA. Die USA sind aber auch die Hauptquelle verschiedener Importe.

Jamaika z.B. exportierte 1992 Waren und Dienstleistungen im Wert von US$ 376,8 Millionen in die USA. Im gleichen Jahr exportierte es für US$ 242 Mio. in die EG und lediglich für US$ 58,5 Mio. in andere Staaten der CARICOM. Rund 62% seiner Touristen kamen 1992 aus den USA, jeweils etwa 10% aus Kanada, Großbritannien und der übrigen EG. Nach Schätzungen des Tourismusministeriums gaben 1992 rund 1,5 Millionen Besucher etwa US$ 850 Mio. in Jamaika aus.

Doch das Ausmaß der Einbettung von CARICOM in den US-Markt ist noch größer, als die Daten aus der nationalen Leistungsbilanz andeuten. Die karibischen Auswanderer in den USA unterhalten rege kulturelle, soziale und wirtschaftliche Beziehungen zu ihrer Heimat. Die Karibik ist ein integraler Bestandteil der „Dollarzone"; der US-Dollar ist die primäre Währung für wirtschaftliche Transaktionen. Multinationale Unternehmen aus den USA haben große Summen in Ölproduktion, Bergbau, Schifffahrt, Dienstleistungen, Agroexport, Informationsverarbeitung u.a. investiert. Die enge Anbindung der Finanzmärkte der Karibik an die USA reduziert die Finanzautonomie ihrer offenen und relativ fragilen Wirtschaften erheblich.

Seit den achtziger Jahren hat sich mit Hilfe des internationalen Schuldenmanagements das neoliberale Wirtschaftskonzept absolut offener Märkte in der Karibik durchgesetzt. Die sogenannte Caribbean Basin Initiative (CBI) der US-Regierung unter Reagan trug entscheidend dazu bei.

Während die Wettbewerbsfähigkeit traditionell in die USA exportierter Güter (Zukker, Bananen, Öl und Bauxit) zunehmend sank, wurden Produkte wie Textilien, agroindustrielle Güter, Elektronikartikel usw. für den Export attraktiver. Gleichzeitig nahm die ostasiatische Konkurrenz für amerikanische Produzenten in diesen Bereichen bedrohliche Dimensionen an. CBI muß daher als ein Versuch der USA betrachtet werden, die industrielle Produktionsstruktur der Karibik in eine international wettbewerbsfähige Exportplattform für aus den USA stammende Güter sowie agroindustrielle Produkte zu transformieren.

CBI bestand aus zwei Hauptkomponenten: einerseits aus direkter Wirtschaftshilfe, andererseits aus einer Reihe von Handelsabkommen, welche verschiedenen Produkten der Region relativ freien Zugang zum US-Markt garantierten. Im Gegenzug verpflichteten sich die Karibikstaaten zu weitreichenden Zugeständnissen an potentielle Investoren. Überall in der Karibik entstanden sogenannte Freihandelszonen, in denen das internationale Kapital Steuervergünstigungen, die Abwesenheit von gewerkschaftlichem Einfluß und staatlicher Reglementierung genoß und den relativen Kostenvorteil der Karibik durch billige Arbeitskräfte in hyperprofitablen Arbeitsprozessen nutzte. Die Liberalisierung der Märkte bezog sich auffälligerweise nicht auf den Arbeitsmarkt. Der Abbau von Handelsbarrieren für wichtige Industrien sowie die einseitige Förderung der Exportwirtschaft führten zu De-Industrialisierung und zur Entlassung vieler Arbeitskräfte. Nur wenige fanden Beschäftigung in den neuen Wachstumsbranchen, die zudem weniger Lohn zahlten.

Die neoliberalen Standardrezepte von CBI und „strukturellen Anpassungsprogrammen" haben wenig Erfolg gehabt. Nach Angaben des US-Handelsministeriums sanken die Exporte der CARICOM-Staaten in die USA zwischen 1984 und 1991 um etwa US$ 1,2 Milliarden, womit ihr Anteil von 1% auf 0,4% der gesamten US-Importe fiel. Die Karibik bleibt weiterhin eine der wenigen Regionen der Welt, die eine negative Handelsbilanz mit den USA vorzuweisen haben. Zwar stieg der Gesamtwert der wenigen Exporte, welche zollfrei in die USA exportiert werden durften, von US$ 116 Mio. (1983) auf US$ 276 Mio. (1986), doch sind dies nur etwa 10% der gesamten karibischen Exporte in die USA. Die ungünstigen terms of trade traditioneller Exportgüter führten dazu, daß trotz erfolgreicher neuer Produkte (z.B. Textilien, Elektronikartikel, exotische Früchte, Wintergemüse) der Wert der Exporte insgesamt sank. Eine Region, die den Regeln der Wirtschaftstheorie zufolge von einer freihandelsähnlichen Beziehung zum größten Markt der Welt hätte profitieren müssen, machte also Verluste. Die vom Neoliberalismus vertretene, allein auf Exportentwicklung basierende Industrialisierungsstrategie bietet keine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der Karibik.

Von CBI zu NAFTA

Nicht nur entwickelt sich das Investitionsgefälle in der weiteren Region zu ihrem Nachteil, auch die den Karibikstaaten eingeräumten Handelspräferenzen der CBI werden schnell erodieren. Das NAFTA-Abkommen selbst, die geographische Nähe Mexikos zu den USA, die niedrigen Kosten für sein in den USA als überaus produktiv eingeschätztes „Humankapital", das Vorhandensein von Bodenschätzen und Energie, sowie die Aussicht „economies of scale" zu erreichen, machen Mexiko zu einem Konkurrenten für die gesamte Karibik. Insbesondere auf den Gebieten der verarbeitenden Industrie, der Datenverarbeitung und des Tourismus, der Textil- und Bekleidungsindustrie, Leder- und Schuhproduktion, der Schiffahrt sowie des Obst- und Gemüseanbaus konkurrieren mexikanische Exporte mit karibischen Produkten. Mexikos NAFTA-Mitgliedschaft bedroht karibische Wirtschaftsinteressen auf Märkten, zu denen CARICOM keinen freien Zugang hat.

Im Fall einer Teilnahme der Karibikstaaten an NAFTA sind auch einige ihrer zur Eigenversorgung wichtigen landwirtschaftlichen Produkte durch billige US-Importe bedroht. Das betrifft vor allem Mais, Reis und Bohnen. Obwohl sowohl NAFTA als auch GATT Anti-Dumping-Maßnahmen vorsehen, besteht Grund zu der Befürchtung, daß karibische Produkte aus dem Markt gedrängt werden.

Der vorherzusehende Abzug von Investitionen und Handel wird unter Umständen die gesamten Entwicklungsaktivitäten der Karibik auf wirtschaftlicher, sozialer und – nicht zuletzt – politischer Ebene unterminieren. Das bereits bestehende Entwicklungsgefälle der karibischen Wirtschaften gegenüber Mexiko und der zeitliche Rückstand bis zu ihrer vollen Integration (in voraussichtlich zehn Jahren) werden die wirtschaftliche Entwicklung der Karibik in einem bisher nicht gekannten Maße strukturell benachteiligen.

Holger Henke

Demokratie und Sklaverei

Skizzen aus der mauretanischen Wüstenei

Die formale Demokratisierung Mauretaniens kann nicht über die Zerrissenheit des Landes zwischen Nord- und Schwarzafrika hinwegtäuschen. Markantester Ausdruck dafür ist die Spaltung der Gesellschaft in eine maurische Oberschicht und die diskriminierte schwarze Minderheit.

An den Rändern der Stadt frißt der Sand, lautlos und unbarmherzig. Als könnte die Wüste eines Tages alles verschlingen, was der Mensch ihr in Jahrzehnten abgewonnen hat. In den Außenvierteln, wo die mauretanische Hauptstadt Nouakchott zerfranst und zerfleddert, wo sie in die berüchtigten „Bidonvilles", in die Slums der „Kanisterstädte" übergeht, dort müssen die Gassen vom Sand freigeschaufelt werden. Einzelne kleinere Dünenzüge sind in die Stadt geweht, die Desertifikation ist hier kein Phantom einer noch ungreifbaren Klimakatastrophe, sondern tödliche Realität. Um die acht Kilometer pro Jahr rückt die Wüste vor – Mauretanien, das ist ein Land aus Sand und Wind, aus Leere, Fels und Hitzegeflirr.

1960, im Jahr der Unabhängigkeit, lebten ein paar tausend Menschen in Nouakchott, heute sollen es etwa 650.000 sein. Als hätte ein Gott mit einer weit ausholenden Bewegung dieses Häusergewürfel in den Sand geschleudert: Im Landeanflug auf die Kapitale kann man ihre Dimensionen erahnen. Zeltstädte und Elendsquartiere legen sich wie Gürtel um das Zentrum – unkontrolliert und unkontrollierbar wuchert die Stadt vor sich hin. In den Straßen streunende Ziegen und vereinzelte Kamele, starkmotorige Geländewagen neben Eselskarren, flatternde Boubous in leuchtenden Farben – blau ist die Farbe der Mauren – und dann und wann europäische Nadelstreifeneleganz; abgerissene Jammergestalten und fliegende Händler allerorten, Hautfarben aller Schattierungen und vielstimmiges Sprachengewirr.
In den Innenhöfen der Steinhäuser sind Zelte aufgeschlagen, trotzig errichtete Surrogate einer uralten Nomadenkultur, die unwiederbringlich dahin ist.[1] In diesen Zelten, nicht in den Zimmern, spielt sich das Leben ab. Häuser sind für die Nomaden Gefängnisse, Besitz ist Ballast – und die Seßhaftigkeit ist ein Trauma. Keine zwei Generationen ist es her, daß Mauretanien überwiegend von Nomaden bewohnt war. Die Landesgrenzen, die die Franzosen mit dem Lineal am Kartentisch zogen, waren für sie das Absurdeste unter der Sonne. Wo zwei Meere, die Fluten des Atlantiks und die erstarrte Dünung der Wüste, hart zusammenstoßen, bleibt für Mensch und Tier wenig Raum. Wo das Vieh keine Nahrung findet, da ist kein Bleiben.


Sand, Leere und Hitzegeflirr – Aussaat, wo Landwirtschaft kaum möglich ist Foto: GTZ – Uwe Rau

Landwirtschaft kann in Mauretanien, vom Feldbau in den wenigen Oasen einmal abgesehen, nur in dem schmalen Schwemmlandgürtel am Senegalfluß betrieben werden. 1989 eskalierte, was dort als Auseinandersetzung um Weide- und Ackerland begann, fast zu einem Grenzkrieg zwischen Mauretanien und Senegal. Nach der Fertigstellung der Stauwerke in Manantali (Mali) und Diama (Senegal) läßt sich das Land im Flußtal ganzjährig bewässern, und die hier gelegenen Ackerparzellen, seit Generationen von seßhaften Schwarzafrikanern bebaut, wurden plötzlich zu begehrten Spekulationsobjekten. Die mauretanischen Machteliten der „maures blancs", der arabischen weißen Mauren, enteigneten 1989, gestützt auf die Armee und im Namen des islamischen Rechts, riesige fruchtbare Ländereien. Die Bauern wurden kurzerhand mit Waffengewalt auf das andere, senegalesische Flußufer getrieben. Diese Enteignungen stellten den brutalen Höhepunkt einer „Arabisierungspolitik", einer seit Jahren betriebenen ethnischen Säuberung dar.

Die Franzosen hatten das künstliche Gebilde Mauretanien als Scharnier zwischen ihren Besitzungen in Nord- und Westafrika angelegt. Scharnier zwischen dem „arabischen" Maghreb und Schwarzafrika ist der riesige Staat bis heute geblieben – ein schwieriges koloniales Erbe. „Les négro-mauritaniens", die schwarzen Mauretanier, sind bis heute von den hohen Funktionen in

Politik und Verwaltung weitgehend ausgeschlossen. Es gibt, erläutert in einem Gespräch Ahmad Ould Daddah, zweifelsohne der prominenteste mauretanische Oppositionpolitiker, „einen Rassismus des Staates gegen die Schwarzafrikaner". Dieser Rassismus trägt höchst unterschiedliche Fratzen; er entlädt sich nicht nur in Pogromen wie 1989/90 am Senegal oder in Massakern gegen schwarze Soldaten in der mauretanischen Armee,[2] sondern spiegelt sich auch in einem Skandal, der zu den Grundfesten der mauretanischen Gesellschaftsordnung gehört – in der Realität der Sklaverei.

Sklaven nicht ganz unten

In den Minengebieten um Fderik-Zouerate im Nordosten des Landes, aber auch auf den Latifundien der maurischen Großgrundbesitzer am Senegal, in den Haushalten der Neureichen in Nouakchott oder in den Verladehäfen in Nouadhibou, der wirtschaftlichen Kapitale im Norden, schuften schwarze Haratin, die de jure zum Betriebskapital ihrer patrons, ihrer Eigentümer, gehören. Um die 100.000 dieser Haratin-Sklaven soll es geben, die juristisch zu Unpersonen degradiert sind – ein Sklave hat nicht einmal einen eigenen Namen, er heißt schlicht nach seinem Eigentümer „der Schwarze von ...".

Allerdings, so scheint es, gibt es ein noch niedrigeres Schicksal, als Sklave zu sein. „Les événements", die Ereignisse, wie die mauretanisch-senagalesischen Konflikte in allen Gesprächen umschrieben werden, sprechen dazu Bände. Haben sich doch 1989/90 die Haratin nicht mit den vertriebenen schwarzen Bauern, sondern mit ihren maurischen patrons solidarisiert. Wer, wie rechtlos auch immer, zu einem maurisch-weißen Haushalt gehört, verachtet offenbar die schwarzen Haalpular-Bauern. Von ihren Herren immerhin beherbergt und verköstigt, fühlen sich viele Sklaven auch noch den Nomaden überlegen, die ihrer Herden beraubt, in den Kanisterstädten von Nouakchott stranden. Sie stehen am untersten Ende der Ordnung. Solange die Haratin, so faßt Ould Daddah den schockierenden Befund nüchtern zusammen, keinerlei schulische oder berufliche Ausbildungschancen erhalten, ist der Sklavenstatus für sie noch die tröstlichste aller denkbaren Perspektiven.[3]

Ahmad Ould Daddah, ein Halbbruder des ersten mauretanischen Staatspräsidenten Mokhtar Ould Daddah, läßt am Regime des Colonel Maaouya Ould Taya, der sich im Dezember 1984 an die Macht geputscht hat, kein gutes Haar. „Eine törichte Entscheidung" sei etwa das Paktieren mit Saddam Hussein während des Golfkrieges gewesen – eine Entscheidung, die das Land vollkommen isolierte und sowohl die europäische Entwicklungszusammenarbeit als auch die Unterstützung durch Saudi-Arabien und die Golf-Emirate blockierte.

Die nach der Zäsur des Golfkrieges diktierte Aufweichung des Politikmonopols der maurischen Eliten änderte wenig. Die Zulassung von Parteien, eine relative Pressefreiheit, das Verfassungsreferendum vom Juli 1991 – dies alles sind für Ould Daddah durchsichtige Manöver, mit denen sich „der Diktator"[4] Ould Taya an der Macht zu halten versucht. Als „namenlose Maskerade" hatte Ould Daddah 1993 in einem Interview den formal eingeleiteten Demokratisierungsprozeß in Mauretanien abgekanzelt, der im Januar 1992 zu den ersten Präsidentschafts- und im März zu den ersten Parlamentswahlen geführt hatte. Nicht zuletzt dank „massiven Wahlbetrugs" hat sich Ould Taya 1992 ein Präsidentschaftsmandat für sechs Jahre gesichert. Ould Daddahs seit Oktober 1991 zugelassene Oppositionspartei UFD (union des forces démocratiques) hatte daraufhin die Parlamentswahlen, die dann Tayas PRDS mit 67 von 79 Sitzen gewann, boykottiert.[5]

In einem gut geschmierten System der „cadeaux politiques", der politischen Geschenke und Zugeständnisse an die willfährigen Paladine, kann es für Ould Daddah keine Demokratisierung geben. Dazu kommt die monopolistische Konzentration der Wirtschaft (die staatliche Minengesellschaft ‚Société nationale industrielle et minière'/SNIM ist der größte Abeitgeber), die in erster Linie den maurischen Bossen zum bequemen Abkassieren dient. Die Menschenrechtssituation – obschon erträglicher als während der Militärdiktatur – ist nach wie vor katastrophal. Außerdem gebe es, so Ould Daddah, bis heute keinen Dialog zwischen Regierung und Opposition. Er selbst ist erst vor kurzem aus einer willkürlichen zwölftägigen Vorbeugehaft entlassen worden, nachdem im Frühjahr nach Massendemonstrationen aufgrund der Erhöhung der Brotpreise einmal mehr die üblichen Verdächtigen verhaftet und in Gefängnisse im Landesinnern verlegt wurden. Ould Taya und seiner „Staatspartei" PRDS (parti republicain démocratique et social) kann Ould Daddah aus diesen Gründen „keinerlei Legitimität" abgewinnen.

Ein Blick zum Himmel

Die Demokratie in Mauretanien bleibt bruchstückhaft und formal. Sie entspringt vielmehr machtpolitischem Kalkül als einem Willen zu tatsächlichen Veränderungen. Dabei ist das Land von so ziemlich allen „klassischen" Belastungen eines Dritte-Welt-Landes geprägt: dem kolonialen Erbe, einer Herrscherclique sowie einer sozialen Polarisierung, die parallel zu einer rassistischen Diskriminierung verläuft, einem enormen Bedarf an Transparenz und Partizipation, zerrissen zwischen den Diktaten und Zumutungen der Modernisierung sowie den störrisch-selbstbewußt hervorgekehrten Resten der Nomadenkultur und bedroht auch von Bewegungen, die sich die Krise des Landes für fundamentalistische Oppositionsideologien zu Nutze machen, wie sie verschiedene islamistische Gruppen propagieren.

Aus dieser zerrissenen Situation muß das Land einen Weg finden. Jenseits aller politischen Differenzen aber eint eine inständige Bitte, ein Gebet an Allah und der Blick zum Himmel alle Mauretanier: daß endlich genug Regen fällt, bevor die Wüste alles erstickt.

Hartmut Buchholz

Anmerkungen:

1) Waren 1965 noch über 70% der Bevölkerung Mauretaniens Nomaden, sind es heute kaum noch über 10%.

2) 1990 wurden laut ‚Africa Watch' 200 schwarze Offiziere, die angeblich ein Komplott vorbereitet hatten, ermordet.

3) Offiziell abgeschafft wurde die Sklaverei in Mauretanien erst 1980.

4) Die Wiederannäherung an den Westen nach dem Golfkrieg findet in Form der Verpflichtung zu wirtschaftlichen und politischen Reformen statt. Diese stabilisieren jedoch vor allem die Führungsposition der herrschenden Gruppe.

5) Die Opposition ist überwiegend „schwarz". Sie erreicht in ihrer Presse und mit ihrer Politik nur eine kleine Zahl der interkulturellen und wirtschaftlichen Oberschicht.

„Wir werden uns ändern!"



Shell, Nigeria und die Weltöffentlichkeit

Es ging alles sehr schnell. Am späten Vormittag des 10. November schritten Ken Saro-Wiwa und acht weitere Opfer der Militärjunta in Nigeria zum Galgen. Den Tod durch Erhängen beschrieb Peter Weiß in ‚Ästhetik des Widerstands': „Die Augäpfel traten hervor. Einige Sekunden schlug die Zunge rasend im weit aufgerissenen Mund hin und her. Konvulsionen durchfuhren den Körper und die Beine des Gehenkten. Mehrmals schob der Arzt die zugezogene Gardine zur Seite, um ihn abzuhorchen. Es bewegte sich noch unter dem Tuch ..." Wie mußte General Abache und seine Junta Ken Saro-Wiwa und seine Gefährten gefürchtet haben. Die Weltöffentlichkeit ist entsetzt.

Die Empörung über Nigerias Machthaber ist nichts Neues. Als Ende 1993 eine Militärjunta in Nigeria zum wiederholten Mal das zarte Grün der Demokratie zertrat und der Gesellschaft eiserne Fesseln anlegte, schallten schon einmal Beteuerungen der Betroffenheit durch die Welt. Schon damals sollte Härte gezeigt werden: keine Rüstungslieferungen, Visabeschränkungen für Militärs aus Nigeria und die Androhung, die Entwicklungszusammenarbeit einzustellen. Wirklich? Bereits im November 1993 freuten sich die Militärs auf 25 Unimogs von Daimler Benz, die, vermutlich als landwirtschaftliches Gerät getarnt, eine Exportgenehmigung bekamen; und auch 1994 drückten sich Rüstungsindustrielle in Nigeria die Türklinke in die Hand. Nicht nur Händler aus der Ex-Kolonialmacht waren mit Panzerlieferungen im Geschäft – illustre Rüstungsschmieden wie Bofors (Schweden) und Steyr-Daimler Puch (Österreich) hatten keine Bedenken, weiter zu verkaufen. Die USA verscherbelten 22 MIGs aus der Konkursmasse des Kalten Krieges nach Nigeria.

Aber das sind peanuts im Vergleich zu den ökonomischen Interessen der Multis Shell, Agip und Elf. An den Fassaden dieser Konzerne klebt blutig und ölig die Ursache für die Misere der nigerianischen Gesellschaft. 1956 ließen die Ölmanager in einem Flecken namens Oloiboro die ersten Bohrtürme in Nigeria errichten. Heute ist Oloiboro ein Mahnmahl wie viele andere Orte auch. Es gibt keinen Strom- oder Trinkwasseranschluß und die Umgebung ist verseucht. Die Bewohner haben außer den giftigen Hinterlassenschaften nichts von dem Ölboom gehabt.

Nigeria ist ein besonders drastisches Beispiel für eine Wirtschaftsform (Rentierökonomie), in der eine für den Weltmarkt zentrale Ressource andere ökonomische Sektoren niederdrücken kann – ja, die das gesamte Land nicht nur ökologisch schleichend vergiftet. Die nigerianische Gesellschaft ist in zwei Teile gespalten. Auf der einen Seite stehen die wenigen, die vom Öl profitieren und auf der anderen die Masse der Bevölkerung, die nur die negativen Folgen kennt. Der Erdölsektor könnte auch in einem anderen Land liegen: Er ist eine Enklave. Die einzige Verbindung zwischen den Sektoren ist der Staatsapparat, dessen Budget allein von den Weltmarktpreisen abhängt. Von den höheren Ölrenten in den siebziger Jahren profitierten nur die Rentiers, die an den Staat und die Konzerne angebunden waren. Es entwickelte sich eine Symbiose zwischen der Staatsklasse und den Konzernmanagern, die sich in den mageren Jahren der 80er und 90er Jahre noch steigerte. Die Ergebnisse sind einerseits immer feudalere Villen in den feinen Stadtvierteln von London und andererseits eine Kindersterblichkeitsrate in Nigeria, die vor zwanzig Jahren bereits überwunden geglaubte Größenordnungen wieder übersteigt.

Ölkonzerne und Machthaber sind aneinandergekettet. Wenn die Machthaber mit jeder brutalen Gewalt ihre Macht verteidigen, vertreten sie gleichzeitig die Interessen der Konzerne, von denen sie abhängig sind. So funktionierte es jahrzehntelang – nicht nur in Nigeria; und wenn es einmal allzu arg zuging und sich die Weltöffentlichkeit empörte, wie in Nigeria zuletzt 1993, sorgten Betroffenheitsfloskeln und Parlamentsresolutionen für Beruhigung und den Fortlauf der Geschäfte.

Aber da war doch was! Hat nicht vor ein paar Monaten erst die Kampagne gegen die Versenkung einer Ölplattform eben jenen Konzern unter Druck gesetzt, der soviel Einfluß in Nigeria hat? „Wir werden uns ändern" hieß es am Ende millionenfach in Shell-Anzeigen. Warum gibt es jetzt keine Wasserschlacht im Nigerdelta gegen das Shell-gestützte Terrorregime? Hat nicht nur kurze Zeit später der weltweite Protest gegen Atomversuche die französische Regierung in die Enge getrieben? Warum kreuzen vor Lagos keine von Bierfirmen gesponserten Freizeitkapitäne wie vor Mururoa?

Spätestens beim Protest gegen die Atomtests im Pazifik zeigte sich, daß PR-Aktionen mit Politik verwechselt wurden. Die nach Brent Spar von vielen angekündigte und sich im Aufstand der Atomversuchsgegner offenbar manifestierende Weltzivilgesellschaft, begriffen als ein Bündnis zwischen Regierungen und Bürgern, war bisher mehr Wunschtraum als Wirklichkeit. Die Weltzivilgesellschaft erwies sich als Medienente – medialen Höhenflügen folgte das schnelle Vergessen. Die Brent Spar wird vielleicht doch noch im Meer versenkt. Die Atomversuche gehen bis zum Ende weiter. Wie soll dann – vor dem Hintergrund der viel komplizierteren und nicht in Sekundenspots zu vermittelnden Verhältnisse in Nigeria – erst eine weltweite zivilgesellschaftliche Macht entstehen, die durch wirksame Maßnahmen den Konzern und eine Diktatur zu Veränderungen zwingt; zu Veränderungen, die nicht den Federhaltern der PR-Strategen des Konzerns und der Pressesprecher des Regimes entsprungen sind?

Direkt neben der Londoner U-Bahn-Station Waterloo steht der Glas- und Stahlbeton-Turm von Shell. Der Konzern hat mehrere imageschädigende Schläge einstecken müssen. Aber das scheint nur ein PR-Problem zu sein. Das politische Waterloo mit wirklichen Veränderungen steht nicht auf der Tagesordnung – nicht in den Staaten, in denen die Konzernverwaltungen sitzen und nicht in Nigeria. Wir sind entsetzt und hilflos – eine Hilflosigkeit, von der keine medienwirksame Green-Peace-Kampagne und keine Betroffenheit in parlamentarischen Sonntagsreden ablenken kann.

Georg Lutz

Gibt es eine neue deutsche Außenpolitik?

Am 30. Juni dieses Jahres beschloß der deutsche Bundestag, daß die Bundeswehr in Jugoslawien dabei sein soll, wenn die UNO als vierte Kriegspartei in das allseitige Gemetzel eingreift. Ungeachtet dessen, ob eskalierende oder deeskalierende, ob humanitäre oder den mörderischen Nationalismus aufstachelnde Auswirkungen zu erwarten sind – kämpfende deutsche Soldaten werden wieder eine Normalität darstellen, die kaum rückgängig zu machen ist. Erfolgt auch der Einsatz diesmal noch eingebettet in einen internationalen Rahmen, so ist doch der entscheidende Schritt zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik getan.

Der Entscheidung des Bundestages ging eine seit 1989 andauernde Debatte um die Rolle Deutschlands in der Welt voraus. „Globale Verantwortung", „Normalisierung" und „Selbstbewußtsein" hießen die beschönigenden Stichworte, mit denen unterschiedliche Fraktionen Unterschiedliches bezweckten. Den einen ging es um die Vertiefung der Westbindung, um einen Rückfall in den „deutschen Sonderweg" bis 1945 zu verhindern; die anderen betrachteten gerade die Geschichte der Bundesrepublik nach 1945 als den „Sonderweg" und forderten einen Rückbezug auf nationalstaatliche Traditionen, auf Selbstbehauptung und „nationale Interessen".

Aber gemeinsam wollten beide staatstragenden Positionen Deutschland wieder als einen der großen Akteure in der internationalen Politik sehen. Nachdem das militaristische Deutschland der Welt in diesem Jahrhundert bereits zweimal den Krieg erklärt hat, müsse die zivilisierte Großmacht nun der Welt den Frieden erklären – notfalls mit militärischen Mitteln. Vorbei sein sollte die Zeit, als der bundesdeutsche Staat zwar ein wirtschaftlicher Riese, aber gleichzeitig politisch nur beschränkt souverän und militärisch ein impotenter Zwerg war. Die desaströse und verworrene Lage in Ex-Jugoslawien und das große Leid der vom Krieg betroffenen Bevölkerung ließ schließlich auch große Teile der Friedensbewegung antimilitaristische Positionen vergessen. Das Schweigen der Lämmer wurde von moralisierenden Konvertiten gestört, die statt „Schwerter zu Pflugscharen" nun in Berufung auf Auschwitz und einen angeblich neuen Faschismus in Serbien „Böcke zu Gärtnern" forderten.



Drohen ein „Viertes Reich" und der dritte Griff Deutschlands nach der Weltmacht? Schwenkt Deutschland also wieder auf seinen historischen Sonderweg ein? Das sind die Fragen, die die Rest-Linke bewegen.

„Aber nein!", tönt es aus der einen Ecke, die auf die internationalen Kapitalverflechtungen, die Abkoppelung peripherer Gebiete wie Osteuropa vom Weltmarkt und die gegenseitigen Abhängigkeiten der Industriestaaten hinweist. Die Kolonisierung Osteuropas lohne sich nicht, jeder nationale Alleingang sei irrational und eine Abwendung vom Weltmarkt kontraproduktiv für kapitalistische Verwertungsinteressen. Diese Einschätzung übersieht allerdings, daß der deutsche Imperialismus nie als auf der Höhe seiner Zeit galt: Die völkische Ideologie speiste sich aus germanischen Mythen und die rassistische Neuordnung Europas, vor allem die Vernichtungspolitik, kümmerte sich oftmals nicht um Kosten/Nutzen-Rechnungen.

„Ja, doch!" ruft aus der anderen Ecke die „anti-deutsche" Fraktion und versucht, die Besonderheiten des deutschen Wegs zur Weltmacht bis 1945 in den Blick zu rükken. Da dessen modifzierte Fortsetzung seit 1989 Gestalt annehme, müßte sich die Linke hierzulande spezifisch deutscher Kontinuitäten, etwa der völkischen Politik annehmen, anstatt diese in einer allgemeinen Kapitalismuskritik verschwinden zu lassen. Auch müsse man sich endlich verabschieden von dem Weltbild eines US-geführten Blocks des kapitalistischen Imperialismus, in dem Deutschland nur die zweite Geige spiele. (Hatten doch die deutsche und die amerikanische Linke in der Vergangenheit vor allem eines gemeinsam: Beide protestierten immer gegen die amerikanische Regierung.) Mit dem deutschen Vorpreschen bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens sei beispielhaft die völkisch gespeiste besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus zutage getreten.

Aber fast will es in der Ecke der anti-deutschen Linken scheinen, als schleiche sich in ihr Weltbild ein Abklatsch dessen ein, was Herder als den deutschen „Volksgeist" feierte – hier eben nur mit allen erdenklichen negativen Attributen. Gesellschaftsanalyse würde dann auf jene irrationalen Denkmuster zurückgreifen, die sie doch zu entlarven beabsichtigt.

Beide haben Recht und auch wieder nicht – und daß alles zusammen unlogisch ist, wissen auch wir von der Redaktion. Herausgekommen ist folgerichtig ein Heft, das zu der Frage: „Gibt es eine neue deutsche Außenpolitik, die die schon mal dagewesene alte ist?" mit dem Brustton der Überzeugung antwortet: „Ja, nee, klar".

Die Redaktion

Eine Laune der Geographie

Deutschlands „Schicksal“ als Ordnungsmacht

Die Wiederkehr des Gleichen, allerdings angepaßt an die zeitgemäßen Umstände, verwirklicht sich seit der sogenannten Wiedervereinigung vor allem in der deutschen Außenpolitik. Großmachtpolitik, Sonderweg und Geopolitik stünden wieder auf der politischen Tagesordnung. So analysiert der Teil der „Rest-Linken“, der sich als „anti-national“ oder „anti-deutsch“ bezeichnet, die wiedergewonnene Souveränität Deutschlands.

„Außenpolitik ist die Summe der Geographie, der Geschichte und der Erinnerungen eines Landes. Wer nach objektiven außenpolitischen Interessen fragt, muß daher mit der Geographie beginnen“, so formuliert ein Strategiepapier aus dem Auswärtigen Amt Klaus Kinkels vom März 1995 die Wiederentdeckung der Geopolitik als wesentliches Axiom deutscher Politik nach der DDR-Übernahme. Die geographischen Faktoren ‚Lage und Raum‘ als politische Wissenschaft entdeckt zu haben, ist keine deutsche Erfindung – sie hat aber hier ihre größte Wirkungsmacht entfaltet und kulminierte im nationalsozialistischen Welteroberungskrieg, der die Theorie von der schicksalhaften Notwendigkeit deutsch beherrschter Großräume um die Lebensraumpolitik erweiterte.

Mit dem Fall der Mauer war automatisch der alte geopolitische Bezug wieder existent. Der mitteleuropäische Reichsgedanke des Wilhelminismus findet erneut Eingang in die Europapolitik: Mit der DDR-Annexion ist der deutsche Nationalstaat nicht mehr nur der ökonomisch stärkste, sondern auch der bevölkerungsgrößte Teil Europas; mit dem Anschluß Österreichs an die EU – ein vor allem deutsches Projekt – ist der alte Zweibund des Kaiserreichs in neuer, modernisierter Form verwirklicht. Beide, Deutschland und Österreich, haben zudem mit Kroatien und Slowenien abhängige Vasallenstaaten im Griff, die den ökonomischen und politischen Einflußbereich auf dem Balkan erweitern.

Die geopolitische Argumentation vom Schicksal, mit dem Deutschland geschlagen ist, Europas Ordnungsmacht zu sein, ist naürlich nichts anderes als der verhüllte Anspruch auf die ‚Zentralmacht Europas‘.[1] *„Deutschland kann sich seiner geographischen Lage nicht entziehen. Es bleibt der Ort, der alle Halbinseln, die Europa bilden, miteinander und mit der eurasischen Landmasse verbindet“*, schreibt der Hintergrundstratege der deutschen Außenpolitik, Michael Stürmer.[2] Es sei eben einer *„Laune der Geographie“* (Schwarz) zu verdanken, daß Deutschland den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der ost- und ostmitteleuropäischen Staaten größeres Gewicht beimessen müsse als etwa Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Rußland eindämmen

Eine weitere Konstante deutscher Außenpolitik ist die gegen ein großes Rußland gerichtete ‚Dekompositionstheorie‘, mit der Paul Rohrbach (Auswärtiges Amt) 1915 für *„die Zerlegung Rußlands in seine natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile“* plädierte. Als *„Kunststaaten“*, *„widernatürlich“*, *„ohne nationale oder nationalstaatliche Homogenität“* (so der CDU-Staatsrechtler Rupert Scholz 1991) oder *„Völkergefängnisse“* werden heute in Deutschland Staaten wie Jugoslawien, die Tschechoslowakei oder die UDSSR bezeichnet.

Karl Haushofer, der Vater der deutschen Geopolitik, schrieb bereits 1934: *„Denn eine weitaussehende Politik eröffnet uns gerade bei strenger Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der großen und kleinen Völker (...) ungeheure Möglichkeiten. (...) Voraussetzung freilich ist dabei: überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse und Herrschaftsformen rings um die Erde.“* Eine solche Kenntnis der *„Volksdruckverhältnisse“* im Bündnis mit den nationalistischen Nachfolgeeliten der realsozialistischen Staaten trieb die bundesdeutsche Politik bei der Zerschlagung Jugoslawiens und beim Zerfall der alten UDSSR in ihre „natürlichen“ Bestandteile.

Immer war das Vorgehen der deutschen Politik von zwei Komponenten bestimmt: Sympathie und Unterstützung für die Sezessionswilligen und Besorgnis, daß in den entstehenden Nachfolgestaaten nicht die Falschen die Macht übernehmen. Nur wer historische Entwicklungen als vergangene Vergangenheit begreift und die inhaltlichen, in diesem Fall völkischen, Kontinuitätslinien für vernachlässigenswert hält, findet es nicht bemerkenswert, daß die besten Freunde des heutigen Deutschland wie die Eliten Kroatiens, der Slowakei, der baltischen Staaten und der Ukraine auch die Nachfolger der hilfswilligsten Vasallen der nationalsozialistischen Osteroberungs- und Lebensraumpolitik sind.

Allein mit dem Schüren und der Unterstützung nationalistischer Konflikte ist Außenpolitik aber nicht getan. Die militärische Option gegen Rußland ist eine weitere Konstante der deutschen Politik, die gegenüber dem östlichen Großreich immer zwischen Umarmung und Vernichtung wechselte. *„Kein Land muß so bestrebt sein wie Deutschland, den Westen so weit wie möglich nach Osten auszudehnen“*, dekretiert Michael Stürmer seine Strategie der Eindämmung einer russischen Großmacht. *„Die Lehren der deutsch-russischen Geschichte sind zweifach: mit den Russen sich gutzustellen, so eng wie möglich und Rußland auf Abstand zu halten, so weit wie möglich.“* Das ist die strategische Orientierung der NATO-Osterweiterung: ein Sicherheitskordon gegen Rußland, der zum Kern dessen Schwächung hat, und deutsch dominierte Staaten Osteuropas. Hans-Peter Schwarz schreibt, daß *„Deutschland größtes Interesse <hat>, an seinen Grenzen im Osten und Südosten ein stabiles Umfeld befreundeter Demokratien zu erhalten“*. Er meint natürlich: zu unterhalten, denn diese Demokratien galt es ja nach 1989 erst zu schaffen. Die Unterhaltskosten allerdings sollen europäisiert werden, weswegen die Osterweiterung der EU als primär deutsches Projekt nicht bei allen Partnern, speziell den südeuropäischen, so beliebt ist, wie in Deutschland.

Deutscher Weltmachtpolitik hat es immer daran gefehlt, deutsche Interessen glaubwürdig als europäische oder Weltinteressen

ethisch zu begründen. Im März 1918 hatte Prinz Max von Baden seine Denkschrift über den ‚ethischen Imperialismus' verfaßt, um die Ablösung Großbritanniens als führende Weltmacht zu begründen. *„Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Krieg entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen"* schrieb er gegen diereinen Militärpolitiker gerichtet. Mit der Kriegsniederlage war auch die ethische Begründung deutscher als Menschheitsinteressen machtpolitisch gescheitert.

Ethischer Imperialismus

Seit 1989 erleben wir nun, wie die außenpolitischen Nachfolgeeliten des Deutschen Reichs die Rhetorik ethisch begründeter Weltmachtansprüche zum Superlativ treiben. Genscher und Nachfolger Kinkel beton(t)en immer wieder, daß sie sich bei der Vertretung von Menschen- und Minderheitenrechten und Selbstbestimmung von niemandem in der Welt übertreffen lassen. Michael Stürmer hat aber bereits davor gewarnt, daß ein solches *„Übermaß an Idealismus in Richtung Vereinte Nationen und KSZE, Weltfrieden und ‚Zivilmacht'"* des Genscherismus und Kinkelismus so lange Firlefanz sei, wie handfeste Interessenpolitik sich nicht auf handlungsfähige Institutionen stützen könne: *„Die noch in der Wiedervereinigungsphase gedachte neue Sicherheitsarchitektur Europas hat sich als Schall und Rauch erwiesen. Geblieben ist das Gebot, deutsche Interessen in den effektiven Bündnissen EU und NATO geltend zu machen und nicht in dekorativen Visionen."*

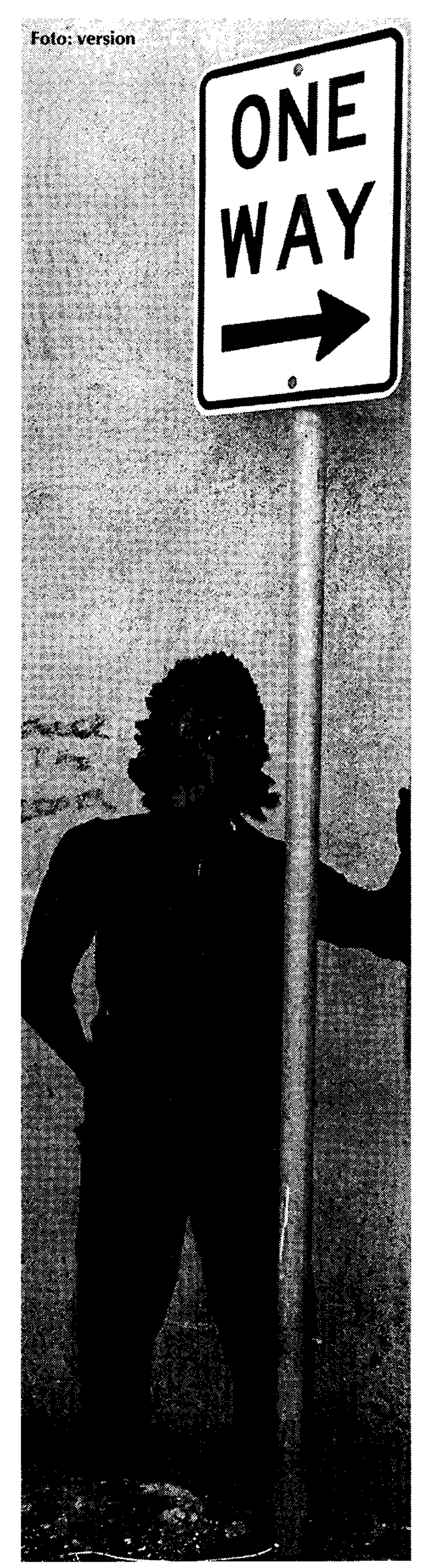
Neu am ethischen Imperialismus der neunziger Jahre ist, daß er sich auf Basisbewegungen in diesem Land stützen kann, während er in der Vergangenheit allein ein diplomatisches Problem war. Wenn es um Kriegseinsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien geht, melden sich umgehend ein Dutzend Grün-alternative, ehemals Friedensbewegte und Linksintellektuelle zu Wort, die diese mit der besonderen deutschen Verantwortung wegen Auschwitz ethisch begründen und das von Deutschland eingeheizte Kriegsgeschehen in Jugoslawien mit Beschimpfungen gegen das Versagen des Westens und der UNO begleiten. Zündet Frankreich unterirdisch Versuchsatombomben auf dem Mururoa-Atoll, gebärdet sich die Anti-Atombewegung in diesem Land nicht antimilitaristisch und antiimperialistisch, sondern national. Womit das letzte Tabu für Nachkriegsdeutschland fällt: der Zugriff auf die Atombombe. Es ist historisch gar nichts Neues, daß deutsche Strategiedebatten um die Formel eines deutschen Europas oder eines europäischen Deutschlands kreisen. Der Paneuropa-Ideologe Coudenhove-Kalergi hat als Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg bereits Mitte der zwanziger Jahre den Schluß gezogen, daß ein multinationales Europa der Konzerne unter Ausschluß Rußlands und Englands, zum einen für das deutsche Interesse nach Freihandel und Export am günstigsten wäre und andererseits die bestehenden Grenzen aufheben könnte. Und er beruhigt auch die nationalen Gemüter, die die deutsche Nation überall da sehen wollten, wo „deutsches Blut" in den Adern fließe: *„Darum ist Paneuropa-Politik nationale Politik auf lange Sicht. Für den nationalen Deutschen gibt es nur zwei Wege, sein Volk aus der Sackgasse, in der es sich heute befindet, zu retten: entweder die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen seine Nachbarn (...) – oder aber die Vorbereitung Paneuropas, das allen Deutschen in Europa nationale Unabhängigkeit und Zusammenschluß innerhalb einer größeren Föderation gewährleistet."*[1]

Heute geht es nicht um den Ausweg aus der Sackgasse, sondern um den realen Weg zur Weltmacht. Stürmer formuliert ein *„Europa, das die nationalen Interessen nicht gegeneinander ausspielt, sondern im europäischen Interesse aufhebt"*. Und das ‚Kerneuropa-Papier' der CDU von 1994 verspricht den deutschen Bürgern, daß ihre *„deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können und daß dieses die Nation nicht nur nicht gefährdet, sondern sie in ihrem Grundbestand sichert, weil es ihre Zukunft sichert"*.

Deutsche Dominanz ...

Es mag sein, daß bei Abschluß des Maastrichter Vertrags Ende 1991 das neue Konzept deutscher Außenpolitik noch nicht gereift war, oder (wahrscheinlicher) Maastricht das für die Akzeptanz der Wiedervereinigung notwendige Versprechen Kohls war, keinen europäischen Alleingang zu gehen. Insofern ist Maastricht I noch Ausfluß eines Europa vor 1989 und der Strategie des Wiedervereinigungsgegners Mitterrand, das größere Deutschland in einer europäischen Großmacht zu fesseln. Weitsichtigere bürgerliche Konkurrenten Deutschlands, wie Maggie Thatcher, hatten bereits damals die Vergeblichkeit dieses Unterfangens erkannt. Sie drang darauf, Mitterand solle *„die deutsch-französische Achse aufgeben"* zugunsten eines Bündnisses *„der beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich"*.[4]

Nur war auch Thatchers Alternative letzlich hilflos, weil sie zwar von politisch-strategischen Überlegungen ausging, die Tatsache deutscher ökonomischer und währungspolitischer Dominanz in Europa aber auch nicht aus der Welt zu schaffen wußte. Insofern gab und gibt es eine Interdependenz der europäischen Großmächte, die aufzukündigen niemand ernsthaft durchsetzen kann. Doch bedeutet diese gegenseitige



Zwanghafter Griff nach der Weltmacht

Abhängigkeit nicht Gleichberechtigung der Imperialismen in Europa. Mehr als 30% des Bruttoinlandprodukts der EU wird in Deutschland erwirtschaftet, mehr als in Frankreich und England zusammen. Mit

Ausnahme Irlands ist die wirtschaftspolitische Abhängigkeit jedes einzelnen EU-Landes von Deutschland bedeutender, als umgekehrt die Deutschlands vom Handel mit den einzelnen Partnerländern. Die ökonomische Vorrangstellung ist die Grundlage für die währungspolitische Dominanz. Die harte Mark diktiert den anderen EU-Ländern deutsche Stabilitäts- und Währungsnormen, was zunächst Italien und neuerdings Frankreich zu spüren bekamen, denen über die Währungspolitik ein forcierter nationaler Sparkurs auferlegt wurde.

... im Maastricht-Europa

Andererseits war Maastricht 1991 schon die Ankündigung eines neuen, deutsch dominierten Europa, weil zusätzlich zur ökonomischen Dominanz das politische Gewicht zwischen den alliierten Siegermächten und Deutschland sich verschoben hatte. Die „Wiederkehr" Mitteleuropas und die Aufhebung der Beschränkungen deutscher Souveränität veränderten die Grundlagen sowohl für Mitterrands als auch für Thatchers Option. Bereits Ende 1991 machte die deutsche Politik mit ihrem Anerkennungsalleingang der neuen Vasallen Kroatien und Slowenien deutlich, was die GASP – die „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas" – bedeuten kann.

Noch vor Maastricht II haben die CDU-Strategen Schäuble/Lamers/Hornhues und ihr Ghostwriter Stürmer in ihrem ‚Kerneuropa-Papier' vom 1. September 1994 die Pflöcke eingeschlagen: *„Der Osten <ist> als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt"*, das heißt das deutsche politische und ökonomische Interesse an Osteuropa wird zur verbindlichen Vertragsgrundlage für das neue Europa erklärt. Das ökonomische Druckmittel, die anderen davon zu überzeugen, daß dieses deutsche Interesse europäisch ist, ist die europäische „Ankerwährung", die DM. Das politische Mittel zur Durchsetzung Deutschlands als europäische Ordnungsmacht ist die Drohung mit historischer Wiederholungstat: *„Die einzige Lösung dieses Ordnungsproblems* (Anm.: Osteuropa/Rußland), *mit der ein Rückfall in das instabile Vorkriegssystem und die Rückkehr Deutschlands in die alte Mittellage verhindert werden kann, ist die Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem und eine umfassende Partnerschaft mit Rußland."* Ohne diese einzige Lösung drohe Europa das geographische Schicksal, daß *„Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein <könnte>, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen"*.

Das „Kerneuropa" aus Deutschland und Frankreich als „Kern des festen Kerns" erweitert um BeNeLux stellt die Hierarchie klar und bedinge zudem eine neue Verfaßtheit Europas. Das alte Konsensprinzip der EU soll aufgegeben werden zugunsten der Länder, die *„in der Integration weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, (und) nicht durch die Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen"*. Mittlerweile wird in der deutschen Debatte von führenden Wirtschaftsvertretern ganz offen Frankreichs ökonomische und politische Schwäche zum Ausschluß selbst des engsten Partners aus dem Kern erweitert. Der Fall wird zwar nicht eintreten, aber allein die Diskussion darum schwächt den Franc und Frankreichs politisches Gewicht. Es wird also innerhalb des festen Kerns von Kerneuropa noch einmal einen harten Kern geben, und der heißt Deutschland.



Kaiser Wilhelm und die Admiräle

Damit sind aber auch längerfristig die künftigen europäischen Wege vorgezeichnet: Maastricht hat bereits die ihm zugedachte Funktion der Kontrolle über das deutsche Potential verloren, und wird bei weiterer Realisierung immer stärker zum Instrument der Kontrolle Deutschlands über Europa. Übrigbleiben von den „Vereinigten Staaten von Europa" wird eine deutsche europäische Supermacht und eine „Schicksalsgemeinschaft" europäischer Nationalökonomien, die sich an zwei Punkten zusammenraufen muß: Zum einen gilt es, das gemeinsame ökonomische Interesse gegen andere Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu verteidigen und zum anderen soll das reiche Europa gegen die armen Staaten und gegen Migration abgeschottet werden.

Mit der EU-Erweiterung um die skandinavischen Länder und Österreich 1994 ist das Eurogewicht Frankreichs und Großbritanniens noch einmal geschwächt und die EU-Ausdehnung nach Osten und Südosten zu deutschen Gunsten und zu Lasten der südeuropäischen Staaten gestärkt worden. Die Realisierung der Währungsunion als größere oder kleinere Lösung, aber auch ihr Scheitern wird an einem nichts ändern: In jeder dieser Konstellationen wird die DM die Leitwährung sein, weil die europäischen Konkurrenten Deutschlands gar keine Alternative dazu haben. Aufgrund der ökonomischen Verflechtung können sie um keinen Preis aussteigen. Die Diskussion um das Eurogeld, den ECU oder ‚Euro'/plus nationale Notenbezeichnung, ist daher ein Thema für nationalistische Populisten (ein Zug, auf den in Deutschland offensichtlich Sozialdemokraten wie Schröder und im Schlepptau Scharping aufzuspringen gedenken).

Nicht nur in Deutschland, europaweit wird die Maastricht-EU zur Disposition gestellt. Geht es einer der nationalen Wirtschaften in der EU besonders gut, neigen deren Wirtschaftsvertreter dazu, für mehr freien Handel und weniger Brüsseler Restriktionen zu plädieren. In Zeiten ökonomischer Schwäche werden die Vorteile von Subventionen, Ausgleichsfonds und Einfuhrbeschränkungen erkannt. Zahlreiche deutsche Ökonomen halten in der derzeitigen ökonomisch starken Lage des auf „Freihandel" angewiesenen Exportstaats BRD ein Maastricht-Europa mit Währungs- und politischer Union für eine Fessel und setzen auf den zu deutschen Gunsten veränderten Status quo nach 1990. Die Gegenposition verweist auf die Bedeutung der Maastricht-EU für die Vergemeinschaftung politischer Aufgaben und lockt mit der deutschen Führungsrolle im integrierten Europa und einer institutionalisierten Hierarchie der Ungleichbehandlung im Europa verschieden harter Kerne.

Beides sind deutsche Projekte, deren Favorisierung vermutlich nicht allein in Deutschland entschieden wird. In der jetzigen Situation werden bei der Wahl zwischen Pest und Cholera vermutlich eher Partnerländer Deutschlands in der EU aus Furcht, vollends unter die deutsche Fuchtel zu geraten, abspringen. Nationalistische Anti-Europa-Bewegungen könnten ihren Regierungen den Vorwand liefern, Maastricht mit der Berufung auf Volkes Willen zu Makulatur zu machen. Und wieder wären „wir Deutschen" die besten Europäer; allein, die anderen wollten nicht.

Nicht weniger Rückbezug auf Nationalstaatlichkeit, sondern die stärkere Betonung der Nation bei der Verfolgung ökonomischer Interessen auf dem Weltmarkt sind Kennzeichen aktueller Entwicklungen in der Welt. Mehr Krisen, Kriege und Konflikte in Europa sind wahrscheinlicher als Euroharmonie. Es rächt sich für die Konkurrenten Deutschlands, daß sie 1989/90 so wenig Widerstand gegen die Wiedervereinigung geleistet haben.

Heiner Möller

Anmerkungen:
1) So heißt das Buch des Bonner Professors Hans-Peter Schwarz (siehe Kurzrezensionen)
2) Die Zitate sind seiner Schrift „Deutsche Interessen" von 1994 entnommen
3) In: Der deutsche Gedanke Nr. 9, 10.5.1926
4) Thatcher, Die Erinnerungen, 1993

Rathenaus Erbe

Europa-Strategien des deutschen Kapitals

Die Beteiligung deutscher Truppen am Bosnienkrieg hat die Frage aufgeworfen, ob Deutschland zu einer seiner Traditionen zurückkehrt und wenn dies der Fall ist, zu welcher. Historisch hat es zwei Optionen gegeben: eine unmittelbar militärisch-imperiale, die die deutsche Schwerindustrie favorisierte sowie eine liberale ökonomisch-imperiale, die von der Leichtindustrie getragen wurde und auf deren Weltmarktorientierung basierte. Beiden Großraumkonzepten lagen jeweils unterschiedliche Europa-Strategien zugrunde.

Betrachtet man die deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre, so fällt die nationaldeutsche Tradition besonders auf. Sie dominierte die deutsche Außenpolitik und die Europa-Strategien des deutschen Kapitals über weite Strecken. Unterstützt wurde sie von der Schwerindustrie (Kohle, Stahl), die auf dem Weltmarkt im Verlauf der zwanziger Jahre zusehends nicht mehr konkurrenzfähig und deshalb auf den Protektionismus des deutschen Staates angewiesen war.

Mit der Miquelschen Sammlungspolitik formierte sich am Ende des 19. Jahrhunderts ein Interessenbündnis von Industrie, Agrariern und Admiralität. Das Bündnis der Agrarier mit den Industriellen hatte vor allem innenpolitische Motive. Es war gegen das Proletariat und die sozialistische Bewegung gerichtet. Diese Schutzzollpolitik des Bündnisses führte zur industriellen Konkurrenz mit England und zur agrarischen mit Rußland. Obwohl die Industrie zu dieser Zeit liberal orientiert und englandfreundlich war und die ostelbischen Großagrarier mit der russischen Autokratie und deren Konservatismus sympathisierten, siegte bei beiden Fraktionen ihr ökonomisches Interesse, das den Konfrontationskurs gegen Ost und West befahl.

Die Schutzzollpolitik des agrarischen Blocks „verlangte" nach größeren Produktionseinheiten, Kolonien und agressiver Außenpolitik. Politisch wurden die „Massen" und „Bürger" in den militaristischen Verbänden Wehrverein, Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft, Alldeutscher Verband organisiert. Besonders der Alldeutsche Verband entfaltete eine militaristisch-expansive, rassistische, antisemitische Propaganda. Im Zuge der Forderungen, den „deutschen Lebensraum" zu sichern, verlangten die Alldeutschen ein Großdeutschland, das die deutschsprachige Schweiz, Österreich, die Benelux-Länder und Großteile des Balkans umfassen sollte. Die beanspruchte Fläche wurde im Ersten Weltkrieg nach Ost und West noch stark ausgeweitet. Europa, das war in diesem chauvinistischen Konzept Deutschland.

Zwischen militärischem ...

Durch die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg hatte sich die Konstellation verändert. Das „Versailler System" koppelte die wirtschaftliche Erholung an die Kooperation mit den USA und Westeuropa. Die USA vergaben Kredite an das Deutsche Reich, das damit die Reparationen an England und Frankreich zahlte. Diese wiederum beglichen mit den Geldern teilweise ihre Schulden bei den USA. Die Krise von 1929 beendete dann das „Versailler System". (Ziebura 1984)

Bereits in den zwanziger Jahren wurden die Ideen des Alldeutschen Verbandes in der „konservativen Revolution" und im Nationalsozialismus wieder aufgenommen. Das „Büro Hahn" versuchte zwischen den schwerindustriellen Industrien und der weltmarktorientierten Chemie- und Elektroindustrie zu vermitteln, indem es eine mittel- und osteuropäische Integration ohne vollkommene Handelsliberalisierung anvisierte (Sohn-Rethel 1973). Der Nationalsozialismus griff indessen direkt auf die Eroberungsvorstellungen der Alldeutschen zurück. Die deutsche Großraumwirtschaft, so die Kriegsplanung, sollte die westeuropäischen Industriestaaten auf Dauer abhängig halten, die osteuropäischen Agrarstaaten kolonisieren, ihre Bevölkerung dezimieren. Der Zweite Weltkrieg begrub mit dem Zusammenbruch des NS-Staates auch imperiale Modelle dieser Art.

... und ökonomischem Imperialismus

Das zu der deutschnational militaristischen Expansion konkurrierende Großraummodell formulierte der mitteleuropäische Wirtschaftstag. Als eine Organisation, in der die Interessen der Leichtindustrie (Elektro, Chemie) dominierten, die sich auf dem Weltmarkt behaupteten und eine goldene Zukunft erwarteten, favorisierte dieser ein wirtschaftsliberales Modell. Der mitteleuropäische Wirschaftsverein (1904) verschrieb sich von Anfang an der Reform des Kaiserreichs: Kampf den Schutzzöllen, wirkliche Parlamentarisierung, Kompromiß mit der Sozialdemokratie oder zumindest mit deren patriotischem Teil. Seine Strategie lief auf die Schaffung eines Zollvereins hinaus, mit einem Kern aus Deutschland und Österreich, und beinhaltete eine politisch-ökonomische Dominanz auf dem Balkan bis hin zur Türkei. Propagiert wurden Freiheit des Gewerbes, der Niederlassung, Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten mittels Handelspollitik, außerdem die Absage an kriegerische Abenteuer und Nationalismus. Der ökonomischen Verschmelzung sollte die politische dann automatisch folgen. (Rathenau 1976) Diese Politik konnte sich weder im wilhelminischen Deutschland noch in der Weimarer Republik durchsetzen. Der deutsche zivile Welthandel-Imperialismus schien gescheitert.

Als aber 1943 im deutschen Außenministerium im Angesicht einer drohenden Niederlage Deutschlands im Weltkrieg ein Entwurf für einen europäischen Staatenbund unter Führung des Deutschen Reichs erarbeitet wurde, war ein politischer Orientierungswechsel angesagt. (Opitz 1977)

Die politisch-ökonomische Situation nach 1945 veränderte sich erneut. Der Agrarsektor spielte eine weniger bedeutende Rolle, auch machtpolitisch. Zum einen standen die

großagrarischen Gebiete Ostdeutschlands nicht mehr zur Verfügung und insofern war der traditionellen junkerlichen Agrarpolitik der Boden entzogen. Zum anderen war nach der Zweiteilung der Welt in Kapitalismus und Kommunismus ein Zugriff auf Osteuropa ebenfalls nicht mehr möglich. Als einzige Option stand jetzt die liberale Politik zur Verfügung, der Aufbau der europäischen Gemeinschaft und für das Kapital die Orientierung auf den Weltmarkt. Die Zahl der Abkommen und die Verflechtungen von Politik und Ökonomie haben seitdem bis heute stetig zugenommen. Mit der politischen und ökonomischen Integration in die Europäische Union und der militärischen in das westliche Bündnis, scheint auch eine wesentlich auf die Eroberung ökonomisch und industriell schwacher Wirtschaftsräume beruhende national-imperiale Epoche vergangen zu sein.

Neuauflage alter Konzepte?

Zwei Momente geben jedoch Anlaß zum Bedenken: Die seit Mitte der siebziger Jahre andauernde Krise und der sich anfangs zögernd, inzwischen immer mehr durchsetzende Neoliberalismus haben durch die verschärfte Konkurrenzsituation einen kräftigen Schub an Neonationalismus und Neofaschismus mit sich gebracht, da sich die Wirtschaft in rauhen Zeiten verstärkt am Nationalstaat orientiert.

Die heute nun einsetzende Standortdiskussion verstärkte erneut den Neonationalismus. Das hat nicht nur Auswirkungen für die Migrationspolitik und die Asylgesetzgebung, sondern beflügelt auch altbekannte Sprechweisen. Da redet ein Schäuble von Kerneuropa, da wird eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien erwogen und exerziert, ohne daß sich eine Opposition zu dieser neuen Großmachtpolitik abzeichnet. Bedeuten solche Entwicklungen, daß die Option Europa erneut zugunsten einer Option Groß-Deutschland aufgegeben werden soll, wie es etwa dem EU-Kritiker und FDP-Rechtsaußen Brunner vorschwebt?

Als Beispiel für eine schrittweise ins Nationalpolitische übergehende Transformation des bundesrepublikanischen „Pazifismus" mag die „grüne" Debatte angesehen werden. Eröffnete diese in den 80er Jahren mit ihrer Unterstützung der Neuauflage des „Mitteleuropadiskurses" (Behrens 1989) in Deutschland, Italien und Osteuropa die Konjunktur für nationale Orientierungen, so verlagert die neolibertäre Diskussion sich zunehmend ins Rechtspopulistische und ist inzwischen bei der „Jungen Freiheit" angekommen. Andere folgten mit der Absage an nicht-bellizistische Initiativen. Der große Teil der Restlinken bot indessen demgegenüber nur einfallslose Varianten der Apokalyptik auf. Robert Kurz beschwor ein Szenario der zur Endkrise des Kapitalismus ausufernden gegenwärtigen Finanzkrise (Kurz 1991, 1993). Karl-Heinz Roth kündigte die voranschreitende Ausbeutung und Verelendung nun auch in der Ersten Welt an und wies auf den Funktionszusammenhang von Überakkumulation, Krieg und Kapitalvernichtung hin. (Roth 1994)

Steht also eine Neuauflage eines der beiden traditionellen deutschen Konzepte eines Großraums Europa wieder zur Debatte? Etwa als ein abgestuftes Bündniskonzept im Sinne einer von Deutschland dominierten Donauföderation? So war die Zollunion in den zwanziger Jahren als Nachfolgelösung des Zweibunds (Deutsches und Habsburger Reich) konzipiert. Oder droht eine bündnisdrapierte deutschnationale imperiale Variante? Immerhin neigt der deutsche Konservatismus angesichts des Nationalen traditionell dazu, seinen ökonomischen Sachverstand zu verlieren. Oder sind solche Konzepte, auch wenn sie vom rechten Rand wieder angedacht werden, für die Realpolitik offensichtlicher Anachronismus angesichts der Tatsache, daß die deutsche Europapolitik, wenn auch modifiziert, zumindest in ökonomischer Hinsicht kurz vor ihrem Ziel zu stehen scheint?

Einer neuen deutschen Machtpolitik im europäischen Großraum stehen zur Zeit zumindest einige Bedingungen entgegen: Der von Überproduktionsproblemen geschüttelte, hoch subventionierte europäische Agrarsektor spielt keine dominante Rolle mehr, womit die Notwendigkeit des klassischen Interessenausgleichs zwischen Industrie- und Agrarfraktion innerhalb der EU der Boden entzogen ist. In bezug auf die Industrie gibt es innerhalb der europäischen Gemeinschaft zum Teil eine entnationalisierte Konzernstruktur, und es operieren in diesen Ländern eine Anzahl multinationaler Konzerne mit eher globalen Interessen. Es existiert zudem, trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze der einzelnen

Schritt für Schritt...

Chronologie der Entfesselung der Bundeswehr für weltweite Kampfeinsätze. **Fortsetzung von ‚blätter des iz3w' Nr. 192.**

Juli 1994: Das BVG erlaubt Einsätze der Bundeswehr „out of area", vorausgesetzt sie finden im Rahmen der UNO oder als gemeinsame Aktion von „Systemen kollektiver Sicherheit" wie Nato oder WEU statt. Nur ein deutscher Alleingang bleibt weiterhin ausgeschlossen. Vorbedingung für Auslandseinsätze sei die Zustimmung des Bundestags.

Februar 1995: Die Bundesregierung beschließt, bei einem Abzug der UN-Truppen aus Bosnien-Herzegowina der NATO 1.870 Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Juni: Die Bundesregierung erklärt sich „grundsätzlich zu einem Bundeswehreinsatz auch bei einer Umgruppierung der UN-Truppen (in Ex-Jugoslawien) bereit". Der Kabinettsbeschluß wird vom Bundestag mit 386 gegen 258 Stimmen bei 11 Enthaltungen gebilligt. Dafür stimmen neben 337 Abgeordneten der Koalition auch 45 Sozialdemokraten und vier Bündnisgrüne.

August: Seit dem 1.August operieren 14 Tornados der Bundeswehr unter „regulären Kampfbedingungen" über Bosnien. Ihre Besatzungen sind ermächtigt, zur „Selbstverteidigung" Raketen einzusetzen.

September: Die SPD zieht ihre Kritik an den Tornado-Kampfeinsätzen zurück.

Oktober: Kohl, Kinkel und Rühe einigen sich darauf, die Bosnien-Friedenstruppe der Nato mit 5.000 Soldaten der Bundeswehr zu unterstützen.

Quelle: ak 382



Der Erfolg für Nachkriegsdeutschland bahnt sich an: Morlocks Anschlußtreffer



Die Helden von Bern 1954: Deutschland ist wieder wer

Staaten, sowohl eine zunehmende Verflechtung der europäischen Industrie wie auch eine diese verstärkende Zunahme der Handelsbeziehungen (Deubner 1979, Neumann, Uterwedde 1986).

Geht man von diesen Vorgaben aus, so sind folgende Szenarien möglich: erstens ein Ausbau der deutschen Dominanz innerhalb des EU-Marktes; zweitens, damit unter Umständen zusammenhängend, die Weiterentwicklung der Sonderstellung der deutschen Exportindustrie innerhalb der EU in Richtung auf ein relatives Osthandelsmonopol. Damit wäre die alte Mitteleuropakonstellation außenhandelspolitisch wieder auferstanden. Möglich scheint aber auch ein innerer Interessenausgleich bei gleichzeitig imperialer Orientierung in bezug auf die Dritte Welt, verstärkter Exportdruck gegenüber Osteuropa, Export von Arbeitsplätzen und verschärfter agrarisch-industrieller Handelskonkurrenz mit den USA und den ostasiatischen Industrieländern. Hypothetisch möglich scheint schließlich ein Zerbrechen der Europäischen Union und die Rückkehr zu konkurrierenden Nationalstaaten.

Weltmarktorientierte Industriedominanz

Die politisch-ökonomische Fraktion eines nationalimperialen Blocks ist trotz erkennbarem Nationalismus zumindest kapitalstrategisch noch nicht aufgebaut, eine politische und ökonomische Grenzziehung von Interessen, die unmittelbar alten Vorgaben folgt, ist nicht sichtbar. Diese Einschätzung basiert auf folgenden Konditionen: Trotz der nationalen Orientierung großer Teile des deutschen Mittelstands bleibt die exportorientierte Industrie federführend, was sich unter anderem auch an den ständigen Neuauflagen der Standortdebatte zeigt. Trotz einer partiellen Schwäche der Ökonomie, die sich in den Verlautbarungen ihrer offiziösen Vertreter darstellt und die zu einer partiellen Entkopplung konservativer politischer Fraktionen von den ökonomischen führen könnte, wird die weltmarktorientierte Industriedominanz innenpolitisch und außenpolitisch aufrechterhalten. Schließlich ist eine Entkopplung von den europäischen Instanzen nicht möglich und opportun. Einschränkend ist zu bemerken, daß diese Konditionen gegenwärtig in der Diskussion sind und nicht mehr durchgängig als selbstverständlich betrachtet werden. Es ist vorstellbar, daß sie im Zuge sich verstärkender Krisentendenzen sukzessive zur Disposition stehen.

Wenn man die deutsche Wirtschaftspolitik als Resultat eines Prozesses begreift, der durch das Kräftespiel zwischen nationaler und europäisch-internationaler Orientierung von Kapitalfraktionen bestimmt wird, dann war die deutsche Wirtschaftspolitik in diesem Kräftespiel bis in die siebziger Jahre hinein von der Dynamik des „imperial-integrativen Blocks", sprich des exportorientierten Kapitals, bestimmt. Diese Dominanz ist geringer geworden, wie sich auf den Wirtschaftsseiten der FAZ nachlesen läßt, auf denen immer deutlicher eine Rückkehr zur nationalen Orientierung der Wirtschaftspolitik gefordert wird.

Die gegenwärtige Liquidierung der AEG, als Erbe Rathenaus ein Symbol für die liberale mulitnationale Kapitalfraktion, stellt sicherlich nur einen marginalen Punkt in der Palette der Wirtschaftspolitik dar. Das Faktum eines aus dem Mittelstand, der Bevölkerung und den Parteien hervortretenden Widerstands gegen eine europäische Währungsunion ist da gewichtiger. Scheitert nämlich die Währungsunion, dann gerät der europäische Einigungsprozeß insgesamt in eine Krise, mit der Folge, daß sich nationale Tendenzen verstärken. In einem solchen Szenario sind dann wiederum drei Optionen möglich: Rückkehr zum Plan des Auswärtigen Amtes (1943), also Dominanz im Bündniseuropa; nationale Weltmarktpolitik, die eine Krisenverschärfung der EU zur Folge hätte; schließlich die Neuauflage einer deutschen politischen und ökonomischen Dominanz über Osteuropa. Welche Tendenz politischer Kapitalstrategien sich längerfristig durchsetzen wird, ist nicht ausgemacht, vorläufig ist die Dominanz europazentrierter Exportpolitik gegeben.

Politik ist indessen nicht ausschließliche Sphäre von Kapitalfraktionen. Allerdings – eine reflektierende und intervenierende Linke, die nicht selbst ins Nationalistische abgeglitten wäre, gibt es offensichtlich hierzulande nicht.

Diethard Behrens

Diethard Behrens ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er ist Herausgeber des Buches **„Gesellschaft und Erkenntnis. Zur materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik"**, ça-ira-Verlag Freiburg 1993.

Literatur:

Behrens, Diethard, Kontinuität deutscher Europapolitik, in: Prokla 75, 1989, S. 10–28

Deubner, Christian et al., Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion, Frankfurt, New York 1979

Kurz, Robert, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt 1991

ders., Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1993

Neumann, W. und H. **Uterwedde**, Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich, Opladen 1986

Opitz, Reinhard (Hrg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977

Rathenau, Walter, Tagebuch 1907–1922, Düsseldorf 1976, S. 168–170

Roth, Karl-Heinz (Hrg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994

Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, Frankfurt 1973

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931, Frankfurt 1984

Schwere Geschütze

Die Militarisierung der Außenpolitik

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich die Generäle der deutschen Wehrmacht hinter Stacheldraht. Dieser symbolisierte ihre vollständige Entmachtung nach jahrelanger exzessiver Betätigung der Vernichtungsmaschinerie. Dem durch die alliierten Siegermächte erzwungenen Machtverlust, folgte ein rapider Ansehensverlust des Militärs in der Bevölkerung. Auch in den Reihen der großen Politik hieß es von Carlo Schmid bis Franz Josef Strauß: „Nie wieder Militär!"

Der militärfreie Zustand nach 1945 währte jedoch nicht lange. Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit drückte die Adenauer-Regierung in den frühen fünfziger Jahren die Wiederbewaffnung durch. Die Westintegration der Bundesrepublik war schließlich nur für den Preis der Aufstellung deutscher Streitkräfte zu haben, die von vorneherein in einen größeren Bündniszusammenhang integriert werden sollten.

Ohne Rückgriff auf Angehörige der früheren Wehrmacht-Elite war diese Aufgabe aber – zumindest in der für erforderlich gehaltenen Eile – nicht zu lösen. Daher wurde der Bundeskanzler gedrängt, vor den ehemaligen Wehrmachtoffizieren einen Kotau zu machen. So gab Adenauer am 5. April 1951 öffentlich eine Ehrenerklärung für jene Angehörigen der Wehrmacht ab, „die sich nichts hatten zuschulde kommen lassen". Diese Worte wurden nicht nur als Balsam auf die Wunden angenommen, sondern in der Folgezeit auch zu dreister Schönfärberei der Vergangenheit mißbraucht. Die Bundesrepublik Deutschland aber war dabei, sich wieder jene Machtattribute zuzulegen, die nach traditionellem Politikverständnis einen souveränen Staat erst konstituieren. Im Unterschied zur Vergangenheit der nationalen Alleingänge fand jetzt eine partielle Entnationalisierung statt: Sowohl das Projekt einer europäischen (EVG) als auch das einer nordatlantischen Einbindung (NATO) folgte der – gerade auch von Adenauer bejahten – Grundidee, das deutsche Militär angemessen zu kontrollieren. Eines kehrte trotz Wiederbewaffnung und Aufbau der Rüstungsindustrie nicht wieder: der alte Glanz des Militärischen, das Imponiergehabe mit Pauken und Trompeten.

„Der Frieden als Ernstfall"

Nicht wenige Offiziere litten und leiden bis heute an diesem Zustand. Sie sind, wie Kenner des Milieus zu wissen meinen, geradezu süchtig nach Streicheleinheiten, nach Anerkennung „von oben", von den Politikern und den dominierenden Meinungsmachern. Die „unten", die einfachen Menschen, sind ihnen dagegen eher egal.

Gab es in der Bundesrepublik also schon keinen Sonderstatus mehr für das Militär, so doch einen speziellen Bedarf an gesellschaftlicher Anerkennung. Man muß das zu verstehen versuchen: Der Kalte Krieg, in militärischer Hinsicht definiert durch das atomare Patt, verordnete den Soldaten die permanente Wartestellung. Krieg führen hätte mit großer Wahrscheinlichkeit Vernichtung und Selbstvernichtung bedeutet und war daher untersagt. Der sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann brachte die Situation auf die klassische Formel: „Der Frieden ist der Ernstfall!"

Mit dieser geschrumpften Rolle des Militärs hatte man sich schon fast abgefunden, als durch den Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems und das durch ihn bewirkte Ende des Ost-West-Konflikts eine grundlegende Veränderung der Lage eintrat. Der Feind war weg, mit ihm die atomare Bedrohung oder doch das Bild, das man sich von ihr gemacht hatte. Nicht mehr „Feinde ringsum", wie es vor 1914 und vor 1939 einmal in der Propaganda geheißen hatte, auch keine Feinde mehr im Osten, sondern plötzlich „Freunde ringsum". Beängstigend – schließlich hätte sich ja in der deutschen Öffentlichkeit die Frage breit machen können, wozu noch ein Militär gebraucht wird, wenn nirgends ein Feind in Sicht ist.

Führende Militärs nahmen die Herausforderung umgehend an. Sie durchdachten nahezu alle Betätigungsmöglichkeiten, die sich für eine Bundeswehr der Zukunft bieten könnten und fanden sie schließlich in der „gewachsenen Verantwortung" des größer gewordenen Deutschlands: Verantwortung weltweit, militärisch definiert, mit Friedensvokabeln in Watte gepackt, mit dem Hinweis auf eine beabsichtigte Einbindung in internationale Organisationen vom Makel des – historisch belasteten – nationalen Alleingangs befreit.

„Der Krieg als Ernstfall"

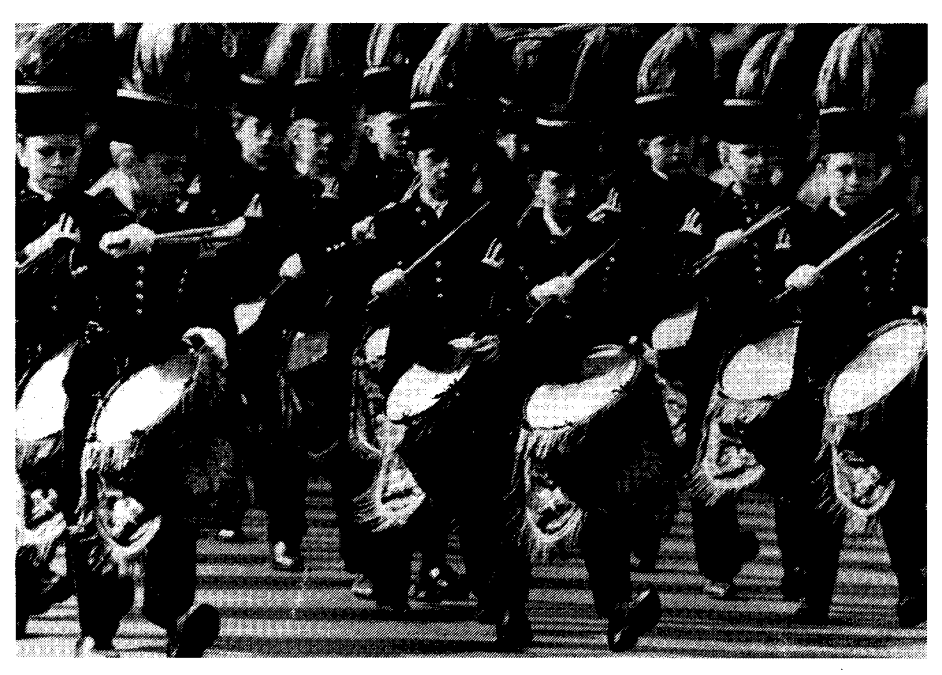
Die „Legitimationskrise der Bundeswehr" ist mit den jüngsten Ereignissen kein Thema mehr. Um die Mentalität zu verstehen, die im Staatsapparat Bundeswehr herrscht, ist es dennoch aufschlußreich, jenen Teil der innermilitärischen „Krisen"-Diskussion zu rekonstruieren, der zwischen März 1991 und März 1992 in der vom Verteidigungsministerium herausgegebenen Monatsschrift „Truppenpraxis" geführt wurde. Die Debatte ist zu verstehen als ein Reflex auf die allgemeine Legitimationskrise nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, auf die Erfahrung des Golf-Krieges 1991 und auf die zukünftigen „neuen Aufgaben". Die innermilitärische Sinnsuche verlief ungemein heftig und kontrovers. Sie ließ zunächst einmal erkennen, daß sich in der Bundeswehr noch immer die alten Positionen der „Traditionalisten" und der „Reformer" gegenüberstehen.

Die Traditionalisten gaben sich selbstbewußt und kämpferisch wie nie zuvor. Sie witterten Morgenluft, sie sahen die – ihnen in der vierzigjährigen Bundeswehrgeschichte bislang verwehrte – Chance gekommen, ihre bellizistische Vorstellungswelt offen zu propagieren: *„Der Krieg ist der Ernstfall"* hieß ihre Programmatik.

Unter dieser Überschrift las Generalmajor Johann Adolf Graf von Kielmansegg in der „Truppenpraxis“ den Flaumachern die Leviten.[1] Während des Golf-Krieges von 1991, in dem *„Soldaten der deutschen Streitkräfte das erste Mal seit Bestehen der Bundeswehr auf eine wirkliche Probe gestellt“* worden seien, erkannte der General *„besorgniserregende“* Zustände: ein sprunghaftes Ansteigen der Zahl der Kriegsdienstverweigerer, Klagen und mangelnde Disziplin selbst unter Berufssoldaten – und eben ein generell gestörtes Verhältnis zum Krieg. *„Und der Ernstfall ist eben nicht nur der Frieden, so einsichtig dies auf den ersten Blick auch scheinen mag und so gut sich damit werben läßt. Der Ernstfall ist vor allem der Krieg. Auch das Grundgesetz ist da ganz eindeutig. Der Verfassungsauftrag der Bundeswehr heißt Verteidigung, ohne wenn und aber, nicht Frieden.“* Kriegsverhütung sei die Aufgabe der Politik.

Kielmansegg begnügte sich jedoch nicht mit solchen den Gesamtauftrag der Verfassung verkürzenden rechtlichen Argumenten. Zugleich versuchte er eine allgemeine Kriegsapologetik wiederzubeleben, von der man gehofft hatte, sie gehöre endgültig in die Rumpelkammer der Geschichte, die aber heute womöglich schon wieder konsensfähig geworden sein könnte. Es gibt Krieg, *„weil diese Welt ein für allemal ist, wie sie ist, gut und böse, friedfertig und gewalttätig, gerecht und ungerecht“*. Das bleibe für alle Zeiten so: *„Denn Krieg, Gewalt, Tod und Ungerechtigkeit können eben nicht in einer großen moralischen und politischen Anstrengung für immer aus der Welt geschafft werden.“* Wenn also der Frieden nicht gewahrt werden kann, *„dann hat der Soldat zu kämpfen und er hat es zu können und zu wollen, wie das Gesetz es befiehlt, auch das Sittengesetz (...) Viele, und nicht nur die Friedensbewegung, haben sich nur zu bereitwillig in den moralischen Impuls, in den emotionalen Reflex ‚Kein Krieg‘ geflüchtet.“*

In einer weiteren, auffallend aggressiven Stellungnahme verschärfte General Kielmansegg seine Polemik nicht nur gegen seine Kontrahenten aus dem militärischen Milieu, sondern gegen jene großen Teile der deutschen Gesellschaft, die den Krieg durch friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ersetzt wissen wollen. Man muß das gelesen haben: *„Die wahre Einstellung vieler Friedensbewegter, die sich so viel besser vorkommen als wir Soldaten, wenn sie hier völlig ohne Risiko und ohne Verantwortung ihre Parolen verkünden, zeigt sich nur zu deutlich am Krieg in Jugoslawien. Sie schweigen! Keine Demonstration, keine Mahnwachen, keine Entrüstung. Es geht diesen Menschen also offenbar gar nicht wirklich um den Frieden schlechthin. Das grenzt an Heuchelei. Ich bin aber sicher, daß sie sofort auf der Straße gewesen wären, wenn die USA oder eine andere westliche Nation militärisch eingegriffen hätte – was übrigens moralisch in hohem Maße gerechtfertigt gewesen wäre – um das Schlachten in Kroatien zu beenden. Kroatien, das mit Krieg überzogen wurde, eben weil es keine kriegstüchtige Armee hat.“*[2]



„Kriegsnahe Ausbildung“ für verweichlichte Gesellschaft

Der Donner schweren Geschützes

Ein anderer Diskussionsteilnehmer, Brigadegeneral Andreas Broicher, damals an einflußreicher Stelle für die Ausbildung des Heeres mitverantwortlich, verlangte in zwei Beiträgen *„kriegsnahe Ausbildung“*[3]. In ihr sollten die Erfahrungen aus früheren Kriegen nutzbar gemacht werden für den *„zukünftigen Krieg“*. Die Perspektive eines weltweiten Militärinterventionismus ist hier schon immer mitgedacht: *„Der zweite Golf-Krieg hat uns allen die Möglichkeiten vor Augen geführt, die ein bewaffneter Einsatz mit sich bringen kann.“*

Nicht ohne Pikanterie war die Art und Weise, wie ein ehemaliger hoher Offizier der Volksmarine der DDR, Konteradmiral Dr. Günther Pöschel, den Verfechtern der These, daß der Krieg nun wieder der Ernstfall sei, eilfertig sekundierte.[4] Selbstverständlich weise der Verfassungsauftrag *„den Streitkräften als höchste Bewährungsprobe ihren Einsatz im bewaffneten Kampf, dem Kriege zu“*. Für jene Teilnehmer der militärinternen Grundsatzdebatte, die bekundeten, daß sie nach wie vor den Frieden als den Ernstfall ansähen, hatte der stramme Ex-DDR-Offizier nur ein *„Schmunzeln“* und „eine Träne der Verzweiflung“ übrig. Aber auch mit den Begriffsakrobaten auf der Hardthöhe, die Frieden sagen und Kampfeinsatz meinen, ging er ins Gericht: *„Mit einer wahren Besessenheit wird nach meinem Eindruck seit geraumer Zeit versucht, militärische Terminologie ‚friedfertiger‘ und ‚gesellschaftlich angepaßter‘ zu machen. Da wird alles umgewandelt, was auch nur im entferntesten an Krieg, Verteidigung, Kampf, Tod, Töten, Sterben u.ä. erinnert. Die neuen Wortschöpfungen sind unklar, dehnbar, glitschig wie Aale und kaum mehr für den exakten militärischen Sprachgebrauch tauglich. Ich sehe darin eine gewisse Feigheit gegenüber der Öffentlichkeit. Man fürchtet offensichtlich wie der Teufel das Weihwasser den Verdacht, nicht für den Frieden zu sein und ob der klaren militärischen Sprache als ‚Militarist‘ angesehen zu werden. So wird denn munter weiter neues Vokabular erfunden und die Öffentlichkeit damit eingelullt.“*

Zunächst Software von der Hardthöhe ...

Die Propaganda der Bonner Hardthöhe brachte ein ganzes Arsenal guter und schöner Worte unters Volk: Wir Deutschen müßten „Mitverantwortung für die Wahrung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit“ übernehmen, müßten uns beteiligen an „friedensbewahrenden“, „friedenserhaltenden“, „friedensschaffenden“, „friedensstiftenden“, notfalls auch „friedenserzwingenden“ Missionen. Deutsche Sanitätssoldaten in Kambodscha wurden in der Bundeswehrwerbekampagne als „Engel von Phnom Penh“ bezeichnet.

Man sieht: Begriffe wie „Krieg“ und „Verteidigung“ werden strikt vermieden; statt dessen okkupiert man sozusagen das Vokubular der deutschen Friedensbewegung und deutet es für die eigenen Zwecke um. Warum dieses Versteckspiel? Warum dieses verbale Verdrängen des Tatbestandes, daß jedes militärinterventionistische Unternehmen ein Akt staatlicher Gewalt ist, der jederzeit in Krieg umschlagen kann? Die Antwort lautet: Die „Out of area“-Propagandisten

werben für eine möglichst breite Akzeptanz für die neuen Rollen der Bundeswehr und nehmen zugleich Rücksicht auf eine friedenswillige deutsche Öffentlichkeit, die von Krieg nichts wissen will.

Im politischen Raum wurde der Militärinterventionismus in Verbindung gebracht mit der Vorstellung einer durch die deutsche Einigung wiedergewonnenen „Normalität". Auf die Militärpolitik bezogen sollte eine Neuorientierung der Außenpolitik an den Gewohnheiten und Statussymbolen der alten Weltmächte erfolgen, zur Vorbereitung auf die angestrebte Rolle, selbst Weltmacht spielen zu können.

Der wichtigste Beleg für diese Behauptung ist das sogenannte Naumann-Papier, ein im Bundesministerium der Verteidigung unter der Federführung des Generalinspekteurs Klaus Naumann im Jahre 1991 erarbeitetes Konzept mit dem umständlichen Titel „Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundlagen der Neugestaltung der Bundeswehr", das Minister Rühe im November 1992 unter dem Titel „Verteidigungspolitische Richtlinien" adaptierte.

... und dann doch Kerniges

Das Naumann-Papier bzw. die Rühe-Richtlinien verlassen den Bereich der Verteidigungspolitik im engeren Sinne und wagen sich weit auf das Feld der Außenpolitik vor. Als zentrale politische Kategorien werden die *„deutschen Wertevorstellungen und Interessen"* herausgestellt. Solche *„legitimen nationalen Interessen"* müßten sich nicht in jedem Einzelfall mit denen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die *„übergeordnete sicherheitspolitische Zielsetzung"* Deutschlands müsse es sein, Konflikte in Europa zu verhüten. Dabei lasse sich die deutsche Politik von *„vitalen Sicherheitsinteressen"* leiten, zu denen – aus der Sicht der Militärplaner – neben neun weiteren Zielen auch die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung"* gehöre.

Was wir vor uns haben, hätte man früher rundheraus als ein imperialistisches Programm bezeichnet. Jedenfalls handelt es sich unbestreitbar um eine Definition deutscher Interessen in globaler Perspektive und zugleich um die Absichtserklärung, die diesen Interessen verpflichtete Politik militärisch zu instrumentalisieren.

In der alten Bundesrepublik war die Aufgabe der Bundeswehr auf die Landesverteidigung im NATO-Verbund eingeschränkt. Die militärische Führung im Bundesverteidigungsministerium hat nun die veränderte Weltlage dazu benutzt, im „Naumann-Papier" und den auf ihm aufbauenden „Verteidigungspolitischen Richtlinien" einen *„erweiterten Sicherheitsbegriff"* zu entwickeln. Die Gedankengänge dieser Konzeption laufen auf einen dramatischen Bruch mit der bisherigen Militärpolitik hinaus. Sie zeigen, *„wovon deutsche Generäle träumen"* (Elmar Schmähling).

Seit 1992 folgt die deutsche Außen- und Militärpolitik ziemlich konsequent dem Weg, der in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vorgezeichnet ist. Die zur Umsetzung benutzte Salami-Taktik dient primär der Beeinflussung einer sich noch immer sperrenden deutschen Öffentlichkeit. Der über 500 Millionen teure und „in den Sand gesetzte" Somalia-Einsatz der Bundeswehr ist nur in diesem Kontext angemessen zu verstehen. Merkwürdigerweise folgte die zögerliche Haltung der Bundeswehrführung, sich für ein militärisches Engagement in Bosnien einzusetzen, demselben Ziel. Denn die Erzwingung der Kriegsbeendigung im früheren Jugoslawien wurde als „militärisch nicht lösbar" eingeschätzt. Im



Setzt sich nieder auf mein Dach
Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

Hinblick auf die deutsche Öffentlichkeit trug sie insofern die Gefahr in sich, das ganze Konzept des Militärinterventionismus zu diskreditieren. Inzwischen ist es eine Tatsache, daß sich seit dem 1. September 1995 deutsche Soldaten auf dem Balkan erstmals seit 1945 wieder in einem Kriegseinsatz befinden. Ein symbolträchtiger Zufall, daß es dabei um den Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges handelt. Das Verwirrspiel um die organisatorischen Zusammenhänge und die Legitimationsspender – UNO, NATO, KSZE, Eurokorps – paßt zur Salami-Taktik. Gleichwohl ist es heute noch nicht absehbar, ob sich auch dieser Einsatz im Sinne einer Gewöhnung der deutschen Öffentlichkeit auswirken wird.

Wenn wir die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" als das entscheidende Schlüsseldokument zu Rate ziehen, so lautet das Ziel, wieder weltweit kämpfen zu können, wenn auch nicht im *„Alleingang"*, so im Rahmen von Bündnissen und internationalen Organisationen, am besten mit der legitimierenden Rückendeckung der Vereinten Nationen. Man trifft den Kern dieser Politik nicht, wenn man ihr unterstellt, sie wolle in Wirklichkeit doch den nationalen Alleingang. Vielmehr ist ein Militärinterventionismus im Bündnis mit anderen Industriestaaten zur Domestizierung des Rests der Welt die zutreffende Interpretation.

Die neue Politik ist von der Vorstellung geprägt, daß das geeinte Deutschland von seinem ökonomischen Gewicht her bereits eine *„Weltmacht"* sei und dies nun mit der Option für weltweite Militäreinsätze unterstreichen müsse. Deshalb geht es in erster Linie nicht um Humanitäres und um *„Konfliktlösung"*, sondern um die Beschaffung von Weltmacht-Statussymbolen. Dafür wird auch die Restauration des Krieges als Mittel der Politik in Kauf genommen.

Die Konzeption des modernen Militärinterventionismus à la Rühe und Naumann läßt zusammengefaßt folgende Elemente erkennen: 1. Einen „Rundumalarmismus"; die internationale Lage wird als ein unübersehbares Feld aktueller und potentieller Gefahren interpretiert. 2. Den politischen Willen, internationale „Verantwortung" und nationale Interessen rein macht-militärpolitisch zu definieren. 3. Die Re-Legitimierung des Krieges als Mittel der Politik. 4. Die Wiederaufnahme des Strebens nach einer deutschen „Weltmachtrolle", das seit der Reichsgründung die zentrale außenpolitische Orientierung der deutschen Machteliten darstellte. Dabei handelt es sich heute allerdings um ein geläutertes, frühere Fehler möglichst nicht wiederholendes Streben: keine nationalen Alleingänge und begrenzte Risikobereitschaft.

Wolfram Wette

Wolfram Wette ist Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Arbeitsstelle Freiburg und Privatdozent am Historischen Seminar in Freiburg. Er veröffentlichte zuletzt: **„Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels"**, KLARTEXT-Verlag Essen 1995 (29,80 DM).

Anmerkungen:

1) Truppenpraxis Nr. 3/1991, S. 304–307
2) siehe Truppenpraxis 1/1992, S. 108 f.
3) Truppenpraxis 3/1991, S. 294–298 und 4/1991, S.372–380
4) „Der Krieg, das Vaterland und der Donner schweren Geschützes", in: Truppenpraxis 3/1992, S. 304–306

„Rot scheint die Sonne"

Die Saarlandbrigade macht Musik

Sie üben regelmäßig im türkischen Teil Kurdistans, sie waren in Somalia dabei, sie sind stolz auf die Tradition deutscher Fallschirmjäger und verherrlichen heute noch in ihren Liedern Eroberungsfeldzüge der Nazis. Sie sind eine der Einheiten, welche die neue Weltordnung, die militärische Sicherung des Welthandels, erzwingen sollen.

Die Saarlandbrigade (Luftlandebrigade 26), die neben ihren saarländischen Standorten in Lebach, Merzig, Saarlouis noch im rheinland-pfälzischen Zweibrücken und im baden-württembergischen Phillippsburg vertreten ist, umfaßt rund 2.000 Soldaten und ist zum größten Teil eingebunden in die AMF (Allied Command Europe Mobile Force). Damit gehört sie zu den Krisenreaktionskräften der NATO, die innerhalb weniger Tage rund um die Erde einsetzbar sind. Bereits am Somalia-Einsatz 1993/1994 war sie beteiligt; und beim deutschen Kriegseintritt auf dem Balkan ebenfalls. *„Der Kommandeur der Saarlandbrigade, Oberst Hans-Heinrich Dieter ist zum nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt worden"*, jubelte die Saarbrücker Zeitung am 25.7.95.



In der Öffentlichkeit präsentiert sich der Oberst als *„soldatischer Vollprofi"* mit „Interesse an Zeit- und Militärgeschichte" und als *„glänzender Stratege"*. Spätestens hier wird klar, daß die Saarlandbrigade als Eliteeinheit zentraler Bestandteil der außenpolitischen Überlegungen der BRD ist. Einer Außenpolitik, die zusehends ökonomische Ziele auch mit militärischen Mitteln erreichen will. Die *„Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen"* und die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels"*, so hieß es im Stoltenberg-Papier von 1992, durfte bisher in Somalia und Kroatien geübt werden. In diesem Kontext passen die häufigen Manöver dieser deutschen Fallschirmjäger in Kurdistan, zuletzt im September 1994, aber auch die führende Rolle beim Somaliaeinsatz.

In welche Tradition sich die Brigade dabei stellt, wird mit einem Blick auf ihre Werbebroschüre deutlich. In dem 1940 geschriebenen Nazilied „Rot scheint die Sonne", das in voller Länge abgedruckt wird, heißt es: *„Klein unser Häuflein, wild unser Blut. Wir fürchten den Feind nicht und auch nicht den Tod. Wir wissen nur eines, wenn Deutschland in Not, zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod:.."*.

Genauso unverhohlen werden die nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als militärische Leistungen abgefeiert. *„Schon im zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe – ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt."* In jährlichen Kreta-Feiern gedenkt die Brigade aller, die auf Kreta ums Leben kamen. Kein Wort davon, daß die deutschen Fallschirmjäger Besatzer waren, daß es auch militärischen Widerstand der Zivilbevölkerung gegen die unerwünschten Deutschen gab. Täter werden zu Opfern erklärt. Die positive Bezugnahme auf den NS-Terror bringt der evangelische Militärpfarrer der Saarlandbrigade zum Ausdruck, als er in einem Interview deutsche Geiselerschießungen von Zivilisten auf Kreta rechtfertigt.

Etwa 70% der 2000 Soldaten stammen aus dem Saarland. Vor Ort präsentieren sich die Militärs gerne als Teil des kulturellen Lebens und als die netten Jungs von nebenan. Pfadfindern gleich helfen sie Vereinen bei der Gestaltung von Festen und kämpfen gegen Hochwasser. *„Die Kontakte zwischen Soldaten und Bevölkerung sind vielschichtig. Tag der offenen Tür, Feierliches Gelöbnis, gemeinsame Tagungen und mannigfaltige gesellschaftliche Veranstaltungen erfüllen die Beziehungen mit Leben. Nicht zu vergessen die humanitären Hilfsaktionen der Brigade zugunsten bedürftiger Menschen im Saarland sowie die Einsätze bei Naturkatastrophen. Hundertfach auch die mehr privaten Kontakte. Wer kann sie zählen, die Blicke der Soldaten rüber zu den Mädchen der Stadt."* So lobt sich die Saarlandbrigade in ihrer Broschüre.

Diese Form der Selbstdarstellung, angereichert durch die wirtschaftliche Bedeutung in strukturschwachen Regionen, wird von der Mehrzahl der Medien wie einer Allparteienkoalition bedenkenlos nachgebetet. Kritik war bisher Fehlanzeige, bis der TV-Film „Friedensengel" (siehe Anzeige) produziert wurde. Der Film greift die Kritik der AKTION 3.WELT Saar an dieser Eliteeinheit auf und wurde Mitte Februar über Kanal 4 auf den Frequenzen von RTL bundesweit ausgestrahlt.

Roland Röder ist Mitarbeiter des BUKO und der AKTION 3.WELT Saar


Foto: Herby Sachs – version

Partners in Leadership

Clinton und Kohl: Verbindung auf Zeit?

Die Amis drinnen, die Russen raus und die Deutschen kleinhalten – so lautete während einer langen Zeit des Kalten Krieges das inoffizielle Programm der NATO. Neue Töne aus Washington bezeichnen Deutschland mittlerweile als *„Partner In Leadership"*. Ist die Angst vor einem starken Deutschland Geschichte?

Anläßlich seines Deutschland-Besuchs im Juli 1994 agitierte Bill Clinton für eine entschlossenere deutsche Machtpolitik: *„Alles was getan werden kann, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Führungsverantwortung tatkräftig wahrzunehmen"*, müsse man begrüßen. Entsprechend erfreut war seine Reaktion auf den Karlsruher „Out-of area"-Beschluß, welcher den Wechsel von den Streitkräften der alten Bundesrepublik zur Bundeswehrmacht der Berliner Republik symbolisiert. *„Nichts wird uns aufhalten, alles ist möglich"*, hatte er in deutscher Sprache unter dem Jubel der Berliner ausgerufen.

Alles ist möglich? Keineswegs. Zwar ist es zutreffend, daß die deutschlandpolitischen Berater der Clinton-Administration um Philipp H. Gordon oder Richard Holbrooke zur internationalen Avantgarde derer gehören, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, jedwede Skepsis hinsichtlich einer neuen deutschen Machtpolitik als Hirngespinst oder als *„kurzsichtigen Moralismus"* zu denunzieren. Und dennoch spiegelt sich selbst in ihren Texten jener Widerspruch, der die amerikanische Deutschlandpolitik seit beinahe 50 Jahren auszeichnet: Man will die deutsche Machtentfaltung einerseits mobilisieren und andererseits, ein wenig jedenfalls, auch kontrollieren.

Der Gedanke der „Normalisierung" läßt es zwar logisch erscheinen, daß die Holocaust-Erfahrung von der Gegenwart endgültig abgetrennt und auch die letzte als Folge des verlorenen Krieges beschlossene Rüstungsbegrenzung hinsichtlich der ABC-Waffen beseitigt wird. So weit aber wollen es die internationalen Befürworter der deutschen „Normalisierung" in der Regel nicht kommen lassen: *„Es gibt selbstverständlich potentielle Gefahren, die mit der Normalisierung verbunden sind und klare Grenzen, die sie nicht überschreiten darf"*, schreibt Philip Gordon. *„Niemand will erleben, daß Deutschland die Lektionen der Vergangenheit vergißt."* Die Grundidee der US-amerikanischen Deutschlandpolitik ist damit auf den Punkt gebracht: Normalisierung ja, aber begrenzt.

Der Hoffnung auf eine „Begrenzung" deutscher Machtentfaltung liegt freilich ein Denkfehler zugrunde, auf den ich weiter unten zurückkommen will. Zunächst sei an Beispielen skizziert, wie sich jener Widerspruch zwischen „Normalisierung" und „Begrenzung" materialisiert.

Deutsche Atomwaffenoption

Die 1992 nur durch eine Indiskretion bekanntgewordene „Richtlinie für die US-Verteidigungsplanung der Haushaltsjahre 1994–1999" hatte die Frage beantwortet, gegen wen die Aufrüstung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges vorrangig gerichtet sei: gegen ein nuklear bewaffnetes Deutschland und ein entsprechend gerüstetes Japan. „Unser erster Ziel muß es sein", hieß es darin, *„das Wiedererstehen eines neuen Rivalen zu verhindern. Wir müssen verhindern, daß irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen für die Schaffung einer globalen Machtposition ausreichend wären."* Aus der Kombination von Wirtschaftskraft und Atombombe erwachse aber jener „new global enemy", dessen Aufkommen zu verhindern ein primäres Ziel der USA sei.[1]

Clinton kombiniert beides: den Aufruf an Deutschland, die Vorherrschaft in Europa zu übernehmen mit einer Diplomatie, die der deutschen Atomwaffenoption den Boden zu entziehen sucht. Seine Bemühungen, gemeinsam mit Rußland, Großbritannien und Frankreich eine Koalition gegen die Lieferung von Waffenuran für den Reaktor Garching II auf die Beine zu stellen, ist hier nur die aus den Dunkeln der Geheimdiplomatie aufragende Spitze des Eisbergs.[2] Auf der Tagesordnung der von Clinton veranlaßten vertraulichen Gespräche über die deutsche Plutoniumpolitik steht darüberhinaus die Frage der deutschen Plutonium-Tonnagen in Hanau sowie die deutsche Nuklearpolitik vis-a-vis Moskau.

Keineswegs begeistert sind die USA über die von der BRD zunehmend forcierten Anstrengungen, die EU von der Abhängigkeit der USA abzukoppeln und mit den Kapazitäten auszustatten, die für eine militärisch autonom handelnde Militärmacht notwendig sind. Das jüngste Beispiel liefert der (in den BRD-Medien weitgehend verschwiegene) Streit um den Aufklärungssatelliten Helios II. Dieser unter französischer Federführung anvisierte Militärsatellit dient dem Zweck, von US-amerikanischen Aufklärungsdaten nicht länger abhängig zu sein und eine von den USA unabhängige, auch

nukleare Zielplanung vornehmen zu können. Im Oktober 1995 hatte sich die Bundesregierung entschieden, sich für 2 Milliarden DM in dieses Projekt einzukaufen.

Diesem Beschluß waren, wie die International Herald Tribune am 19. 10. 95 berichtete, energische Interventionen der USA mit dem Ziel, dies zu verhindern, vorausgegangen. Clinton persönlich hatte an Kohl appelliert, von dem Programm die Finger zu lassen. Der US-Konzern Lockheed Martin Corp. wurde veranlaßt Satelliten, über die ansonsten die USA ein Monopol besitzen, zu Dumpingpreisen an Deutschland zu verkaufen. John Deutch, der Chef der CIA, wurde nach Bonn und Pullach geschickt, um seine deutschen Geheimdienstkollegen von den Vorteilen des US-amerikanischen Angebots zu überzeugen. Vergeblich. Bonn besteht, wie der deutsche Generalinspekteur Naumann erklärte, auf einer europäisch-autonomen Waffeneinsatzfähigkeit auch in den Fällen, in denen *„die NATO entweder nicht handeln kann oder nicht handeln will"*. Letzteres meint Szenarien, in denen das Interesse der Bundesregierung sich von dem Interesse der USA unterscheidet.

Es wird von der Clinton-Administration, im Unterschied zur Politik George Bushs, die sogenannte europäische „Verteidigungsidentität" ausdrücklich befürwortet, jedoch nur insoweit, wie jene sich in den Rahmen einer nach wie vor von den USA dominierten Nordatlantischen Allianz einzuordnen bereit ist. Dies aber ist immer weniger der Fall, was nicht nur mit einer Veränderungen von Kräfteverhältnissen zusammenhängt, sondern auch damit, daß sich in der für die Zukunft Osteuropas grundlegenden Frage, welche Art von Beziehung zu Rußland anzustreben sei, die deutsche Position von der Haltung Washingtons erheblich unterscheidet.

Das Verhältnis zu Rußland

Der Kern der deutsch-amerikanischen Differenz ist ideologischer Natur und mit dem spezifisch völkischen Ansatz der deutschen Außenpolitik verknüpft. Washington hat keine prinzipiellen Zweifel daran, daß Rußland, wie jedes andere Land der Erde, eine bürgerliche Demokratie auf der Basis des Kapitalismus zu werden in der Lage ist. Für die herrschende Sichtweise der Bundesrepublik ist Rußland demgegenüber eine asiatische Großmacht ohne Zugang zur „europäischen Kultur". Besonders kraß kommt der Rassenimperialismus des dafür zuständigen FAZ-Herausgebers daher, der von einer *„historisch bedingten Eigenart des russischen Volkes"* spricht, welche geprägt sei *„von über zweihundertfünfzigjähriger Herrschaft der Mongolen und Tataren."* Deshalb *„werde ein Russe nie so produktiv arbeiten wie ein Westler"*. An *„gefährlichem Wirklichkeitsverlust"* leide, so Reißmüller, wer vom russischen Volk eine Außenpolitik erwarte, *„die auf Interessenausgleich und Zusammenwirken gründet und physische Macht, wenn überhaupt, dann mit strenger Selbstbeschränkung einsetzt".*[3]

Die Gegenposition hat 1994 in Rahmen der Münchner Wehrkundetagung US-Verteidigungsminister Perry formuliert: *„In der Diskussion wurde behauptet"*, erklärte Perry, *„daß Rußland dazu bestimmt ist, eine imperiale Macht zu sein und deshalb unfähig sein wird, die Möglichkeit der demokratischen Nationenbildung zu nutzen. Ich persönlich weise den Standpunkt, wonach die Kultur einer Nation ihr Verhalten und ihr Auftreten in der politischen Arena vorherbestimmt, zurück. Der Standpunkt, daß es irgendetwas in der russischen Kultur gebe, das dieses Land daran hindert, eine demokratische Nation zu werden, ist falsch."*[4]

Auf der Ebene des NATO-Programms „Partnership for Peace" wird dieser Streit zwischen deutscher und westlicher Ideologie inzwischen wie folgt buchstabiert: *„Partnerschaft für den Frieden"* bedeute, so Kinkel, *„ein Angebot, das rechtlich für sämtliche neuen Demokratien des Ostens, aber faktisch nicht für Rußland und die Ukraine gilt."*[5] Demgegenüber wird eine gemeinsame Clinton/Jelzin-Erklärung wie folgt wiedergegeben: *„Angesichts der internationalen Bedeutung Rußlands, begrüßte Präsident Clinton die Aussicht auf eine Beteiligung Rußlands an der Partnerschaft für den Frieden. Ziel sei ein integriertes Europa, das auch Rußland einschließe."*[6]

Während hierzulande die europäische Szene in eine gute deutsche und eine böse russische Politik aufgeteilt zu sein scheint, präferiert man in den USA die Äquidistanz: hier die neue Kontinentalmacht mit durchaus ungewisser Zukunft, dort das nukleare Riesenreich und dazwischen Osteuropa. Die Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera" sprach im Mai 1995 von *„einem Europa, das Clinton und Jelzin wollen, und einem, von dem Kohl träumt. Das erste steht immer noch unter dem Schutz Amerikas und Rußlands, das zweite ist unabhängig. Für Clinton bleibt Moskau weiterhin der wichtigste Partner. Kohl präsentiert sich als Architekt eines künftig unabhängigen Europa. Zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schlägt Deutschland einen anderen außenpolitischen Weg ein als die USA."*[7]

Warum wird trotz dieser massiven Differenzen Deutschland zum Hauptbündnispartner der USA erklärt? Der erste Grund ist in der folgenden Schlagzeile der International Herald Tribune auf den Punkt gebracht: *„Better German Leadership Than None."* Im Chaos der osteuropäischen Übergangsgesellschaften erscheint deutsche Ordnungsmacht im Moment noch als das kleinere Übel. Zweitens geht es den USA um einen Ansatz von Arbeitsteilung. *„Eine größere deutsche Handlungskapazität erhöht sowohl Amerikas eigene Handlungsfähigkeit, wie auch seine Flexibilität"*, heißt es etwa in der vielbeachteten Studie Daniel Hamiltons, „Beyond Bonn – America & the Berlin Republic". Drittens hoffen die USA, durch eine Politik des Entgegenkommens die Berliner Republik von zukünftigen Alleingängen abhalten zu können. *„Niemand möchte"*, so Richard Holbrooke, *„daß die Deutschen allein handeln und ihre Streitkräfte allein einsetzen"*.

All diese Überlegungen basieren auf zwei Prämissen, deren Realitätsgehalt bezweifelt werden muß. Erstens interpretieren die USA die relativ zurückhaltende Bonner Außenpolitik bis 1989 als Konsequenz eines bewußten Bruchs mit den Prinzipien, die die deutsche Machtpolitik in den Jahrzehnten zuvor bestimmt hatten. Zweitens begreifen sie die Wende von 1989/90 in Bezug auf Deutschland als ausschließlich quantitative Zäsur: mehr Bevölkerung, mehr Landesgröße, mehr Wirtschaftskraft.

Ausgeblendet wird die Möglichkeit, daß die deutsche Politik bis 1989 „gebändigt" dahergekommen ist, weil und solange die äußeren Rahmenbedingungen eine andere Politik gar nicht zugelassen hatten. Ignoriert wird die Tatsache, daß maßgebliche Ideologen einer neuen deutschen Machtpolitik (Stürmer etwa, oder Baring, Scholz oder Schwarz) die Berliner Republik keineswegs als den Nachfolgestaat der alten Bundesrepublik begreifen, sondern, soweit es die Außenpolitik betrifft, als das Gegenmodell zu jenem „impotenten Zwerg", als welchen man im Nachhinein die Alt-BRD denunziert.

Wer den Deutschen die Normalisierungs-Idee beibringen will, schrieb im April 1992 der SPD-Politiker Peter Glotz an die Adresse der USA, solle sich klarmachen welche Fragen er provoziert. Es würde sich dann über kurz oder lang ein Konservativer finden, *„welcher der Katze die Schelle umhängt und offen ausspricht, daß es absurd sei, wenn Brasilianer, Inder oder gar Libyer Atomwaffen bekommen, die Deutschen aber nicht. Es könnte gut sein, daß es nicht mehr allzulange dauert, bis die stolzen Sieger des Golfkrieges sich nach dem verachteten ‚Genscherismus' sehnen, der solche Aggressionen bisher in ‚Verwaschenheit' und ‚Sentimentalität' erstickte"*.

Matthias Küntzel

Matthias Küntzel schrieb das Buch **„Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt"**, Campus-Verlag 1992, 48,– DM.

Anmerkungen:

1) Vgl. „konkret" 9/92
2) Vgl. „konkret" 9/94
3) FAZ, 20.5.92
4) So der Informationsdienst der deutschen US-Botschaft, Policy Information And Texts (PIAT), 8.2.94
5) FAZ, 22.12.93
6) Monitor-Dienst, 15.1.94
7) Zitiert nach FAZ, 12.5.95

Unter den 62 Organisationen, deren Neubildung die Alliierten im Oktober 1945 untersagten, fand sich gleich auf Platz 5 der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland", kurz VDA. Zu dieser Maßnahme hatten die Bezwinger Nazi-Deutschlands allen Grund, denn der VDA war wohl wie kaum eine andere Massenorganisation an der Vorbereitung und Umsetzung nationalsozialistischer Außenpolitik beteiligt. Formal unabhängig, faktisch Vorfeldorganisation staatlicher Politik, konnte der VDA seit 1881 in allen Phasen deutscher Staatlichkeit – vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus – völkische dreisteren staatlichen Pangermanismus seit dem Fall der Mauer. Der VDA, in den 50er Jahren von Kadern aus der NS-Zeit wiederaufgebaut und noch in den 80er Jahren pessimistisch hinsichtlich einer Perspektive für das „Restdeutschtum" in Osteuropa, witterte Morgenluft.

Eilig wurden Kontakte zur rußlanddeutschen Organisation „Wiedergeburt" geknüpft. Der deutsche Staat lud über seine Vorfeldorganisation VDA 33 ihrer Kader zu einem zweiwöchigen Schulungsprogamm in die BRD ein, um kurz darauf befriedigt festzustellen, daß die Rußlanddeutschen die Herstellung eines selbstver- *Kondition war wahnsinnig, das Auftreten des deutschen Regierungsvertreters anmaßend und rücksichtslos."*

Daß man bei der Lektüre von „Deutschtum Erwache!" einiges erfährt, was man den Medien in der Regel nicht entnehmen kann, dürfte nicht zuletzt an Walter von Goldendach liegen – Pseudonym einer Person aus dem Umfeld des Auswärtigen Amtes, die einiges an Schriftverkehr und internen Vorgängen aus dem Netz zwischen VDA, Auswärtigem Amt und Innenministerium ans Tageslicht beförderte. Darunter gelitten hat die Darstellung der konkreten Aktivitäten der Pangermanisten in aller Welt – über wei-

Neue Bücher zur deutschen Weltpolitik

Deutschtumspolitik betreiben, die dem Auswärtigen Amt zu heikel war, um sie in eigenem Namen durchzuführen. Eine Arbeitsteilung, die bis heute und insbesondere seit dem Kollaps der realsozialistischen Staaten Osteuropas Bestand hat.

Zu diesem Ergebnis jedenfalls kommen Hans-Rüdiger Minow und Walter von Goldenbach in ihrem 500-Seiten-Wälzer **„Deutschtum Erwache!"**, in dem die gleichermaßen wechselvolle wie konstante 114-jährige Entwicklung des VDA akribisçh nachgezeichnet wird. Wechselvoll, weil der VDA je nach äußeren Umständen mal Propagandaorganisation mit Masseneinfluß war, sich in anderen Zeiten aber eher im Hintergrund hielt und beharrlich Verbindungen zwischen Rechtsextremen, staatlichen Stellen und „Deutschstämmigen" im Ausland herstellte. Weitgehend gleich geblieben ist hingegen die Ideologie des VDA, ein sich auf Blutsbande stützender aggressiver völkischer Nationalismus, der sich weltweit im „Abwehrkampf" gegen Assimilierung und Unterdrückung von Volksdeutschen wähnt. Der VDA gehörte stets zu den entschiedensten Verfechtern deutscher Großmachtpolitik, als ideologischer Zulieferer in der Phase des Kolonialismus, als nationalistischer Agitator gegen das „Diktat von Versailles" und selbstverständlich beim „Kampf um deutschen Lebensraum" im Osten während des Nationalsozialismus.

Eine zweite Konstante ist die Funktion des VDA für deutsche staatliche Stellen: Diese benutzten den VDA nicht zuletzt mittels personeller Verflechtungen mit dem Auswärtigen Amt oder dem Innenministerium immer wieder als Tarnorganisation. Beispielsweise als es galt, Kontakte zum Führer der nationalsozialistischen „Sudetendeutschen Partei" von Konrad Henlein zu pflegen und diesen in seinem Engagement für den Anschluß an Nazi-Deutschland finanziell zu unterstützen.

Der wichtigste Teil des Buches beschreibt den rapiden Auftrieb eines immer



walteten Territoriums forderten. Mit immer mehr Mitteln aus der Staatskasse versorgt ging der VDA sogar daran, größere Landkäufe in Kaliningrad („Königsberg") zu tätigen, was ärgerlicherweise für Aufsehen sorgte, so daß er zurückgepfiffen wurde. Der VDA stand dennoch weiterhin in gutem Kontakt mit der örtlichen „Eintracht – Stadtgesellschaft der deutschen Kultur", deren Hauptaufgabe laut VDA „in der stillen Übersiedlung von Deutschen in das Kaliningrader Gebiet" besteht.

Im Falle der „Deutschen Gesellschaft" in St. Petersburg übernahm das Moskauer Büro des VDA gleich die Finanzierung, um ihr bei „Erforschung und Wiederaufbau des historischen Erbguts" der „Deutschstämmigen" behilflich zu sein. Horst Waffenschmidt, Staatssekretär des Bundesinnenministeriums und VDA-Funktionär, ging aufs Ganze und führte mit der Gebietsverwaltung von St. Petersburg Verhandlungen über ein den Deutschen zu überlassendes Gebiet. Sämtliche Vorschläge der russischen Behörden wies er schroff zurück. Minow und Goldendach zitieren Erhellendes aus dem Gesprächsprotokoll: *„Mit brutaler Offenheit wurden (...) die Siedlungsbedingungen diktiert. Das Gebiet muß erstens großflächig und zweitens zusammenhängend sein (...) die fünfte Bedingung formulierten die Deutschen am entschiedensten: Der Siedlungsbereich hatte weitgehend frei von nichtdeutschem ‚Volkstum' zu sein (...) Diese*

te Strecken beschränken sich Minow/Goldendach auf die Biographien der Akteure und die ideologische Ausrichtung des Vereins (was auch daran liegen kann, daß bis zum Aufweichen des Ostblocks für den VDA nicht viel zu tun war).

Einige Ungereimtheiten schmälern allerdings den Wert des Buches, das zwar eine ausgezeichnete, eher schon zu detaillierte Organisationsgeschichte enthält, sich mit analytischen Fragen aber eher schwer tut. Der Zusammenhang von Kapitalinteressen und völkischer Deutschtumspolitik bleibt auch nach 500 Seiten eher diffus – wird über weite Strecken das Bild einer durch und durch ideologischen, vom Volksgedanken geradezu besessenen Organisation gezeichnet, so erscheinen gegen Ende die Rußlanddeutschen wiederum nur als Vorwand zur Exportförderung durch den VDA. Im Hinblick auf die Diskussion um einen deutschen Sonderweg wäre aber gerade hier mehr Klarheit notwendig. Ist nämlich die völkische Spezifik deutscher Außenpolitik lediglich Mittel zum Zwecke des Außenhandels, dann steht die These eines sich nicht mehr an kapitalistischer „Rationalität" orientierenden deutschen Sonderwegs auf tönernen Füßen.

Stutzig macht der Schluß des Buches, der für die Zukunft eine *„Katastrophe, die noch umfassender, noch totaler"* sein werde als *„sämtliche ihrer Vorläufer"* prognostiziert. Ob es in Zeiten, wo selbst Spitzen-Grüne den sudetendeutschen Revanchisten hinterherlaufen, derart deftiger Thesen bedarf, um noch einen alarmierenden Effekt zu erzielen? Analytisch fundiert scheint dieser Katastrophismus jedenfalls nicht – trotz aller aufgezeigten Kontinuitäten.

Felix Kurz

Walter von Goldendach/Hans-Rüdiger Minow: „Deutschtum Erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Dietz, Berlin 1994, 544 S., DM 54,–

Zentralmacht

Wer wissen möchte, wie sich Stichwortgeber deutscher Politik die zukünftige Außenpolitik vorstellen, sei auf das neue Buch des Adenauer-Biographen Hans-Peter Schwarz verwiesen. **„Die Zentralmacht Europas"** ist nicht nur Befund der neuen geopolitischen Lage, sondern Programm, wie nach 1989 Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne zu erfolgen habe: Aus der unaufgeregten Anerkennung, daß Deutschland wieder Großmacht, eben Zentralmacht Europas sei, ergibt sich eine Gestaltungsaufgabe für Europa. Der „traumatisierte Riese" müsse „entfesselt" werden, konstatiert Schwarz und fordert ein Therapieprogramm für das verschüchterte Bürschchen.

Den Hemm-Faktor hat er bereits ausgemacht: „Bekanntlich ist die Erinnerung an das Dritte Reich seit langem ein Gespenst, mit dem man schon Kinder schreckt." Die Katastrophe der Deutschen war nämlich nicht das Dritte Reich selbst, sondern deren Folgen: Teilung und sowjetische Besatzung „deutschen Kernlandes". Die befreiende Tat aus der unnatürlichen Ängstlichkeit erfolgte 1989, als der Strom deutscher Geschichte „erneut ins alte Stromtal des am 18. Januar 1871 ausgerufenen Nationalstaates" zurückkehrte, „aus dem er fast genau fünfzig Jahre in sehr künstlichen Kanalsystemen abgeleitet worden war". Nun müsse das Re-Birthing auch in den Köpfen nachvollzogen werden. Quod erat demonstrandum.

Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994 (viel zu teuer)

Wüstenstürme

Der wohlgemerkt etwas naiven Hoffnung vieler Friedensbewegter, daß sich mit dem Ende des Kalten Krieges quasi von selbst eine neue, friedliche und solidarische Weltordnung durchsetzen würde, wurde schnell ein jähes Ende bereitet. Der Golfkrieg und Interventionskonzepte wie die „Schnelle Eingreiftruppe" machten bald deutlich, daß dem Ende des kalten Krieges eine Vielzahl von lokalen heißen Kriegen folgen würden. Ein von friedenspolitischen Gruppen im Oktober '93 organisierter Kongreß mit dem Titel **„Wüstenstürme – Der Krieg des Nordens gegen den Süden"** versuchte die neu propagierte „Weltinnenpolitik" zu analysieren und zu hinterfragen – nicht zuletzt auch um Handlungsperspektiven für die Friedensbewegung zu erarbeiten. Das vorliegende Buch mit dem gleichnamigen Titel, herausgegeben von Andreas Disselnkötter, dokumentiert in 14 Beiträgen die durchaus kontroversen Diskussionen dieses Kongresses.

Im ersten Teil des Buches wird die derzeitige Umorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Industrienationen sowie die Umstrukturierung ihrer Armeen untersucht. Insbesondere die Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik bildet hierbei den Schwerpunkt. Die militärpolitischen Planungen der Bundesregierung, die deutschen Bemühungen auf dem Weltrüstungsmarkt und der Diskurs um die angeblich „gewachsene Verantwortung" des wiedervereinigten Deutschlands werden aufgegriffen. Der zweite Teil des Buches betrachtet die Konfliktpotentiale von Ökologie und Migration, auch in Bezug auf deren Nutzen zur Legitimation militärischer Interventionen. Eine Diskussion um die von der UNO zu erwartende Rolle in der „Weltpolitik" schließt sich an. Andrea Lederers Artikel „Die falsche Hoffnung der Linken auf die UNO" hebt sich hier besonders hervor. Sie zeigt kurz und differenziert das Interesse der Industrienationen an der Beibehaltung der herrschenden Weltordnung auf, an dem linke Reformvorschläge immer wieder scheitern. Dies geschieht mit einer Prägnanz und Deutlichkeit, die vielen anderen Beiträgen des Buches fehlt.

Die „Perspektiven der Friedensbewegung", die im dritten Teil des Buches vorgestellt werden, wirken dann auch eher etwas hilflos. „Ziviler Friedensdienst" und „Gewaltfreie Konfliktlösung durch Vermittlung" mögen zwar pragmatische Herangehensweisen sein, die auch lokale Konflikte lösen können. Angesichts realer Interessen, die die herrschende Weltordnung erst errichten, wirken sie weltfremd. Auch wenn die realpolitischen Ansätze vieler Autoren globale Machtstrukturen und Handlungszwänge allzuoft ungenügend analysieren, eignet sich das Buch, vor allem aufgrund seiner faktenreichen und fundierten Beiträge, allemal als Einstieg in das Thema „Weltinnenpolitik".

Andreas Disselnkötter (Hrg.), „Wüstenstürme – Der Krieg des Nordens gegen den Süden?", DISS, Duisburg 1994, 128 S., DM 14,80

Deutschland und der nächste Krieg

Fröhliche Wissenschaft", „Psychotherapie", ein „exorzistischer Versuch, das seit 1992 zum Vorschein kommende Gedankengut herauszutreiben" sind einleitende Bezeichnungen Wolfgang Michals für sein im Frühjahr 1995 vorgelegtes Buch über Deutschlands dritten Griff zur Weltmacht. Michal erkennt in den Entwicklungen der letzten Jahre den Dreisprung nach der Reichsgründung 1871 wieder: „zuerst Europa, dann die Welt, dann Krieg". Diesem Schema folgend begibt sich Michal in drei Kapiteln auf die Suche nach Parallelen. Deutschland nehme „Abschied vom Westen", die hiesige Presse strotze vor antifranzösischem Ressentiment, die alten ordnungspolitischen Vorstellungen von Mitteleuropa und deutscher Hegemonie seien 1:1 an der Tagesordnung.

Sodann werden die weltweiten Interessen aufgespürt, die laut Michal identisch mit denen nach 1871 sind: Rußland, Orient, Schwarzafrika und China. Schwarzafrika? Ein „deutsches Interesse" ist dort wohl kaum auszumachen, das weiß auch Michal. Aber auch damals verspäteten sich ja die kolonialialen Ambitionen, und somit stellt sich – jedenfalls für Michal – die Frage, was passiert, wenn die Deutschen eines Tages in Afrika ihre Interessen definieren und mit denen anderer europäischer Mächte in Konkurrenz geraten. Was nicht ist, kann ja noch werden – und die Parallele ist gerettet.

Zu guter letzt muß dann noch der Krieg prognostiziert werden. Konkurrenz der nationalen Kapitale plus Militarisierung plus Geopolitik – Michal sieht Deutschland auf dem Weg in den dritten Weltkrieg. Michals Buch, flott-polemisch geschrieben, erhebt nicht den Anspruch, nüchtern-analytisch vorzugehen. Bestimmte Tendenzen, die in der Tat oft historische Vergleiche nahelegen, werden überhöht, und wo eine erwartete Entwicklung noch nicht sichtbar ist, fährt Michal nach dem Motto fort: Wir wissen ja, wie die Geschichte damals weiterging. Einbindung in internationale Organisationen, Verzicht auf Alleingänge? „Auch dieses Tabu wird fallen, sobald die Zeit reif ist." Den ernstzunehmenden harten Kern seines Buchs diskreditiert er durch wackelige Vergleiche und mangelnde Belege. „Deutschland und der nächste Krieg" eignet sich daher weniger als fundierter Beitrag zur Diskusion um neue deutsche Außenpolitik denn als hoffentlich Irritationen auslösendes Weihnachtsgeschenk für GrünwählerInnen und Sozis.

Wolfgang Michal, Deutschland und der nächste Krieg. Rowohlt Berlin, 1995. 140 S., 29,80 DM

Souverän in den Sicherheitsrat

Die Nord-Süd-Politik nach 1989

Bundesdeutsche Außenpolitik war vor 1989 nicht viel mehr als Außenhandelspolitik. Seit der Wiedervereinigung dagegen hören wir wieder Stimmen, die eine eigenständige, nationale Interessen vertretende Außenpolitik fordern. Ist ein solcher Kurswechsel auch in der Nord-Süd-Politik erkennbar oder stellt das Aufspüren deutscher Alleingänge außerhalb Europas die Suche nach einem Wendepunkt im Kreisverkehr dar?

Wie bei allen Nationalstaaten wird auch die Außenpolitik der Bundesrepublik von den ökonomischen und politischen Interessen des Landes und seiner strategischen Position im internationalen System determiniert. Jenseits aller blumigen Rhetorik von Völkerverständigung und Menschenrechten in außenpolitischen Sonntagsreden lassen sich bis 1989 vier grundlegende Determinanten der bundesdeutschen Außenpolitik nachzeichnen.

Zum ersten wies die Bundesrepublik eine extreme Rohstoffarmut auf und war dementsprechend abhängig von Importen. Gleichzeitig bestand eine große Exportabhängigkeit: Circa ein Drittel des Bruttosozialprodukts wurde und wird durch den Export realisiert; zum dritten war die BRD in überdurchschnittlichem Maße, nämlich als Frontstaat, in den Ost-West-Konflikt eingebunden. Schließlich mußte bundesdeutsche Außenpolitik unter den Souveränitätsbeschränkungen erfolgen, die die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges dem NS-Nachfolgestaat auferlegten. Die Nord-Süd-Politik der Bundesrepublik war von Anfang an in dieses Koordinatensystem eingebunden.

Vorwendezeiten

In den fünfziger und sechziger Jahren zeichnete sich die Rolle der Bundesrepublik in der Dritten Welt durch Konzentration auf die Verwirklichung wirtschaftlicher Interessen mit wirtschaftlichen Mitteln aus – und dies durchaus erfolgreich. Staatliche Politik hatte die Aufgabe, die wirtschaftlichen Risiken abzusichern, zum Beispiel mit Instrumenten wie der zu Beginn der fünfziger Jahre gegründeten Exportversicherung (Hermes-Kredite).

Das politische Profil fiel eher schwach aus und beschränkte sich letztlich auf die spezifisch deutsche Variante des Kalten Krieges gegenüber dem Süden, der Hallstein-Doktrin.[1] Was darüber hinaus auf dem – im Vergleich zur Außen- und Außenwirtschaftspolitik – schmalen Feld Entwicklungspolitik stattfand, orientierte sich an den Interessen der Wirtschaft, an Rohstoff- und Absatzmärkten.[2] In der sozial-liberalen Ära entsprach der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten ein Kurswechsel gegenüber den Entwicklungsländern, der deren Interessen und Problemen bis zu einem gewissen Maße Rechnung zu tragen suchte. Entwicklungspolitik wurde zu einem relativ wichtigen Thema. Die Hallstein-Doktrin wurde aufgegeben, statt dessen engagierte sich die Bundesrepublik im Nord-Süd-Dialog und gab dabei durchaus einige reformerische Impulse.[3]

Freilich stieß auch in der sozial-liberalen Ära reformorientierte Entwicklungspolitik rasch auf die Grenzen harter ökonomischer Interessen, zum Beispiel wenn es um die wirtschaftliche Kollaboration mit Diktaturen wie dem Chile Pinochets, dem Schah-Regime und später dem Khomeini-Regime oder der südafrikanischen Apartheid ging. Auch an dem rasanten Anstieg deutscher Rüstungsexporte in die Dritte Welt in den siebziger Jahren änderte sich nichts. Letztlich war die sozial-liberale Nord-Süd-Politik eine langfristig denkende, aufgeklärte Variante im Rahmen der eingangs genannten vier Determinanten bundesdeutscher Außenpolitik.

Die Mitwirkung bundesdeutscher Außenpolitik an der Konfrontationsstrategie der Reagan-Administration sowie die Übernahme des Neoliberalismus als neues ordnungs- und wirtschaftspolitisches Leitbild kennzeichnen die bundesdeutsche Nord-Süd-Politik seit den 80er Jahren und bis heute. Die heißen (Bürger-)Kriege in Afghanistan, am Horn von Afrika, in Angola und Mittelamerika beendeten jenes Moment der Emanzipation von der Blockdisziplin, das sich in der Ära Brandt gegenüber den ‚Entwicklungsländern' zaghaft hervorgetastet hatte.

Globalisierung, Liberalisierung und Deregulierung, Verschuldungskrise und Strukturanpassungspolitik verschlechtern die Position des Südens auf dem Weltmarkt weiter. Die Bonner Nord-Süd-Politik fügt sich diesen ökonomischen Prozessen nahtlos an. Die offizielle Entwicklungspolitik verliert immer mehr an Gewicht, die Minister werden von Mal zu Mal blasser und einflußloser.

In der alltäglichen Praxis wird freilich bis heute noch häufig von der Substanz aus Epplers Zeiten gezehrt. Die beiden einzigen Innovationen der von der CSU geführten Ministerien lassen sich unter den Schlagworten (Menschenrechts-)Konditionalität und Armutsbekämpfung fassen.[4] Erstere ist eher ein Instrument, um die ordnungspolitischen Ziele des Neoliberalismus zu befördern als die Menschenrechte[5], letztere das Eingeständnis, daß Entwicklungshilfe nur noch als eine Art internationale Sozialhilfe gesehen wird. Das Konzept nachholender Entwicklung, mit dem der Süden auf das ökonomische Niveau des Nordens kommen sollte, ist de facto aufgegeben worden.

Auf dem Weg zur Großmacht

Von den eingangs genannten Determinanten deutscher Außenpolitik haben sich mit der Wende von 1989/90 zwei buchstäblich in nichts aufgelöst: der Ost-West-Gegensatz und die Souveränitätsbeschränkungen für die Bundesrepublik. An der Rohstoffabhängigkeit hat sich wenig geändert, während die Bedeutung des Exports auf dem Weltmarkt für den „Standort Deutschland" drastisch zunimmt.

Die historischen Veränderungen des

außenpolitischen Koordinatensystems ermöglichen in der Nord-Süd-Politik Deutschlands zum einen die Verwirklichung neuer Ziele und die Verwendung neuer Instrumente und zum anderen die Beschleunigung und Vertiefung bereits zuvor angelegter Trends. Neu ist, daß Deutschland nicht nur ökonomische, sondern auch politische Großmacht wird. Sichtbarer Ausdruck dessen soll ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat sein.

Die außenpolitischen Interessen werden jetzt global definiert, indem der traditionelle, eng militärisch definierte Sicherheitsbegriff, der vor allem Sicherheit gegenüber dem Warschauer Pakt meinte, ausgedehnt wird. Einbezogen werden wirtschaftliche und ökologische Interessen. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" (1992) definieren den Auftrag der Bundeswehr als Beitrag zur *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung"*.

Das bestehende Instrumentarium wird erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg um eine militärische Komponente erweitert. Die Bundeswehr soll entweder im Rahmen der NATO oder im europäischen Verbund als Teil hochmobiler Eingreiftruppen an jedem Punkt des Planeten einsetzbar werden. Die Einsätze in Somalia und im ehemaligen Jugoslawien zeigen, wie es mit einer geschickten Salamitaktik inzwischen gelungen ist, die verfassungsrechtlichen, politischen und psychologischen Barrieren auf dem Wege dahin zu überwinden.

Gleichzeitig werden neue Feindbilder gezeichnet. Nachdem der Kommunismus ausgedient hat, wird zunehmend ein Bild des Südens gezeichnet, in dem dieser als Bedrohung wahrgenommen wird. Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, macht in einer Lagebeurteilung mehrere auf die Entwicklungsländer bezogene „Risikokategorien" aus: *„Es reicht nicht, Sicherheit in Europa zu erreichen, sondern es gilt Sicherheit für Europa zu gestalten, das ist die eigentlich neue Aufgabe. Das bedeutet zugleich, daß man Einsätze deutscher Truppen nicht auf Europa beschränken kann"*[6]. So könnten zum Beispiel im *„Krisenbogen"* von Marokko bis zum Indischen Ozean *„zum Schutz europäischer Staatsbürger bei notwendigen Evakuierungen sehr rasch auch militärische Schritte erforderlich werden"*.

Auch zur Verhinderung der Weiterverbreitung von atomaren, chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungsmitteln und weitreichenden Trägersystemen müßten „notfalls Instrumente militärischer Art als ultima ratio der Politik" bereitgehalten werden. Bevölkerungsentwicklung, „wirtschaftliche Insuffizienz", Migration, „Rückfall in Tribalismus", Drogen, Aids, Terrorismus, islamischer Fundamentalismus sind die Schlagworte, aus denen sich das neue Bedrohungsszenario zusammensetzt.



„Der nächste Gegner ist immer der schwerste"

Bezeichnenderweise steigen die Rüstungsexporte: 1992 war Deutschland fünftgrößter Waffenlieferant an die Dritte Welt mit einem Volumen von 700 Mio. US$; 1993 und 1994 avancierte es gar zum zweitgrößten Waffenexporteur der Welt. Die Rüstungslobby und ihre ministerialen Interessenvertreter, vor allem FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt, versuchen unter der Flagge der Liberalisierung bestehende Einschränkungen aufzuweichen, indem Exportrestriktionen zum Beispiel bei ‚dual use'-Gütern aufgehoben werden sollen.[7] 1993 ist es dem militärisch-industriellen Komplex auch gelungen, Deckungsschutz für eine Lieferung von U-Booten, unter anderem Kriegsschiffe, an Indonesien durch die Hermes-Exportversicherung zu bekommen.

Sowohl die deutsche Außen- als auch Entwicklungspolitik betonen ihr Interesse an einer verstärkten Präsenz in den Wachstumszentren Asiens. Das BMZ betont in seinem *Konzept für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens* (Juli 1993): *„Die deutsche Wirtschaft hat die Chancen in den dynamischen Ländern Asiens bisher nicht ausreichend genutzt. Marktanteile sind verlorengegangen."* Das soll nun nachgeholt werden, indem vor allem in zukunftsträchtige Märkte investiert wird. 1991 sind innerhalb des asiatischen Wirtschaftsraumes die höchsten EZ-Zusagen an Indien (546 Mio. DM), Indonesien (375 Mio. DM) und China (368 Mio. DM) gegangen.

Gerade das Beispiel China und die Kohl-Besuche zeigen, wie Politik hier als Türöffner für deutsche Unternehmen fungiert, wobei die Menschenrechtsfrage hinter Wirtschaftsinteressen zurückgestellt wird und die Rhetorik der Menschenrechtskonditionalität sich auch als solche entlarvt. In dem genannten BMZ-Konzept klingt das dann so: „In der entwicklungspolitischen Diskussion mit asiatischen Ländern kommt es darauf an, den Eindruck einer einseitigen Orientierung am westlichen Wertesystem zu vermeiden."

Diesen Eindruck will man allerdings nicht vermeiden, wenn es darum geht, politisch unliebsamen oder für die eigenen Interessen irrelevanten Ländern die Ordnungsvorstellungen des Marktliberalismus als einzig erfolgreichen und gangbaren Weg der Entwicklung über eine Konditionierung der Entwicklungshilfe aufzudrängen.

Mittelverlagerung auf den Osten

Bereits bei der Rio-Konferenz 1992 wies die Bundesregierung, auf die Probleme der Entwicklungsländer angesprochen, vorsorglich auf die hohen „Kosten der Wiedervereinigung" hin.[8] Darüber hinaus wurden Länder in Mittel- und Osteuropa, die, anders als die asiatischen Republiken der ehemaligen UdSSR, keine Entwicklungsländer sind, in die Förderung des BMZ aufgenommen: Tschechien, Rumänien und Polen.

1993 hat die Bundesregierung 322 Mio. DM für die wirtschaftliche Beratung der osteuropäischen Reformländer ausgegeben. Die privaten Investitionen in „Reformländer" wiesen zwischen 1990 und 1993 eine Steigerungsrate von fast 600% auf.

Bei der Verteilung der finanziellen Mittel der neuen deutschen Ostpolitik liegt das Hauptaugenmerk dabei vor allem auf jenen Ländern, in denen der marktwirtschaftliche Umbau innerhalb stabiler rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen dynamisch voranschreitet (Tschechien, Polen, Ungarn),

während man in Ländern wie Albanien oder den GUS-Staaten eher zurückhaltend ist. Daran wird deutlich, wie stark auch hier Sicherheitspolitik und Außenwirtschaftspolitik in das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit hineinreichen.

Bemühungen um Lateinamerika

Die Grundzüge der deutschen Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik seit der Wende lassen sich am Beispiel Lateinamerika wie folgt exemplifizieren: Der deutsche Außenhandel mit Lateinamerika machte 1994 nur 2,4% der gesamten Ein- und Ausfuhren aus. Allerdings ist zwischen 1988 und 1994 eine Zunahme der Ausfuhren um rund 70% zu verzeichnen. Der lateinamerikanische Markt ist verstärkt Ziel deutscher Exportbemühungen. Schlüsselt man die Außenhandelsbeziehungen nach einzelnen Ländern auf, dann wird deutlich, daß der überwiegende Anteil des Außenhandelsvolumens auf die sog. Schwellenländer entfällt, in denen neoliberale Wirtschaftsreformen schon seit einigen Jahren mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt werden.

Deutschland ist nach den USA und Japan der wichtigste Handelspartner Lateinamerikas. Erklärtes Ziel der Bundesrepublik ist es, die wachsende Kaufkraft auf den Märkten der lateinamerikanischen Region verstärkt abzuschöpfen und dabei im Rahmen der EU und bilateral gegen Handelshemmnisse (wie zum Beispiel regionale Märkte, Zollschranken) vorzugehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft fördert die deutsche Außenwirtschaft dabei durch amtliche Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern und die Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Dabei geht es vor allem um Exportförderung, Erschließung von Märkten, politische Flankierung von Außenwirtschaftsinteressen und die Förderung von Direktinvestitionen (zum Beispiel mit dem HERMES-Instrumentarium).

Außenminister Kinkel kommentierte das Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung in seiner Rede vor dem Ibero-Amerika-Verein am 6. Oktober 1995 wie folgt: *„Man darf dieses Konzept aus mehreren Gründen nicht auf die Wirtschaft verkürzen. Aber Sie als Unternehmer werden verstehen, daß es für die weltweit zweitgrößte Exportnation auch und vor allem darum geht, nicht wie in Asien auf einem großen Zukunftsmarkt erst einmal in Rückstand zu geraten. Die Konkurrenz schläft nicht [...] Deutschland braucht die ‚new emerging big markets'."* Diese entstehen nun gerade nicht in den ärmsten Ländern wie Haiti oder Honduras, was die größere Zurückhaltung sowohl in wirtschafts- als auch entwicklungspolitischer Hinsicht erklärt.

Gleichzeitig hält die Bundesregierung eisern an ihren neoliberalen ordnungspolitischen Vorstellungen fest, und zwar sowohl bilateral als auch im multilateralen Verbund. So gehört Bonn im Pariser Club zu den Bremsern, wenn es um Schuldenerleichterungen oder gar (teilweise) Schuldenstreichungen geht. Die Bundesregierung unterstützt statt dessen nachdrücklich die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, ungeachtet dessen, daß diese den Abstand zwischen Arm und Reich vergrößert haben, kleine und mittelständische Unternehmen in den Entwicklungsländern ruinieren, durch Kürzungen des Staatshaushalts Sozialprogramme unmöglich gemacht haben, die Reallöhne senken, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung dagegen verschärfen.

Selbst der Ausbau der militärischen Komponente fehlt in dem deutschen Lateinamerika-Konzept nicht. So plant die Bundesregierung *„einen breit angelegten sicherheits- und militärpolitischen Dialog"* bis hin zu *„militärische(r) Ausbildungshilfe und militärische(r) Zusammenarbeit ..."* (Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung). Geplant ist außerdem eine verstärkte Zusammenarbeit auf rüstungspolitischem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel der Eindämmung von Terrorismus, Piraterie (sic!), Drogen- und unkontrolliertem Waffenhandel.

Gemessen an der Zeit vor der Wende ist die Militarisierung der Nord-Süd-Politik die eigentlich dramatische Veränderung. Außenwirtschaftlich und in der Entwicklungspolitik dagegen sind die derzeitigen vorherrschenden Trends schon vorher angelegt gewesen. Sie werden jetzt noch einmal beschleunigt, aber quantitativ sind sie immer noch eher gering. Insofern liegt hier ein hohes Maß an Kontinuität, beziehungsweise an kontinuierlicher Anpassung deutscher Nord-Süd-Politik vor. Die historische Zäsur von 1989 wurde dazu „genutzt", militärisch an die unseligen Traditionen des deutschen Imperialismus anzuknüpfen und auf den anderen Gebieten mit der Parole „Weiter so, Deutschland" zu operieren. Business as usual kann aber angesichts der globalen Krisenprozesse auf die Dauer nur in der Sackgasse enden.

Peter Wahl/ Jörg Pietschmann

Peter Wahl ist Geschäftsführer bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) und veröffentlichte *Warum Montezuma nicht Europa entdeckte* (Papy-Rossa, 1992). Jörg Pietschmann ist derzeit Praktikant bei WEED.

Anmerkungen:

1) Der Hallstein-Doktrin zufolge erhob die Bundesrepublik einen völkerrechtlichen Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR. Mit Entwicklungsländern, die die DDR völkerrechtlich anerkannten, wurden die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abgebrochen.

2) 1961 wurde das BMZ gegründet.

3) Willy Brandt war damals Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission.

4) Vgl. „Vom Ende der Entwicklungspolitik. Ein Blick auf zwölf Jahre CSU-Herrschaft im BMZ", in: blätter des iz3w, Nr. 200 (Sept. '94), S. 50–53

5) Auf einem anderen Blatt steht, daß dieses Instrument nicht nur sehr selektiv eingesetzt wurde (nach dem Motto „die Kleinen fängt man, die Großen läßt man laufen"), sondern daß es sich auch in den Fällen, wo es eingesetzt wurde, als ziemlich stumpf erwies.

6) Vgl. Soldat und Technik; 1/1995, S.9 ff

7) ‚Dual use'-Güter können sowohl zu militärischen wie zivilen Zwecken eingesetzt werden, z.B. Elektronik.

8) Jährlich fließen ca. 120 Mrd. DM in die neuen Bundesländer. Die gesamte Entwicklungshilfe aller OECD Staaten zusammengenommen erreicht etwa 80 Mrd. DM.

Bonn und Bagdads Bomben

Deutsche Alleingänge im Nahen Osten?



Foto: R. Maro – version

„Niemand weiß, ob es sich lohnt, aber jeder will dabei sein." So erklärte Peter Göpfrich, Direktor der deutsch-ägyptischen Handelskammer, das enorme Interesse privater Geschäftsleute an der Nahost-Wirtschaftskonferenz Ende Oktober in Amman. Auch die offizielle deutsche Politik war in Person von Wirtschaftsminister Rexrodt zugegen – und vertrat eigenwillige Positionen.

Schon im September 1994 hatte die Bundesrepublik in ihrer Nahostpolitik für Aufsehen gesorgt, als sie als erster und einziger Staat eine offizielle Vertretung im palästinensischen Autonomiegebiet eröffnete. Fortan gaben sich deutsche Geschäftsleute in Jericho die Klinke in die Hand. Das Vorpreschen überraschte insofern, als bis dato gerade die Palästina/Israel-Politik aller Bundesregierungen streng mit den Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft abgestimmt worden war.

Beim Wirtschaftsgipfel in Amman nun opponierte Rexrodt gegen die geplante regionale Entwicklungsbank. „Zu uneffektiv, zu bürokratisch", gab der Minister als Gründe an, die gegen das von den USA, anderen europäischen Ländern und den nahöstlichen Staaten gewollte Projekt sprächen. Wie auch immer: Angesichts der hervorragenden Außenhandelsbeziehungen Deutschlands mit den meisten Staaten des Nahen Ostens fürchtet man in Bonn multinationale Absprachen bei der Vergabe von Aufträgen für sogenannte Entwicklungsprojekte.

Die Bonner Haltung ist in jedem Fall – auch wenn sie die Entwicklungsbank nicht verhindern wird – als Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins auf internationalem Parkett zu verstehen. „Unverkrampft nationale Interessen formulieren", so hatte Bundespräsident Herzog die neue Rolle Deutschlands in der Welt beschrieben. Ob die „nationalen Interessen" wieder zu nationalen Alleingängen animieren, die in der Geschichte der deutschen Nahost-Politik die Regel waren, ist deshalb zu diskutieren. Zunächst sei ein Blick auf diese geschichtliche Tradition geworfen.

• Schon die osmanischen Sultane wurden vom Deutschen Reich gestützt, da das Imperium durch den britischen und französischen Kolonialismus bedroht und mit Forderungen nach territorialen Abtretungen konfrontiert war. Besonders in der Ausbildung des osmanischen Militärs taten sich die Deutschen hervor, die schließlich unter der morschen Hülle der Sultansherrschaft das Imperium militärisch und auch ökonomisch in der Hand hatten. Besonders das Armenier-Massaker unter der Aufsicht deutscher Offiziere aus dem Jahr 1915/16 sticht aus dieser unrühmlichen Kooperation hervor.

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte nicht nur den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, sondern auch das Ende des deutschen Kolonialbesitzes. Die Kolonien in Afrika kamen ebenso als Völkerbundmandate in britische und französische Hände wie die aus dem Osmanischen Reich hervorgegangenen Mittelost-Staaten Syrien, Libanon, Palästina, Jordanien und Irak.

So ist es nicht verwunderlich, daß Deutschland in manchen Teilen der „Dritten Welt" wie im Nahen Osten einen Ruf als „nicht so schlimme" europäische Macht genießt, weil sein Ansehen nicht durch eine noch frisch in der kollektiven Erinnerung befindlichen Kolonialpolitik beschmutzt ist. Der stumme Zwang wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse oder die hinter den Kulissen stattfindende Kumpanei mit Despoten prägen sich niemals so tief ein wie Soldaten, die durch die Straßen einer Hauptstadt paradieren. Weltmarktstatistiken und Verträge über Polizeihilfe besitzen nicht den gleichen symbolischen Haßwert wie eine Flagge auf dem Haus des Kolonialverwalters.

Sympathien für das deutsche Modell des Nationalismus

Eine noch viel speziellere Sympathie für Deutschland und „das Deutschtum" trifft man im arabischen Nationalismus an. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches stand dem arabischen Nationalismus der französische und britische Imperialismus als hauptsächlicher Gegner gegenüber. Obwohl im Ersten Weltkrieg besonders die Briten die arabischen Nationalbestrebungen mit logistischer Hilfe und Versprechungen für die Nachkriegszeit gegen die Türkei unterstützten, einigten sich Großbritannien und Frankreich im Jahr 1916 im Sykes-Picot-Abkommen insgeheim auf die spätere Aufteilung der arabischen Provinzen unter sich. Der Betrug, der die erhoffte nationale Unabhängigkeit vereitelte, löste auf arabischer Seite Empörung aus. Die jüdische Besiedlung Palästinas, das unter britischem Mandat stand, tat ein übriges, um die Kluft zwischen den arabischen Nationalisten und Großbritannien zu vertiefen.

Das Wiedererstarken Deutschlands in Europa in den dreißiger Jahren wurde so zum Bezugspunkt für arabische Nationalisten. Hatte sich ihr Nationsbegriff unter der osmanischen Herrschaft überwiegend am franzö-

sischen Nationalgedanken von 1789 orientiert, so wurde ihr Vertrauen in das moderne europäische Gedankengut sowie das Erbe der französischen Aufklärung durch die Erfahrung der Kolonialisierung erschüttert. Das Gegenmodell des aufstrebenden deutschen völkischen Nationalismus gewann an Attraktivität. Zumal dessen anti-jüdische Ausrichtung eine Verbindung zum Palästinaproblem zu ermöglichen schien.

In den 30er und 40er Jahren herrschte in arabischen Großstädten, insbesondere in Damaskus, eine Stimmung der Sympathie für Hitler. Im Irak fand im April/Mai 1941 ein erfolgloser Aufstandsversuch statt, in der Absicht, sich an die Seite Hitler-Deutschlands gegen Großbritannien zu stellen. Auch der benachbarte persische autoritäre Nationalismus war einem Bündnis mit den Nationalsozialisten nicht abgeneigt. Großbritannien und die Sowjetunion intervenierten 1941 im Iran, um den Schah von einem solchen Bündnis abzuhalten. Noch heute kann man im Hauptbahnhof von Teheran an der Decke die Hakenkreuze sehen – ein Geschenk Hitlers.

Im Geiste jener Zeit wurde auch Mitte der 40er Jahre in Damaskus die arabisch-nationalistische Baath-Partei durch den glühenden Hitlerverehrer Michel Aflaq und durch Sadi al-Husri gegründet. Die Überbleibsel jener einst mit panarabischem Anspruch versehenen „Partei der arabischen Wiedergeburt" sind zu bürokratischen Machtapparaten erstarrt, der Person des jeweiligen Präsidenten-Diktators treu ergeben und sitzen heute in Syrien und im Irak an der Macht. Mit der ursprünglichen Gründungspartei haben die Staatsparteien zwar in beiden Fällen nicht mehr viel gemeinsam, doch dürften Sympathien aus jener Zeit bei der Machtelite dieser autoritär-nationalistischen Regimes übriggeblieben sein. In Verbindung mit dem Ruf deutscher Wirtschaftskraft und Technik, die durchaus auch von der normalen Bevölkerung bewundert wird, und der schlichten militärischen Verwendbarkeit bestimmter deutscher Exporte dürften solche gefühlsmäßigen Affinitäten eine gute Grundlage für deutsche Einflüsse unter diesen Regimes abgeben.

ABC statt USA

Indizien dafür, daß die Bundesrepublik heute nationale über Bündnisinteressen stellt, gibt es in der Rüstungsexport-Politik. Als Nicht-ABC-Waffenstaat, der von seinen Verbündeten mehrmals zur Erklärung des „Verzichts" auf solche Massenvernichtungswaffen genötigt worden ist, legt die Bundesrepublik Deutschland eine andere Haltung gegenüber der Nicht-Proliferationspolitik (Nicht-Weiterverbreitung) an den Tag als ihre wichtigsten Verbündeten.

Die vorhandenen offiziellen Atomwaffenmächte weisen ein ureigenes Interesse daran auf, ihren Status durch Aufrechterhaltung des bestehenden Atomwaffenmonopols zu bewahren. Insbesondere die USA insistieren darauf, inbesondere in der Dritten Welt keine allzu hochgerüsteten Staaten zuzulassen, denen sie sich eines Tages gegenübersehen könnten. Die ABC-Proliferation aus der BRD läßt sich nicht allein mit bloßen Geschäftsinteressen einzelner Firmen erklären. Dagegen sprechen die Verwicklung bundeseigener Firmen und die diplomatischen Konflikte, die Bonn mit den USA wegen nuklearer und chemischer Proliferation durchstand (etwa 1975 beim deutsch-brasilianischen Atomvertrag oder 1984 bezüglich der Giftgasproduktion im Irak). Auch saß bei den militärischen Geschäften mit dem Irak stets der deutsche Staat als Vertragspartner mit am Tisch.

Bereits im Jahr 1984 kritisierte die US-Administration die deutsche Bundesregierung. Laut Berichten der Nachrichtendienste seien bundesdeutsche Unternehmen in den Bau irakischer Giftgasfabriken verwickelt, darunter die bundeseigene Firma Preussag. Trotz der Verwarnung ging die Vorbereitung der Giftgasfabriken im Irak jedoch weiter. Auch im nuklearen Bereich herrschte keine Zurückhaltung gegenüber dem Irak. So lieferte die Atomfirma NUKEM im November 1979 „Heiße Zellen" in den Irak, also kleine Labors, die speziell zur Gewinnung von Plutonium dienen. Unter den Beteiligten am irakischen Nuklearwaffenprogramm firmierten bundesdeutsche Unternehmen auf den Listen der UN-Inspekteure an oberster Stelle.

Alle westlichen Industrieländer und auch die Sowjetunion waren zweifellos an der Aufrüstung des Iran und des Irak beteiligt. Das Kalkül lag in der Annahme, daß durch die gegenseitige Zerfleischung der beiden bedeutendsten Anrainerstaaten der Golfregion diese sich gegenseitig schwächen und die in diesen Ländern akkumulierten Gewinne aus der Erdölproduktion zwecks Waffenverkauf zurück in die westlichen Metropolen fließen würden. Von anderer Qualität als eine solche Beteiligung an der Aufrüstung zweier befeindeter Staaten ist freilich die Ausstattung solch aggressiver Regimes mit atomaren und chemischen Waffen oder mit weitreichenden Trägerraketen (wie sie bundesdeutsche Firmen vornahmen, die die „Scud"-Raketen sowjetischer Herkunft auf eine Reichweite bis Israel verlängerten), da hierdurch und insbesondere durch die Ermöglichung existentiell gefährlicher Angriffe auf Israel die Region insgesamt erschüttert wird.

Das Beispiel Iran

Ein zweites Beispiel, das immer wieder Irritationen bei den westlichen Verbündeten hervorruft, ist das besondere Verhältnis Bonns zum Iran. Bis 1979 waren die US-Amerikaner größter Handelspartner des Iran. Während die USA allein 1978, im letzten Jahr unter dem Schah-Regime, Waren und Technologie im Wert von 4 Milliarden Dollar in den Iran exportierten, fiel der Wert der Exporte auf eine Milliarde während der gesamten acht Jahre des Iran-Irak-Krieges. Hingegen überstanden die bundesdeutschen Exporte die politischen und ideologischen Umbrüche relativ unbeschadet und stiegen seit 1980 rasch an. Im Jahr 1980 betrugen sie 2,7 Milliarden Mark, 1981 bereits 3,6, 1983 dann 7,7 und 1984 6,5 Milliarden Mark. Insgesamt dürften die bundesdeutschen Iran-Exporte während der Jahre des Iran-Irak-Krieges rund 40 Milliarden betragen haben.

Nach einem Höhepunkt Anfang der 90er Jahre sinkt der bundesdeutsche Handel mit dem „Gottesstaat" inzwischen drastisch. Das Iran-Embargo Clintons ist hierfür allerdings nicht verantwortlich, da es eher rhetorischer Natur ist und sowohl Europäer als auch Japaner offen erklären, sich nicht daran zu halten. Der Rückgang hat seine Gründe in iranischen Zahlungsproblemen und rigorosen Importbeschränkungen des Mullah-Regimes.

Auch politisch hat Bonn nicht nur einen exzellenten Draht nach Teheran, sondern versucht diesen auch als Trumpf gegen seine westlichen Verbündeten auszuspielen. So war es Bernd Schmidbauer – der Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, der wegen eines Treffens mit dem iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian im Oktober 1993 ins Kreuzfeuer der internationalen Kritik geriet –, der im Februar 1995 über die „FAZ" verlauten ließ, daß der Iran und Israel unter deutscher Vermittlung in Bonn Geheimgespräche führten. Daran sollte man erkennen, wie wichtig die deutschen Verbindungen nach Teheran seien, denn es ging bei diesen Gesprächen um das Leben des im Libanon entführten israelischen Piloten Ron Arad. Einen Tag später entschied die Bundesregierung, Geschäfte deutscher Firmen mit dem Iran wieder über staatliche Hermes-Kredite abzusichern. Nach Schmidbauers wohlkalkulierter Indiskretion waren die Gespräche zwischen den beiden Staaten, die offiziell keinen Kontakt miteinander haben, selbstredend geplatzt. Ron Arad gilt noch immer als vermißt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Auch wenn die Hegemonie der USA infolge des zweiten Golfkrieges und des unter amerikanischer Schirmherrschaft sich vollziehenden Friedensprozesses gefestigter denn je erscheint, bleibt deutschen Alleingängen Spielraum. Und es häufen sich Indizien und Auffälligkeiten, die auf eine dominantere Politik der Bundesrepublik auch außerhalb Europas hindeuten.

Bernhard Schmid

Bernhard Schmid ist freier Journalist, und veröffentlicht in „junge welt" und „ak".

Das Schweigen der Lämmer

Die Friedensbewegung wartet auf Tag X

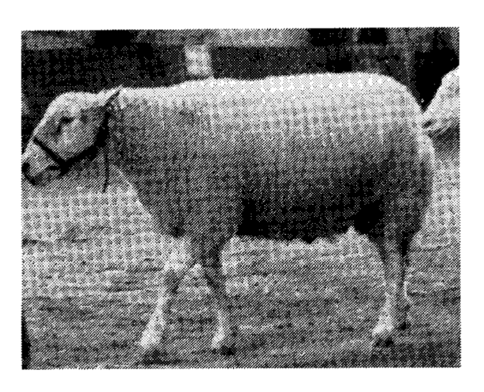
Als ein Massenphänomen mobilisierte die Friedensbewegung um 1980 Menschen, die sich persönlich bedroht fühlten. Das Gefühl von Angst bis hin zu einer existenziellen Panik war damals der Impetus für Hunderttausende, auf die Straße zu gehen. Einer theoretischen Bestimmung, was die Friedensbewegung ist und was sie wollte, bedurfte es dazu nicht. Nach der so heftig bekämpften Zustimmung des Bundestages zur Stationierung der Raketen entfiel dann fast schlagartig die Motivation für die Fortführung des Engagements.

Es war offensichtlich nicht gelungen, zu vermitteln, daß eine permanente Auseinandersetzung mit der fortbestehenden systemimmanenten Bedrohung durch den Imperialismus erforderlich gewesen wäre. Im Gegenteil formierten sich nach 1983 jene Kräfte, die durch die eindrucksvolle Welle der Proteste zunächst überrascht und sprachlos geworden waren – damit meine ich die Gruppen, die einer strikt antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegung von vorneherein mit Unbehagen gegenüberstanden.

Innerhalb der Friedensbewegung kam es zu zunehmenden Distanzierungen und Attacken vorwiegend von Seiten der Grünen gegen solche, die als besonders „Moskauhörig" betrachtet und bezeichnet wurden. Gruppen (zu denen ich mich zähle), die in der Politik der US-Administration (mit Reagan als einer besonders repräsentativen Figur) nach wie vor das Ziel der Weltmachtübernahme als Welt-Gendarm sahen, gerieten mehr und mehr ins Abseits. So war es nicht verwunderlich, daß 1989, als nach Auffassung vieler mit dem Zusammenbruch des Sozialismus die Voraussetzung für den Weltfrieden geschaffen schien, nur kleine Teile der ehemals so starken Friedensbewegung nicht bereit waren, die neue „Ordnung" und damit auch die Möglichkeit gefährlicher großdeutscher Ambitionen hinzunehmen. Ganz überwiegend herrschte die Vorstellung, daß mit dem Wegfall des einen der beiden Kontrahenten der bisherigen Weltordnung nunmehr jede Konfliktmöglichkeit ausgeschlossen sei.

Umso unerwarteter war dann, daß der USA-Angriff auf den Irak eine so heftige Reaktion auslöste. Innerhalb einer Woche kamen in Berlin Hunderttausende zu drei Demonstrationen. Diese waren zu einem wesentlichen Teil von dem kleinen, aber noch immer funktionstüchtigen Kern der Friedensbewegung organisiert worden. Am Beispiel der Protestbewegung gegen den Golfkrieg zeigte sich allerdings im Zeitraffertempo erneut, was für den Zeitraum von 1979 bis ca. 1989 galt: Als Motivation stand wiederum – insbesondere für die sehr jungen und zahlreich erschienenen Schüler – das Gefühl der unmittelbaren Bedrohung im Vordergrund.

Heute werden jene Kräfte, die früher gegen die Friedensbewegung wetterten, nicht müde, hämisch nach dem Verbleib der Bewegung im Jugoslawienkrieg zu fragen. Und tatsächlich hat ja nicht ein-



mal der Einsatz von cruise missiles (vor 10 Jahren noch ein Reizwort erster Ordnung) einen leisen Protest hervorgerufen. Es ist auch schwierig, eine schlüssige Antwort auf die Frage nach der Haltung der Friedensbewegung zum Jugoslawienkonflikt zu geben; vor allem weil sich eine so heterogene, diffuse theoriefeindliche Bewegung einer stringenten Analyse entzieht.

Einflußreich und meinungsbildend sind jedenfalls jene Bellizisten aus der frühen Friedensbewegung, deren Motivationen von der subjektiv ehrlich gemeinten, naiven Vorstellung, auf dem Wege eines „gerechten Krieges" Frieden zu schaffen, bis hin zu strategischen Erwägungen reichen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die auch den Interessen der einseitig kriminalisierten Serben Rechnung tragen wollen. Vor allem aber weisen diese auf die Gefahren hin, die von den Vorstellungen der Mächte ausgehen, die eine „Neuordnung" auf dem Balkan anstreben. Für diese Gruppen steht die Demaskierung und die Ablehnung der Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik im Vordergrund.

Der Einfluß- und Mobilisierungsgrad dieser letzten Positionen ist aber gering. Der unspektakuläre, psychologisch geschickte, peu à peu verabfolgte Wiedereintritt Deutschlands in eine zunächst auf Europa beschränkte Vormachtstellung mobilisierte zu keinerlei nennenswerten Gegenreaktionen. Bei zwei Demonstrationen in Berlin gegen den ersten Kriegseinsatz deutscher Militärs in Jugoslawien kamen gerade mal einige hundert Leute zusammen.

Die Perspektiven für die Friedensbewegung, die eigentlich immer nur auf spektakuläre Ereignisse reagiert hat, sind schwer einzuschätzen. Eine Programmatik, die bestimmte Reaktionen oder eigenständige Entwicklungen hätte erwarten lassen, hat es nie gegeben. Diese Gestaltlosigkeit könnte aber auch als ein Plus angesehen werden: Die zu erwartende Verschärfung der Weltlage könnte die Reaktivierung einer jetzt brachliegenden Kraft auslösen, die nicht eingeengt durch feste partikulare, parteiabhängige Strukturen an die 80er Jahre anknüpfen könnte. Einige Gruppierungen, wie beispielsweise die seit über fünfzehn Jahren kontinuierlich bestehende Friedenskoordination Berlin, bieten mit ihren im Kern noch erhaltenen Strukturen die Voraussetzungen, im gegebenen Fall ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht zu werden. Diese Aufgabe bestünde darin, das bewährte Gerüst zur Mobilisierung zu bieten.

Unerläßlich zur Aufrechterhaltung dieser Mobilisierungsbereitschaft ist das Bewußtsein darüber, daß die ersten Schritte in die kapitalistische Barbarei schon gemacht sind – weitere werden folgen. Die Hoffnung, daß wir diese Entwicklung aufhalten ist gering. Wir sollten nicht immer wieder den Fehler machen, Illusionen über unsere Möglichkeiten zu wecken. Die einzig begründete Hoffnung besteht darin, unsere bescheidenen Kräfte intakt zu halten, um am Tag X präsent zu sein.

Michael Venedey
(Friedenskoordination Berlin)



Bewährungshilfe Außenpolitik

Mit Grünhelmen zu neuen Ufern

Foto: Sabind Adorf – version

Joschka Fischers Vorschlag, demnächst deutsche Grünhelme auf die Welt loszulassen, hat innerhalb seiner Partei nicht eben einen Peace-Keeping-Effekt erzielt. Der Protest richtete sich jedoch nicht gegen sein staatsmännisches Ansinnen, für Ordnung in der Welt zu sorgen, sondern gegen die militärische Variante deutscher Interventionspolitik.

Gibt es denn viel Spielraum gegenüber den Amis? Gesetzt den Fall, SPD und Grüne bilden eine Regierung – was würde denn passieren, wenn Brandt tun würde, was die Grünen wollen? Dann würden die Raketen abgezogen, ja? Und die Bundesrepublik würde aus der NATO austreten (...) Ich finde es richtig, diese Forderung zu erheben, aber glaubst du denn, die USA geben ihre Ansprüche auf deutsches Territotium einfach auf? Nein! (...) Ich will zuerst, daß die Bundesrepublik herauskommt aus dieser Schlachtfeldsituation. Ich will hier eine wirkliche Abrüstung und eine wirkliche Blocküberwindung, ohne daß wir aus einer moderaten Satellitenrolle gegenüber Washington plötzlich in eine harte Satellitenrolle gegenüber Moskau geraten."

Joschka Fischers Positionsbestimmung aus einem 1985 geführten Interview[1] ist charakteristisch für die damalige grüne Diskussion um Außenpolitik: Die Außenpolitik unterlag dem Primat der Innenpolitik. Die bei den Grünen traditionell fest verankerte Forderung nach Austritt der Bundesrepublik aus der NATO bildete neben entwicklungspolitischen Überlegungen, die sich schwerpunktmäßig auf Lateinamerika, teilweise noch auf Südafrika bezogen, das Zentrum des außenpolitischen Positionenkatalogs. Beides waren keine Bereiche, in denen orginär grüne Positionen ausgearbeitet worden waren: Die Fraktionierungen der Friedensbewegungen und der politische Diskurs der Internationalismus-Bewegung spiegelten sich recht getreulich in den programmatischen Debatten innerhalb der Partei.

Verzerrt wurde das Bild gerade noch dadurch, daß die meisten linksradikalen Gruppen kein Standbein in der grünen Partei hatten, dafür die parteipolitische Debatte spätestens ab 1985 auch unter dem Vorzeichen möglicher rot-grüner Zusammenarbeit stattfand – der Verzicht auf die „Raus-aus-der-NATO"-Forderung schien dabei ein Essential für die Koalitionsfähigkeit der Grünen. So offensichtlich das Fehlen eigenständiger außenpolitischer Vorstellungen war, so deutlich wurde der nationalistische Einschlag, der grüne Politik in dieser Phase auszeichnete.

Der in der Friedensbewegung so nachhaltig wie davor schon lange nicht mehr zum Ausdruck gebrachte Wahn, Deutschland sei ein besetztes Land und die Bundesregierung ein Marionettenregime der US-Amerikaner, prägte auch die Vorstellungen der neuen Partei über das Verhältnis Deutschlands zum Rest der Welt: Damit war sowohl eine über das eigentliche (durchaus auch anders geartete) Solidaritätsspektrum hinausreichende Unterstützung für befreiungsnationalistische Bewegungen vor allem in Lateinamerika gegeben, als auch die Voraussetzung für eine Raus-aus-der-NATO-Politik, die gleichzeitig auf einen deutschen Sonderweg als Mittelmacht setzte. Daß beispielsweise der deutschnationale Militärpolitiker Alfred Mechtersheimer Bundestagsabgeordneter der Grünen werden konnte, spricht eine deutliche Sprache.

Kein Büro in den USA

Aber nicht dieser auf Re-Nationalisierung setzende Diskurs stand im Zentrum der jahrelangen parteiinternen Auseinandersetzung – auch der Realo-Flügel, der parteiintern frühzeitig begonnen hatte, der Raus-aus-der-NATO-Forderung den Kampf anzusagen, nahm die Rhetorik vom „besetzten Deutschland" brav auf (ohne allerdings gleichzeitig ähnlich vehement für ein Ende der Westbindung zu streiten). Die im linken Spektrum der Friedensbewegung entwickelte Anti-NATO- Position, die gleichzeitig die Aggressivität des deutschen Staates betonte und deswegen gegen jede Stärkung deutscher Selbständigkeit und für eine Auflösung der Bundeswehr eintrat, befand sich in der grünen Partei politisch schon frühzeitig in der Minderheit – auch wenn sie auf Bundesdelegiertenkonferenzen vereinzelt Abstimmungserfolge erzielte.

Heute hat sich die Situation grundlegend verändert: Der politische Sieg des Westens über die Sowjetunion, der Zerfall des Warschauer Pakts und der Aufstieg des wiedervereinigten Deutschlands zur mitteleuropäischen Hegemonialmacht sowie die neuen nationalistisch motivierten Kriege auch in Europa haben außenpolitische Konzepte ins Zentrum des Interesses gerückt. Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts möglich gewordenen „Out-of-area"-Einsätze der Bundeswehr hatten zudem zur Folge, daß Deutschland Kriegspartei werden konnte (und im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien geworden ist) – eine rasante Entwicklung, die auch einen hohen Vereinheitlichungsdruck im parteipolitischen Spektrum ausgelöst hat.

Für die mittlerweile Bündnis 90/Die Grünen genannte Kraft, die sich in innen- und zusehends auch finanzpolitischen Fragen anschickt, die FDP zu beerben, folgte daraus überraschenderweise erst einmal herzlich wenig. Zwar haben sich Gruppen aus dem grünen Umfeld, wie vor allem die Frauen-Anstiftung, in Sachen Osteuropa stark engagiert und vereinzelt auch versucht, die Erfahrungen aus der Dritte-Welt-Solidarität in die Auseinandersetzungen mit osteuropäischen und russischen BürgerInnenrechtsgruppen einzubringen – politische Impulse für die Partei haben sich daraus so wenig ergeben wie aus der parteiintern geführten Klage des noch amtierenden Parteivorstands Ludger Volmer, die grünen-nahen Stiftungen seien außenpolitisch nicht handlungsfähig, weil sie kein Büro in den USA hätten, das dort deutsche grüne Politik vertreten könnte.

Die geringe Bedeutung, die Bündnis 90/Die Grünen der Entwicklung einer eigenständigen Außenpolitik beimaß, erwies sich in der neuen Konstellation erstmals während des Golfkriegs als verhängnisvoll. Zwischen eher schlichtem Antiimperialismus, der vom damaligen Vorstandsmitglied Ströbele in klassisch deutsch-linker Manier anti-israelisch buchstabiert wurde[2] und nicht weniger vereinfachendem bellizistischem Antifaschismus, der Hussein zu Hitlers Wiedergänger machte, gab es in der Partei wenig.

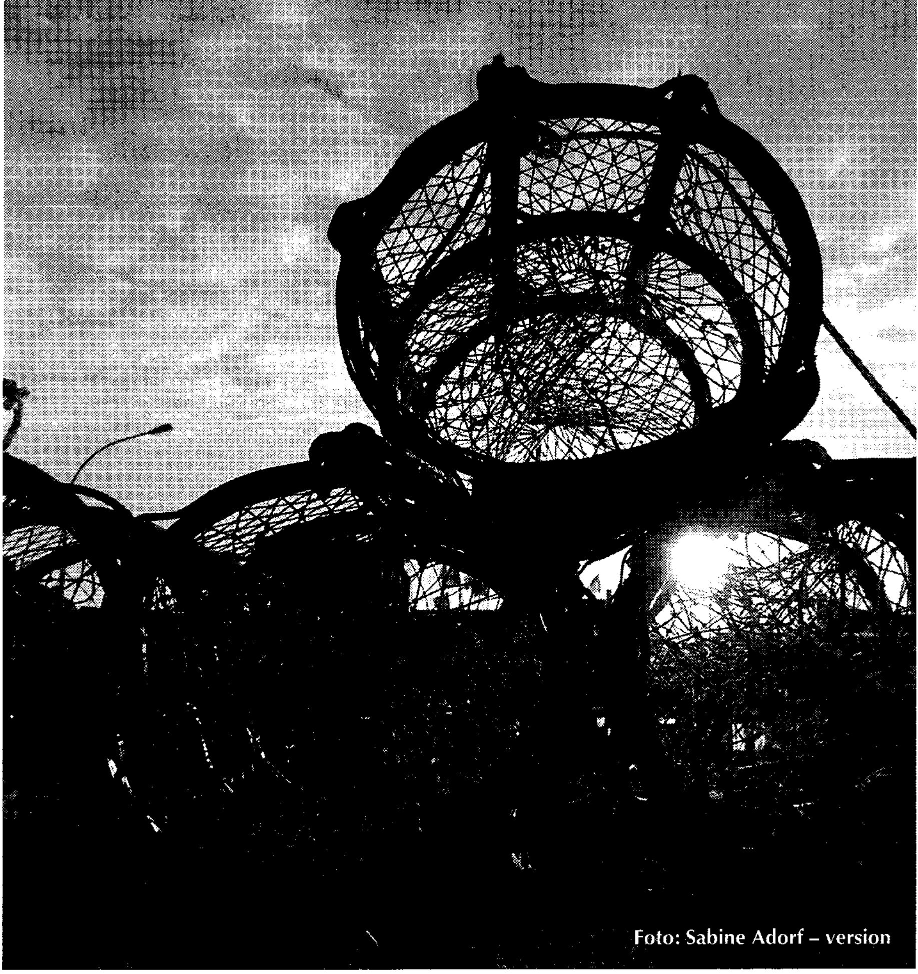
Dresden, Bagdad und die Bundeswehr

Zwar überwog (noch) die Anhänglichkeit an die Friedensbewegung, die sich nochmal auf die Straße begab, auch um anläßlich der Bombardierung Bagdads Dresdens zu gedenken. Die Richtung der weiteren Entwicklung war aber schon vorgezeichnet: Die internationale militärische Intervention (und das ist die von NATO-Staaten für sinnvoll gehaltene militärische Intervention) war beherrschendes Thema, die wiederentdeckte ‚ratio' internationaler Politik. Die Frage: „Wie stehst Du zum Einsatz der Bundeswehr als ‚friedensschaffender Maßnahme'" beherrscht seitdem auch die grünen-interne Debatte, die sich grundsätzlich dadurch auszeichnet, in längst kanalisierten Bahnen zu verlaufen und für eine eigenständige Positionsbestimmung keinen Raum zu haben.

Charakteristisch dafür ist Fischers „Brief an die Bundestagsfraktion und die Partei", in dem der Fraktionsvorsitzende, der noch wenige Wochen zuvor in einer flammenden Rede im Bundestag vor dem Bundeswehreinsatz in Bosnien gewarnt hat, am 30.7.1995 die Aufgabe der „Gewaltfreiheit" als des „zentralen Grundsatzes in den internationalen Beziehungen" nahelegt und sich gleichzeitig indirekt auch für ein deutsches militärisches Engagement im Bosnien-Krieg ausspricht. In der Süddeutschen kommentierte Jürgen Busche den Brief nüchtern: *„Wenn sich ein Politiker von den Grünen nur ordentlich die Schnürsenkel zubindet, gilt das schon als reife Leistung"*, und auch die FAZ war nur mäßig angetan – ansonsten brauste aber ein Sturm der Anerkennung durch den Blätterwald und sorgte dafür, daß dieses Bewerbungsschreiben für den Außenministerposten auch noch im letzten Ortsverband durchdiskutiert werden mußte.

Zwar gibt es nach wie vor innerhalb der Grünen eine Strömung, die Deutschlands Rolle als neue Großmacht analysiert, die danach fragt, ob die Großmachtpolitik als Sonderweg der wiederentstandenen Mittelmacht oder als Juniorpartner der USA in der NATO verstanden wird, die den Erosionen im imperialistischen Block nachspürt und die Rolle der UNO kritisch beleuchtet. Diese Gruppe, die scharf gegen eine Militär-Intervention in Bosnien argumentiert und noch schärfer gegen eine deutsche Beteiligung daran, ist aber politisch seit einiger Zeit schon in der Defensive.

Zwar ist Jürgen Trittin, der Sprecher des Parteivorstands, einer ihrer wichtigsten Protagonisten, auch kann die Gruppe sich auf gleich mehrere Parteibeschlüsse berufen – das ist aber gerade für die Grünen, die sich in ihrer Geschichte, wenn es darauf ankam, stets als überaus opportunistisch erwiesen haben, keine mittelfristig durchsetzungsfähige innerparteiliche Konstellation. Dafür wäre angesichts des hohen Drucks, den die veröffentlichte deutsche Meinung zugunsten einer Außenpolitik des starken Staats entfaltet, erforderlich, daß die Grünen bereit sind, erneut ein Selbstverständnis als Oppositionskraft zu entwickeln. Denn so wie die vollständige Einbindung in die NATO und deren aggressive anti-sowjetische Politik zu den Essentials deutscher Außenpolitik gehörte, die jede potentielle Regierungspartei sich aneignen mußte, ist heute die Bereit-


Foto: Sabine Adorf – version

Fischers Werkzeug



Fischers Beute **Foto: Sabine Adorf – version**

schaft, Deutschland zu einer auch militärisch handlungsfähigen europäischen Hegemonialmacht zu entwickeln, unverzichtbare Voraussetzung für eine staatstragende Rolle auf Bundesebene.

Aussagekräftiges Wischi-Waschi

In einer Partei, die erklärtermaßen anstrebt, dritte politische Kraft im Land zu werden, in der der linke außenpolitische Flügel von einem ehemaligen Minister für Bundesangelegenheiten angeführt wird, der die Asylpolitik der niedersächsischen Landesregierung mitexekutiert hat, ist außenpolitische Radikalopposition deswegen auf längere Sicht nicht zu erwarten – zumal Trittin in dieser Frage auch nur in Abgrenzung zum Kurs von Fischer und Cohn-Bendit auftritt, ohne eigene außenpolitische Vorstellungen zu entwickeln, die weiter reichen als das Stichwort „Stärkung der OSZE statt Osterweiterung der NATO" oder offensiv zu begründen, warum es eine grüne Außenpolitik auf quasi-Regierungs-Ebene nicht geben kann .

Trittins Vorgänger, der als Außenpolitiker profilierte Ludger Volmer, der als Mann des Linken Forums auch zur Parteilinken zählt, ist bereits auf Kompromißkurs mit der Frankfurter Linie geschwenkt. In einem für den grünen Strategie-Kongreß 30.9./1.10. verfaßten Papier (Zwischen Kaltem Krieg und Neuer Weltordnung) skizziert er ein reichlich verwaschenes, dadurch aber um so aussagekräftigeres Bild einer neuen „grünen Außenpolitik" und ihrer Voraussetzungen: *„Es gibt die subtile Weigerung, sich einzugestehen, daß die Welt eine völlig andere geworden ist. Dabei muß diese Erkenntnis nicht zur Aufgabe der antimilitaristischen Grundwerte führen. Aber es müßte die Offenheit dabeisein, eine schonungslose und differenzierte Beschreibung der neuen Sicherheits- und Bedrohungslage zu leisten. Im Vordergrund wird ..."* nicht etwa die schonungslose Erkenntnis stehen, daß der Frieden durch die deutsche Kroatienpolitik auf dem Territorium Jugoslawiens abrupt beendet werden konnte, und daß die deutsche Ostpolitik in erheblichem Maße friedensgefährdend ist, sondern: *„... ein erweiterter Sicherheitsbegriff stehen, der Sicherheit nicht mehr einseitig militärisch definiert, sondern sozial und ökologisch und der die entsprechenden Forderungen nach einer globalen sozial-ökologischen Strukturpolitik aufwirft."*

Würde ein solches Sicherheitskonzept umgesetzt, hätte das zum einen keineswegs ein Weniger, sondern eher ein Mehr an aggressiver, hierarchisierender Außenpolitik zum Beispiel gegenüber afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten zur Folge. Zum anderen reflektiert Volmer nicht, daß schon die Struktur der „einerseits-andererseits"-Argumentation, die den Konflikt beschreibt als einen zwischen „Pazifisten" und „Bellizisten" – in dem beide gleichermaßen unrecht haben – den real existierenden Konflikt gerade mal oberflächlich streift.

In der aktuellen Kontroverse kann es nicht in erster Linie um eine prinzipielle Entscheidung für Pazifismus oder für die Möglichkeit eines Militäreinsatzes gehen. Gerade die deutsche Geschichte verbietet eine so schematische Herangehensweise. Es kommt vielmehr ganz entscheidend auf die konkrete Analyse der Bedeutung eines Militäreinsatzes an – und die fällt mit Blick auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien ebenso wie mit Blick auf weitere potentielle Einsatzorte deutscher Truppen eindeutig aus: Nicht der „Bellizismus" ist anzuprangern oder der Pazifismus zu propagieren, sondern die Ausweitung des NATO-Einflußbereichs, die Etablierung deutscher Militärmacht, den Versuch, in einem von außen angeheizten Krieg als strahlender Retter der Menschenrechte einzumarschieren, gilt es zu kritisieren.

Entsprechend wolkig formuliert fällt dann auch der Lösungsvorschlag aus: *„Wenn wir zwischen Organisationen und Funktionen , ihren positiven und negativen, zu unterscheiden lernen, werden wir für einzelne Funktionen andere Institutionen schaffen und die NATO damit auf ihren verteidigungspolitischen Kern reduzieren ... Nicht Austritt oder Abschaffung ist also das Stichwort, sondern funktionale Differenzierung und Transformation."* Mit seiner Warnung vor „Maximalismus" und seinem Plädoyer für „Wirtschaftsembargos", dessen Durchsetzung mithilfe von „bewaffneten Zolleinheiten" und seiner vage gehaltenen Vorstellung von einer „gesamteuropäischen Friedensordnung" hat Volmer auf dem Strategie-Kongreß selbst Fischers Vorstoß für ein militärpolitisch aktives Deutschland nur sehr schwach pariert – und im übrigen indirekt bestätigt, daß auch grüne außenpolitische Konzepte der nächsten Zeit dem Euro-Paradigma verhaftet bleiben. Das ist insofern allerdings konsequent, als Bündnis 90/Die Grünen auch heute klar dem Primat der Innenpolitik verhaftet sind und sich hier auch auf Länder- und Bundesebene als konsequent kooperationsfähige, systemtreue Partei bewährt haben.

Oliver Tolmein

Oliver Tolmein ist „freier" Journalist und Autor mehrerer Bücher. Zuletzt ist erschienen: **„Orginalton Deutsch – Medien und Rassismus"**, Konkret Literatur-Verlag, Hamburg 1994.

Anmerkungen:

1) Sabine Stamer (Hrg.), Von der Machbarkeit des Unmöglichen, Junius Verlag, Hamburg 1985

2) Ströbele bezeichnete die irakischen Bomben auf Israel als „logische, fast zwingende Konsequenz" der Politik Israels.

Metropolis

Weltstädtische Eliten und ihre Furcht vor Submilieus – das Beispiel Frankfurt (Teil 1)

Die kosmopolitische Metropole ist vielleicht das Symbol des Globalisierungsdiskurses schlechthin. Die städtischen Eliten aus den Branchen Information, Industrie, Finanzen, Werbung und Kultur gehören auch in Frankfurt, Deutschlands selbsternannter Multikultur-Hauptstadt, zu den wesentlichen Trägern der Globalisierung. Die Analyse ihres „Klassenbewußtseins" bringt die Widersprüchlichkeit von multikulturellem Image und sozialer Realität in den *global cities* zum Vorschein.

Unter dem Begriff „Globalisierung" werden seit einigen Jahren die verschiedenen Formen der Neustrukturierung von Räumen (Städte, Regionen, Staaten und Kontinente) und ihrer Bevölkerung thematisiert. Zudem bezieht sich der Begriff auf die Entstehung eines weltweiten Netzes von Beziehungen und Interaktionsformen. In Abgrenzung zum Begriff der Internationalisierung umfaßt derjenige der Globalisierung Beziehungen zwischen Nationen, Regionen, Institutionen und sozialen Gruppen, die unter veränderten Bedingungen der Weltentwicklung stattfinden. Der Globalisierungsdiskurs begreift diesen Wandel zum einen als die Erweiterung des Organisationsraumes von Produktion und Kommerz zu einem Raum, der vom Standpunkt des Kapitals nur als „MarktWelt" von Interesse ist, zum anderen als die Entstehung einer neuen Auffassung von der Welt, die auf „der Transnationalisierung von Kultur" basiert.[1]

Die Restrukturierung des Verhältnisses von Lokalität und Globalität wird in der sozialwissenschaftlichen Diskussion vorrangig als Resultat der Veränderung struktureller Determinanten betrachtet. Vernachlässigt wird hingegen, auf welche Art sich soziale Kollektive und Milieus im Spannungsfeld von regionaler Kultur, nationalem politischen Raum und globalisierter westlicher Massenkultur bilden und entwickeln.



Frankfurter in Sidney — Foto: version

Innerhalb der Globalisierungsdiskussion stellt die sogenannte *World-City-Hypothese,* die vor allem die herausragende Rolle von „Weltstädten" betont, einen eigenständigen Ansatz dar. Demzufolge trägt die wachsende Globalisierung der Ökonomie nicht nur zu einer Diffusion wirtschaftlicher Aktivitäten bei, sondern bewirkt gleichzeitig eine verstärkte Zentralisierung von Kontroll- und Steuerungsfunktionen. Diese verdichten sich vor allem in den Metropolen wie Los Angeles und London oder auch Frankfurt und Zürich.

Bei der Expansion der sogenannten *„Headquarter Economy"* spielen vor allem jene Berufsmilieus eine Schlüsselrolle, die eng mit dem wachsenden finanzindustriellen Komplex zusammenhängen: das gesamte Spektrum des Finanzwesens, die technologisch-naturwissenschaftlichen Kader aus dem High-Tech-, insbesondere dem EDV-Bereich sowie Marketing, Werbung und Public Relations, aber auch Teile der Kulturproduzenten. Da die Tätigkeiten der neuen Dienstleister und Dienstleisterinnen im Kontext der globalisierten Ökonomie und transnationaler Unternehmensstrukturen stattfinden, werden die Professionellen häufig als „transnationale kapitalistische Klasse" (Sklair 1991) bezeichnet. Ihre kosmopolitische Lebensweise, die die dominante Kultur in den *Global Cities* darstellt, gerät in Konflikt mit den untergeordneten Klassen, die eher lokal orientiert sind.

Urbanität und Multikultur

Bereits Anfang der achtziger Jahre wurde die Entstehung einer neuen „transnationalen Elite" konstatiert, deren Haupteigenschaft darin bestehe, „den Interessen des transnationalen Kapitals in seiner globalen Expansion zu dienen und dabei ihre nationalen Interessen hintanzustellen. Sie sind eine hochmobile, polyglotte Gruppe..."[2]. Es dominiert somit die Auffassung, diese Mittelklassen seien – analog zu den globalen Kapital- und Informationsströmen – in ähnlicher Weise deterritorialisiert. Zugleich wird ihr Kosmopolitismus in der Regel mit einem relativ homogenen Lebensstil gleichgesetzt, der „die kulturellen Grenzen aller Gesellschaften überschreitet – Symbole einer internationalen Kultur, deren Identität nicht mit einer besonderen Gesellschaft verbunden ist, sondern mit der Mitgliedschaft in den mittleren und oberen Führungsebenen der Informationsgesellschaft quer durch das kulturelle Spektrum aller Gesellschaften"[3]. Offensichtlich basiert die Redeweise von den globalisierten Eliten auch auf der Annahme der Erosion nationaler Identitäten. Ihre Lebens- und Berufsräume sind demnach transkulturelle Räume, die wenig in den nationalstaatlichen Kontext eingebunden sind.[4]

Die Integration von Städten wie Frankfurt in das internationale Städtesystem setzt einerseits bereits das aktive Handeln von lokalen Wachstumskoalitionen voraus, die versuchen, die Bewegungen der globalen Kapital- und Finanzströme den regionalen Bedingungen anzupassen. Andererseits schafft die Integration auch ein neues Aufgabenfeld für die städtische Politik. Die spezifische Form der Eingliederung von Orten und Räumen in die Weltökonomie ergibt sich dabei im Wechselspiel mit lokalen Akteuren.

Im Fall von Frankfurt, das sich im letzten Jahrzehnt von einem nationalen Finanzzentrum zu einer *Global City* entwickelte, kann die Ablösung der sozialdemokratischen Stadtregierung durch die Konservativen gegen Ende der siebziger Jahre als eine lokale politische „Antwort" auf die Anforderungen des entstehenden internationalen Wirtschaftszentrums interpretiert werden. Der CDU-Magistrat trieb nicht nur die Integration der Stadt in die Globalökonomie voran (Messe, Flughafen, Hochhäuser, Dienstleistungsökonomie und Finanzwirtschaft), sondern versuchte zugleich mit der Propagierung einer städtischen Kultur soziale und ökonomische Verwerfungen zu kompensieren (Museumsufer, Wiederaufbau der Alten Oper, historistische Rekonstruktion des Römerbergs).

Synchron zum ökonomisch-technologischen Modernisierungsprozeß etablierte sich ein dominanter urbanistischer Diskurs der kulturellen Differenz, der soziale Unterschiede in der Weltstadt in kulturelle Gegensätze und sich unterscheidende Lebensstile verwandelte. Diese erschienen nun als natürliche Bestandteile einer Metropole. Über die Idee von der kulturellen Großstadt gelang es den Konservativen, die Fragmentierung des städtischen Raumes und der Alltagspraktiken symbolisch zu integrieren. Als Reaktion auf dieses politisch erfolgreiche Metropolen-Konzept begannen sich ab Mitte der achtziger Jahre linksliberale Intellek-


Foto: Herby Sachs – version

Lifesteil für Aufsteiger

tuelle, der Modernisierungsflügel der Sozialdemokraten und die realpolitische Fraktion der Frankfurter Grünen auf den Urbanitätsbegriff einzulassen. Ein Teil der Gegenstrategie bestand darin, am Weltstadt-Mythos anzusetzen und „Urbanität" mit „Multikultur" ideologisch zu verknüpfen.

Die Herausbildung eines lokalspezifischen städtischen Diskurses über Multikultur und dessen erfolgreiche Institutionalisierung in Form eines „Amtes für multikulturelle Angelegenheiten" ist somit von der Entwicklung Frankfurts zur Global City kaum zu trennen. Frankfurt kann in der Bundesrepublik als die Stadt gelten, die den Mythos „Multikultur" als Markenzeichen kultiviert und verbreitet hat. „Multikultur" stellt ein zentrales Element des Metropolenimages dar, das die Weltläufigkeit und den Kosmopolitismus der Stadt verbürgen soll. Die neue Dienstleistungsklasse galt dabei als einer der Hauptadressaten des Diskurses über die multikulturelle Gesellschaft, da diesem Milieu eine liberale und kosmopolitische Grundhaltung unterstellt wurde.

In der sogenannten „Weltstadt-Literatur" wird von der Existenz dieser kosmopolitischen bzw. weitgehend deterritorialisierten professionellen Elite ausgegangen. Welche Bedeutung hat nun der multikulturelle Diskurs für die kosmopolitischen Wahrnehmungs- und Handlungsweisen dieser sozialen Gruppe in Frankfurt? In Gesprächen mit einzelnen Vertretern der Gruppe kristallisierten sich drei Argumentationsfiguren heraus: Weltstadt, Nationalstaat und lokaler Raum.[5]

Global denken ...

In ihrer Auseinandersetzung mit internationalen Berufsmilieus, Lebensstilen und Konsummustern verwenden die Befragten den Begriff der multikulturellen Gesellschaft überwiegend in einer ethnisierenden Variante. In der Regel werden damit die Anwesenheit von „fremden Kulturen", „Nationalitäten" oder „ethnischen Gruppen" assoziiert. Dabei sind allgemein zwei Richtungen auszumachen, die aber auch gleichzeitig auftauchen können: Entweder wird Multikultur partikularistisch als Neben- und Gegeneinander von Gruppen verstanden, die in sich als homogen betrachtet werden. Diese Variante enthält Hierarchisierungen und Ausschließungen von Gruppen. Oder Multikultur wird universalistisch als fortschreitende Auflösung und Vermischung verstanden, was jenen Vorstellungen über gegenwärtige Globalisierungsprozesse von Kultur und Ökonomie entspricht, auf die der Kosmopolitismus der Dienstleistungsklasse sich bezieht.

Die populärste Version des Multikulturalismus betont die Vorteile der Anwesenheit von Migranten für die Mehrheitsbevölkerung: Pluralisierung der Konsum- und Lebensstile gegenüber einem standardisierten Massenkonsum, Vielfalt statt Einfalt, internationale Küche gegen deutschen Eintopf. Zentrale Metapher ist die bunte Vielfalt des „Angebots". Das Fremde erscheint als konsumierbare und verfügbare Ware oder als ästhetisches Erlebnis. Letztlich verweist diese Spielart des Multikulturalismus auf das hohe Integrationspotential des Kulturbegriffs, auf seine Fähigkeit, soziale Unterschiede in verschiedene Lebensstile umzudeuten. Die ‚United Colors of Benetton'-Werbung gibt hier das Modell für die Wahrnehmung der Realität ab. Häufig erscheint bei den Befragten die Stadt als Basar, als Zeichenreservoir – von konkreten sozialen Bezügen und Machtverhältnissen wird abstrahiert. Im Klassenhabitus des *urban professional*, des idealtypischen neuen Städters, verwandelt sich die Stadt in einen enthistorisierten postmodernen Marktraum.



Ausgesperrt – Multikultur im Abschiebeknast **Foto: Herby Sachs – version**

Die weitgehende Akzeptanz von Multinationalität und Multikultur hat allerdings sowohl nationale als auch klassenspezifische Grenzen. Allgemeine Zustimmung findet sie auf „gehobenem Niveau". Neben dem Lob der kulturellen Vielfalt oder dem Hinweis auf die Multinationalität der eigenen Klasse werden jedoch zugleich Migranten in erwünschte Arbeitskräfte und unerwünschte Asylbewerber eingeteilt.

Insgesamt basiert diese Form des Kosmopolitismus auf einem Konsummuster, das die kulturelle Differenzen als Verfeinerung des Geschmacks in die pluralisierten Lebensstile dieser Klasse integriert. Zugleich steht die multikulturelle Orientierung der neuen Dienstleister in einem widersprüchlichen Verhältnis zu ihren politischen Einschätzungen: Zwar sind die meisten kulturell und ökonomisch global orientiert, aber ihre Haltung gegenüber dem Phänomen der Immigration oder den Asylsuchenden ist häufig restriktiv oder sogar ablehnend.
Diese Grenzen des Multikulturalismus der neuen Dienstleister weisen auf die zentrale Bedeutung nationaler Regulationsweisen hin. Diese werden im Globalisierungstheorem häufig vernachlässigt.

... national fühlen

Im Gegensatz zu anderen Ländern ist in der Bundesrepublik zu berücksichtigen, daß bereits das Gastarbeitersystem in den sechziger Jahren als Vorkehrung gegen den Status eines Einwanderungslandes errichtet wurde. Dies betrifft nicht nur das restriktive Staatsbürgerrecht, sondern auch die Bevölkerungspolitik, von den staatlich-administrativen Maßnahmen und Initiativen zur sogenannten Ausländerrückführung, über diskriminierende Bestimmungen des Ausländerrechts bis hin zu den Einschränkungen des Asylrechts.

Nur ein Teil der Befragten begrüßt die multikulturelle Gesellschaft uneingeschränkt. Mehr oder weniger konsensfähig ist die Figur der „Toleranzgrenze", also die Vorstellung, daß es ab einem bestimmten Punkt gleichsam zwangsläufig zu Abwehrreaktionen kommen müsse, die sich vorrangig gegen „Asylbewerber" und „kriminelle Ausländer" richtet. Recht häufig ist die Rede von der sogenannten Überfremdung.

Aufschlußreich im Hinblick auf den Multikulturalismus der Dienstleister sind die Übergänge von der sich pluralistisch und aufgeschlossen gebenden Rede von der Vielfalt der Kulturen hin zum Thema der „kulturellen Identität". In solchen Statements werden die Kulturen zumeist als voneinander getrennte, homogene Gruppen vorgestellt. Sobald die Kulturen, Nationalitäten oder ethnischen Gruppen näher qualifiziert werden, taucht etwa die Unterscheidung zwischen europäischen und nichteuropäischen Kulturen auf. Sie geht einher mit

Urteilen über die fehlende Integrationsfähigkeit bzw. -willigkeit der Menschen, die diesen Kulturen zugeordnet werden. Der Begriff der Integration wird hierbei zumeist im Sinne von Assimilation verwendet. Als unvereinbar gelten besonders religiöse Unterschiede. Rassistische Einstellungen innerhalb des eigenen Milieus werden von den Befragten nicht gesehen. Wenn überhaupt, thematisieren sie solche nur im Zusammenhang mit sozialer Verelendung, also als Probleme der unteren Klassen.

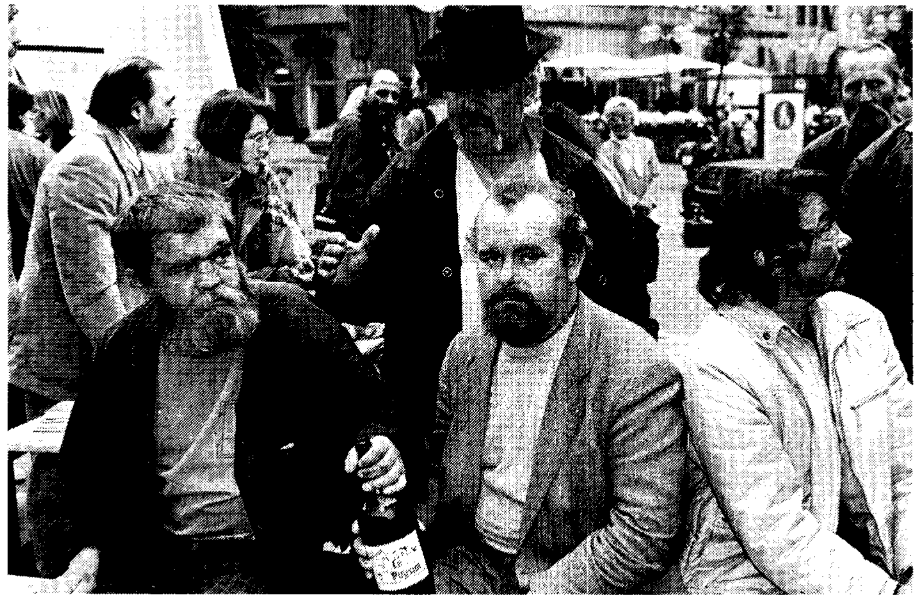
... und lokal abgrenzen

Befragt nach ihrer Wahrnehmung des städtischen Raumes, äußern viele der Interviewten spontan ihren Unmut über die ihrer Ansicht nach zunehmende Unsicherheit und Kriminalität in der Stadt. Aus manchen bricht die Empörung förmlich heraus – sie fordern vehement ordnungs- bzw. sicherheitspolitische Maßnahmen. Viele geben an, bestimmte Räume gar nicht mehr zu betreten, aus Angst, überfallen zu werden. Einige beschweren sich über das schlechte Publikum, das ihnen das Einkaufserlebnis in der Innenstadt verleide und entwerfen Bedrohungsszenarien, die angesichts der realen Situation absurd anmuten.

Bevorzugtes Thema des Diskurses über die gefährlichen Gruppen sind die Ausländer nicht als Angehörige fremder Kulturen, sondern als Kriminelle, Drogendealer und Arbeitslose. In ihren Bedrohungsszenarien sprechen die Befragten häufig nicht von eigenen Erfahrungen, sondern machen generalisierende, projektive Aussagen. In der ideologischen Konstruktion von gefährlichen Gruppen gehen klassenspezifische Abgrenzungsbedürfnisse und ethnisierende Klassifikationen eine sich gegenseitig stützende und determinierende Verbindung ein. Insgesamt können bei einem Teil der Befragten deutliche Abgrenzungsbestrebungen gegenüber den unteren Klassen festgestellt werden, als deren Bodensatz die Migranten und Flüchtlinge wahrgenommen werden.

In den USA kann der Rückzug der Mittelklasse von öffentlichen Territorien und Dienstleistungen – Schulen, Parks, öffentlichen Verkehrsmitteln – und eine zunehmende Tendenz, diese öffentlichen Ausgaben nicht mehr zu unterstützen, beobachtet werden. Das amerikanische Szenario läßt sich auf Frankfurt kaum übertragen. Bestimmte Aspekte jedoch spielen eine zentrale Rolle in den Vorstellungen der Befragten. In den Äußerungen zu Ausländern, Kriminellen und Drogen fällt vor allem eine Haltung des Rückzugs der Mittelklasse von öffentlichen Räumen auf.

Ein Teil der Befragten nimmt die zunehmende soziale Polarisierung als notwendigen Bestandteil einer kosmopolitischen Stadtgesellschaft wahr. Die auftretenden sozialen Härten und Ausbeutungsverhältnisse werden dabei als natürlicher Ausleseprozeß mystifiziert und legitimiert. Das Bild der Stadt, das viele entwerfen und zu dem die Drogenszene, das Ghetto, die *street gangs* und die Kriminalität ebenso unvermeidlich gehören wie die neuen Hochhäuser oder die Museen, hat mehr mit ihrem Bestreben zu tun, sich selbst als Teil einer Weltstadt zu verstehen, als mit den realen Ausmaßen des Frankfurter Metropolitanisierungsprozesses.



Urban Professionals **Foto: Herby Sachs – version**

Die Angst vor Armen

Die meisten Befragten begrüßen die Internationalisierung der Stadt. Die damit verbundene soziale Polarisierung wird im Bild der „Stadt der Widersprüche" symbolisch integriert – hierfür dient Multikultur als zentrale Metapher. Die Figur der gefährlichen Räume und Gruppen und die Konstruktion einer gefährlichen Unterklasse sind dabei durchgängig anzutreffen. Sicherheit scheint sich zum zentralen Bezugspunkt eines neuen Konsenses zu entwickeln. Hier treffen sich die neuen Dienstleistungsangestellten mit der Mehrheit der lokalen Bevölkerung.

In den Großstädten sind unübersehbar neue marginalisierte Räume entstanden, die vor allem durch den Zuzug von Menschen aus den Armutsgebieten der Welt weiter anwachsen. Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses und der Rückgang von Integrationsmodellen verstärken zugleich Bestrebungen, die Krise mit ordnungspolitischen Mitteln und Normalisierungskonzepten zu bearbeiten. Einerseits gelten Phänomene wie Armut und Dauerarbeitslosigkeit zunehmend als „natürliche" Bestandteile der Gesellschaft, andererseits wächst die Bereitschaft, bestimmte Verhaltensweisen zu pathologisieren oder zu disziplinieren.

Die Furcht vor städtischen Submilieus weist gewisse Parallelen zu Wahrnehmungsweisen des Bürgertums im 19. Jahrhundert auf. Die derzeitig zu beobachtende Wiederkehr ähnlicher Wahrnehmungsweisen und Ausgrenzungsmechanismen vollzieht sich im Kontext der Erosion des sozialen Kompromisses und der wachsenden Polarisierung in den Großstädten.

Peter Noller/Klaus Ronneberger

Die Autoren arbeiten am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. Der Beitrag, dessen zweiter Teil im nächsten Heft erscheinen wird, ist ein redaktionell leicht überarbeiteter und gekürzter Vortrag, gehalten Mitte Oktober 1995 auf der Sektionstagung ‚Politische Soziologie' in Freiburg. In einem gleichnamigen Sammelband wird er zusammen mit anderen Tagungsbeiträgen demnächst im Fischer-Verlag erscheinen.

Anmerkungen:

1) Der zweite Teil dieses Beitrages in der nächsten Ausgabe der ‚blätter' wird eine Literaturliste enthalten, die die wichtigsten Arbeiten aufführt, auf die sich der Text bezieht.

2) John Friedmann/Goetz Wolff, World City Formation: An Agenda for Research and Action, in: International Journal of Urban and Regional Research, 6/3 (1982), S. 318

3) Manuel Castells, Space of Flows – Raum der Ströme: Eine Theorie des Raums in der Informationsgesellschaft, in: Noller, Prigge, Ronneberger, Stadt-Welt, Frankfurt/New York 1994, S. 131.

4) Die kulturellen Dienstleistungen spielen beim Vorantreiben des Globalisierungsprozesses eine besondere Rolle. Weil sie die Symbole dieses Prozesses produzieren, können die in diesem Bereich in den Metropolen Tätigen als Produzenten der „Ideologie des Konsumismus" (John Friedmann) gelten. Auf der Basis des weltweiten Netzes der Kommunikations- und Informationsmedien definieren und reproduzieren sie die Hegemonie des globalisierten Kapitalismus kulturell.

5) Im Rahmen der Studie „Neue Technologien, Technikleitbilder, Lebensstile und Urbanität" wurden 118 qualitative Interviews ausgewertet. Die Studie befaßt sich mit Lebensstilen und Raumaneignungsweisen städtischer Eliten in Dienstleistungszentren. Die folgenden Ausführungen stützen sich im Kern auf den Artikel ‚Städtische Professionelle zwischen Weltstadt und Nationalstaat' (S. Grimm/K. Ronneberger), in: P. Noller/K. Ronneberger, ‚Die neue Dienstleistungsstadt' (1995).

Seifenoper

Das Drama um den Friedenspreis

Roman Herzog hielt seine Rede und Annemarie Schimmel ihren Preis in den Händen – damit ist es vom Tisch, das Drama, zu dem sich die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels entwickelt hatte. Zu einem Drama war die Wahl für Annemarie Schimmel geworden, als bekannt wurde, daß die große alte Dame der Orientalistik Verständnis für das Todesurteil Khomeinis gegen Salman Rushdie äußerte, der in satanischen Versen den Propheten und die Gläubigen beleidigt hätte. Fortan waren die Aufregungen groß und die Unterschriftenlisten lang bei den liberalen Gegnern Schimmels. Nur leider nahm man deren Sündenfall vor allem zum Anlaß, sich Gedanken zu machen über den „Fundamentalismus", den „islamischen" versteht sich. „Wann bomben sie hier bei uns?" fragte Herr Böhme in ‚Talk im Turm'.

Da wurde viel über den Terror und die Unterdrückung durch den „islamischen Fundamentalismus" schwadroniert, wenig aber über dessen Ursachen. Unbewußt oder explizit gilt wohl für die meisten Disputanten weiterhin das einfache Deutungsmuster, das schon das Wort vom „islamischen Fundamentalismus" suggeriert: Der sich anscheinend jeder Aufklärung widersetzende und als solcher das tägliche Leben der Muslime grundlegend bestimmende Islam ist schuld an seinem Fundamentalismus. Weitergehende Fragen erübrigen sich. Dieses Auftreten des „Anti-Islamischen", verkleidet als das „Anti-Fundamentalistische", ist bemerkenswert – war doch in den vergangenen Jahren von kritischen Geistern vor allem das „Feindbild Islam" an den Pranger gestellt worden.

Und die andere Seite, die Seite der Preisverleiher und Befürworter? Hier standen Konservative. Die vermeintlichen Vertreter des Feindbildes präsentierten sich als die wahren Freunde des Islam, die mit dem Werk Annemarie Schimmels das Bemühen um Verständnis und Kenntnis *des Islam* und der Besonderheiten der anderen Kultur prämieren wollten – so der Stiftungsrat.

Mit ihrer Argumentation repräsentieren sie die Dominanz eines konservativen Diskurses von Multikulturalität. Gilt die Auszeichnung Schimmels dem Stiftungsrat doch „als ein Zeichen für die Begegnung, nicht für die Konfrontation der Kulturen, als ein Zeichen für Duldung, Poesie und Denkkultur, welche die Formen des Andersseins achtet." Die FAZ kommentierte: „Die sich immer rascher säkularisierende westliche Welt hat weitgehend das Gefühl für das verloren, was Max Scheler in den zwanziger Jahren als ‚Hierarchie der Werte' beschrieben hat. Dieser Verlust freilich macht nicht die Freiheit als solche obsolet, sondern nur deren Verzerrung und Mißbrauch." (Ist es böser Wille, wenn man hinter dieser Zivilisationskritik einen Angriff auf Salman Rushdie vermutet, der sich die ketzerische Freiheit nahm, andere Menschen in ihren höherwertigen religiösen Gefühlen zu verletzen?)

Woher diese Freundschaft mit der Religion des Propheten und religiösen Werten? Zum einen drückt sie das eigene konservative Bedürfnis nach fundamentalen Werten und Normen aus, die, so wird befürchtet, in der Moderne offenbar verloren gehen. Zum anderen können jetzt – ganz tolerant – die anderen anders sein und bleiben, und also am besten dort bleiben, wo sie hingehören, dort nämlich wo – ganz natürlich – eben alle anders sind. Ihre romantische Verliebtheit in religiöse Grundwerte und die Manifestation der Besonderheit der Anderen machen Annemarie Schimmel für die Konservativen zu einer so preiswerten Friedenspreiskandidatin.

Deutlich wird in der Gegenüberstellung von Gegnern und Freunden der Frau Schimmel, daß sie zwei Seiten der gleichen Denkart repräsentieren. Gleich ob islamophil wie Schimmel und die Zweck-Kulturrelativisten auf der einen oder anti-islamisch, wie viele linke Werteuniversalisten auf der anderen Seite – im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit steht letztlich der Islam bzw. der „islamische Fundamentalismus". Stellt der Islam für erstere ein dem Muslim unverzichtbares Wertefundament dar, das eine andersartige Identität prägt, die ihre guten Seiten hat, ist der Islam auch für letztere religiöses Wertefundament, das aber Aufklärung verhindert und verantwortlich ist für Mord und Totschlag.

Und dies ist das eigentlich Bemerkenswerte an der Debatte um die Preisverleihung: Nach den konkreten politischen und sozialen Hintergründen von religiösem Fundamentalismus und anderen Gemeinschaftsideologien wurde kaum gefragt. Beide Seiten halten lieber an unverrückbaren, die Identität prägenden Systemen als Erklärungsrahmen für das Verhalten von Menschen fest. Da ist die Religion eben Religion, Kultur ist Kultur, ein Muslim Muslim, ein Serbe ist ein Serbe und ein Kroate ein Kroate ... jeder eben anders. Dieser Multikulti-Diskurs stilisiert Unterschiede und Eigenarten zu festgeschriebenen quasi-natürlichen Identitäten. Aus solchen „fundamentalen" Legitimationen entstehen Ideologien der Ab- und Ausgrenzung und ihre Folgen – Fundamentalismus eben.

Wo beide Seiten an den gleichen Mustern haften, da lohnt ein Blick auf Salman Rushdie, um dessen Verurteilung – nicht um seine Bücher – sich neben der Philologin die Debatte drehte. Werteuniversalistisch auch er – doch wie wohltuend anders schaut Rushdie in die reale Welt und steht den postulierten Identitäten entsprechend kritisch gegenüber. Sein Thema sind die Konflikte von Menschen in der Gegenwart, von Migranten in der Fremde. Aufklärerisch und bissig kommentiert er die Fesseln, die ihre Traditionen den Menschen auferlegen. Auf der anderen Seite beobachtet er die Konflikte von Menschen, abgeschnitten von vertrauter Umgebung. Selbst- und Fremdzuschreibungen, die Bildung von Identitäten also, beschreibt Rushdie vor dem Hintergrund verschiedener konkreter sozialer, politischer, religiöser, intellektueller und emotionaler Erfahrungen von Individuen, die konfrontiert sind mit dieser Welt. Er beschreibt sie als fließend und situationsbedingt, als zufällig und doch Regeln folgend, als befreiend und belastend – und trägt damit zum Begreifen von Widersprüchen bei, zur Dekonstruktion und zum Relativieren gewählter Identitäten in einer engeren Welt am Ende des 20. Jahrhunderts.

Mit Rushdies Werk hätte eine Auseinandersetzung über Multikulturalität in der Moderne beginnen können. Das aufgeführte Drama um die Verirrungen und die Tränen der Erwählten dagegen entpuppte sich als Seifenoper.

Jochen Müller/Matthias Wittrock

Klinkenputzen oder Straßenkampf

Plädoyer für eine Einmischung in den Politikbetrieb

Eine agile Linke gibts nicht mehr – dafür ist Lobbyarbeit voll im Trend. In den bisherigen Debattenbeiträgen zur Lobbystrategie (‚blätter' Nr.201, 207, 208) wurde das Selbstverständnis von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kritisiert, die durch Reformen zu grundlegenden Veränderungen kommen wollen. Am Beispiel von Umwelt-, Menschenrechts- und entwicklungspolitischen NGOs verteidigt Klaus Wardenbach den Ansatz, sich lieber mit Entscheidungsträgern an einen Tisch zu setzen, als sich gar nicht zu bewegen.

Herr K. empfahl, womöglich jedem Vorschlag zur Güte noch einen weiteren Vorschlag beizufügen, für den Fall, daß der Vorschlag nicht beachtet wird. Als er zum Beispiel jemandem, der in schlechter Lage war, ein bestimmtes Vorgehen angeraten hatte, das so wenige andere schädigte wie möglich, beschrieb er noch ein anderes Vorgehen, weniger harmlos, aber noch nicht das rücksichtsloseste. ‚Wer nicht alles kann', sagte er, dem soll man nicht das wenigere erlassen.'"[1]

Der „Vorschlag für den Fall, daß der Vorschlag nicht beachtet wird" war die ironische Antwort Brechts auf den Maximalismus und den Abgrenzungswahn linker Parteien in den 20er und 30er Jahren. Die revolutionäre Phase war vorüber, der zermürbende „Stellungskrieg" hatte wieder begonnen, die Hoffnungen auf gesellschaftliche Veränderungen konnten sich realistischerweise nur noch auf Verteidigung der im vergangenen Jahrzehnt errungenen Erfolge und auf einige Reformen erstrecken.

Auch die 90er Jahre sind eine Phase des Rückgangs gesellschaftlicher Bewegung, die zunehmend an Schwung und an aktiven Trägern verliert und sich seit Jahren schon in der Defensive befindet. So stellt z.B. die Redaktion der ‚blätter des iz3w' in ihrem Abo- und Spenden-Aufruf zur Rettung ihres Projekts in der September-Nummer (Nr.208) fest, daß es die in der Zeit nach 1967/68 entstandene „Neue Linke" heute nicht mehr gebe und daß auch die klassische Soli- und Internationalismusbewegung dahinsieche.

Eine Antwort auf diese Krise der Solidaritäts-Bewegung sind die Lobbygruppen. Sie sind nicht mehr der große Entwurf, nicht mehr die Utopie der Gegengesellschaft, sondern die eher bescheidene, realistische Variante des Vorschlags für den Fall, daß der große Gegen-Entwurf nicht beachtet wird. Wo nicht alles geändert werden kann, sollte man zumindest das Wenige nicht unversucht lassen.

Professioneller Anspruch auf Veränderung

Spätestens seit dem Erfolg der Brent-Spar-Aktion von Greenpeace gegen Shell werden NGOs gerne als „neue Internationale" verklärt. Angesichts des Fehlens anderer Akteure sozialer Veränderung ist das vielleicht nur Medien-Mache, bestenfalls Wunschdenken, aber keine ernsthafte Analyse. Trotzdem rufen die Aktionen der NGOs mittlerweile konservative Politiker und Politologen auf den Plan, denen die Macht der Zivilgesellschaft im Vergleich zum Staat schon viel zu sehr angewachsen ist. Natürlich müssen sich auch NGOs nach ihrer demokratischen Legitimation fragen lassen.

Diese besteht zuallerst in der Verpflichtung auf ihre politischen Ziele (z.B. Menschenrechte, weltweite Friedenssicherung, Ökologie, soziale Entwicklung) und ihre Methoden, in Transparenz und Orientierung am Prinzip Öffentlichkeit, aber auch in einem demokratischen Organisationsaufbau. Lobbygruppen legitimieren sich auch dadurch, daß sie ihre professionellen Kenntnisse in den Dienst dieser Ziele stellen. Durch gezielte Einmischung handeln sie zwar nur stellvertretend, aber stellvertretend handeln ist allemal besser, als gar nicht zu handeln – besser, als jeglichen Anspruch auf Veränderung der realen politischen Entscheidungen aufzugeben.

Innnerhalb des parlamentarischen Systems erhöht das Agieren von NGOs die Partizipation, d.h. die Beteiligung der BürgerInnen an staatlichen Entscheidungen. Auch entwicklungspolitische Lobbygruppen wie GERMANWATCH bestehen nicht aus einer Handvoll hochbezahlter Spezialisten, sondern sie sind Vereine mit einigen hundert Mitgliedern, die sich ehrenamtlich in Arbeitsgruppen und lokal in „Regionalgruppen" engagieren. Und selbst bezahlte Lobbygruppen-VertreterInnen verbringen normalerweise ihre Nachmittage nicht mit dem Sektglas in der Hand auf Empfängen oder in Hinterzimmer-Gesprächen mit Politikern (wie sich einige das vorzustellen scheinen), sondern mit klassischer Öffentlichkeitsarbeit, d.h. am Schreibtisch sitzend, in Gesprächen mit Journalisten oder auch mal am Infostand in der Fußgängerzone.

„Lobbyismus" beinhaltet den Anspruch auf professionelle Politikbeeinflussung. Natürlich hat sich der Begriff auch zum Modewort entwickelt, das Ratlosigkeit und schwindende Aktivität der Mitglieder-Basis überdecken soll. So kann aus der (finanziellen) Not eine Tugend gemacht werden. Mit einer kleinen Handvoll von aktiven Gegenexperten läßt sich immer noch Druck auf die Politik ausüben, auch in Zeiten, in denen sich Massen für Demonstrationen nicht mehr mobilisieren lassen, und es selbst schwer geworden ist, ein paar Engagierte für's Verteilen von Flugblättern und Plakatekleben zu finden.

Das Problem der Bewegung

Lobbyismus ist zum anderen die konsequente Weiterentwicklung der klassischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit von NGOs und Solidaritätsgruppen, die sich nicht damit begnügen wollten, mit ihren Forderungen nie direkt, sondern immer nur durch die Medien vermittelt (und verzerrt), von den Entscheidungsträgern in Verbänden, Parlament und Regierung wahrgenommen zu werden. Lobbystrategien sind auch eine Antwort auf die zunehmende Internationalisierung von politischen Entscheidungen. Es gehört zu den Grundprinzipien



Auf der Höhe der Zeit: Die Lobbyisten sind schon drinnen **Foto: version**

kapitalistischer Wirtschaft, daß Entscheidungen von Gremien getroffen werden, die weitgehend anonym und nur den eigenen Aktionären bzw. Kapitalgebern verpflichtet sind. Nun wird auch die politische Entscheidungsebene immer anonymer und entfernt sich von der Lebenswelt der Betroffenen. Nationale Politik bewegt sich immer mehr nur innerhalb von Rahmenbedingungen, die auf internationalen Konferenzen, in UNO, WTO oder EU definiert werden. Der Globalisierung von Märkten, Umweltproblemen und politischen Entscheidungen kann nicht mit den Mitteln klassischer Bewegungspolitik begegnet werden.

Lobbyismus und klassische Bewegungspolitik schließen sich allerdings nicht aus, sondern sollten sich sinnvollerweise ergänzen. Lobbypolitik ohne gesellschaftliche Bewegung wird über kurz oder lang austrocknen, denn das Drohpotential von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechts-NGOs bzw. Lobbygruppen ist allein die öffentliche Meinung.

Deshalb kann Lobbying im Umweltbereich auch auf wesentlich bessere Ausgangsbedingungen vertrauen als die gleiche Strategie im entwicklungspolitischen Bereich. Nach einer intensiven Publikations- und Protestphase in den 70er und 80er Jahren, in deren Verlauf es u.a. sogar zur Gründung und Etablierung einer neuen Partei kam, dürfte die Ökologie-Thematik selbst bis in die Chefetage des größten Konzerns und bis in das letzte Hinterzimmer staatlicher Verwaltung durchgedrungen sein, und sei es auch nur in der Version, daß auch der Kapitalismus nur dann überleben kann, wenn seine natürlichen, stofflichen Grundlagen erhalten bleiben. Auch wenn unter „Nachhaltigkeit" oder „sustainability" von Unternehmen und NGOs im Einzelfall etwas ganz anderes verstanden wird, so existiert hier doch eine gemeinsame Basis in dem Bewußtsein von der Notwendigkeit eines schonenderen Umgangs mit den Ressourcen und eines verstärkten Umweltschutzes.

Information statt Agitation?

Beim Klimagipfel im Frühjahr in Berlin hätten sich „weitreichende Berührungspunkte" zwischen „dem" Kapital und den NGOs herausgebildet, schreiben H. Walk u. A. Brunnengräber in ihrem Beitrag.[2] Das gemeinsame Ziel, den Auswirkungen der (Umwelt-)Katastrophe vorbeugen zu wollen und diese im Rahmen des herrschenden Systems in den Griff zu bekommen, behindere die Einsicht in die Notwendigkeit der Überwindung dieses Systems. In dieser Argumentation stecken zwei Kurzschlüsse.

Zum einen ist das Bemühen um die konkrete Verbesserung der konkreten Lebenssituation der Menschen die Grundlage aller linken Politik. „Der Versuch, die Art der Produktion menschlicher, sozialer und umweltverträglicher zu gestalten, ist daher nicht von vorneherein zu kritisieren."[3] Auf die Bekämpfung von Umweltkatastrophen, Ausbeutung, Armut und Hunger zu verzichten, in der Hoffnung, daß so „die Notwendigkeit radikaler struktureller Veränderungen" schneller oder einfacher erkannt würde, wäre fatal. Es gibt keinen Automatismus, der aus der Katastrophe, aus der Verelendung geradewegs zur Revolution führt. Gesellschaftliche Katastrophen führen bestenfalls zur Revolte, schlimmstenfalls zum Faschismus. Tiefgreifende Veränderungen werden nur dann erreicht, wenn sie durch lange, zähe Arbeit in der (Zivil-)Gesellschaft vorbereitet sind.

Zum anderen sind Reformen nicht notwendig systemstabilisierend und auf die „Funktionslogik des Systems" beschränkt. Das Scheitern von Reformen kann sehr viel politisierender wirken als die abstrakte Agitation, die jeden konkreten Schritt von Veränderung unterhalb des „big bang" als Trugbild zu entlarven versucht. „Das" Kapital in verschiedene divergierende Kapitalfraktionen zu spalten, die Einheitsfront der Abwehr ökologischer Forderungen durch die Wirtschaft aufzubrechen, kann durchaus eine sinnvolle Stategie sein. Wer dabei wen über den Tisch zieht, wird sich erst im Laufe der Zeit herausstellen und hängt natürlich von den jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab.

Im Vergleich zu NGOs aus dem Bereich Umwelt und Entwicklung sind Menschenrechts-NGOs, wie amnesty international, im Lobbying schon erfahrener und von ihrer Thematik her auch nicht in der Gefahr, eines Schulterschlusses mit der Industrie bezich-

tigt zu werden. Die Erfolgsquote ihrer Arbeit ist vermutlich auch höher, zumindest aber deutlich sichtbarer als bei anderen NGOs. Auswärtiges Amt und Bundestag sind durchaus zu einer Änderung ihrer Politik gegenüber Staaten des Südens bereit, wenn die Kritik von Menschenrechts-NGOs zu laut wird. Ob und wann die Politik des Wirtschaftsministeriums diese Änderung nachvollzieht, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Und auch hier gilt: Je kleiner und weiter entfernt der betreffende Staat ist und je weniger Flüchtlinge aus ihm nach Deutschland gelangen, desto eher wird das Auswärtige Amt bereit sein, massive Menschenrechtsverletzungen zu konstatieren und entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Nord-Süd-NGOs: Sonntagspredigt und politische Praxis

Entwicklungspolitische NGOs wiederum decken eine große Spannbreite von Organisationen ab, die von kirchlichen Hilfswerken über die Welthungerhilfe und terre des hommes bis hin zum BUKO reicht. In der Vergangenheit standen bei den klassischen NGOs fast immer Projekte im Süden im Vordergrund, die Arbeit zur Strukturveränderung im Norden wurde eher nebenbei betrieben. Das führte Anfang der 90er Jahre zur Herausbildung von expliziten Lobbyorganisationen wie GERMANWATCH, WEED, Urgewald und Südwind. Anders als im Umweltbereich, wo die konkrete Bedrohung für die Bürger in den Industriestaaten (und sei es nur in der Zunahme von Pseudo-Krupp, Allergien und Hautkrebs) konkret erfahrbar ist, erfordert die Vermittlung von politischen Zielen im Entwicklungs-Bereich Abstraktionsvermögen und ein ausgeprägtes Solidarbewußtsein. Daß es bei Umwelt und Entwicklung um die „gemeinsame Zukunft" geht, ist ungleich schwerer zu vermitteln als die Vorteile einer Reduzierung des Autoverkehrs und des Einkaufs im Bioladen. Beim BMZ und auch bei einigen NGOs, die diese Verknüpfung versuchen, droht diese Argumentation mit den „Zukunftsinteressen" zu einer Betonung der „Eigeninteressen" (v.a. Schutz vor Asylsuchenden) zusammenzuschrumpfen.

Eine solche Argumentation bewegt sich allerdings haarscharf am Rande des Abgrunds: Mit der Angst vor einer „Überflutung" durch Flüchtlingsströme kann vielleicht kurzfristig eine Erhöhung des Entwicklungshaushalts plausibel begründet werden, langfristig befördern solche Bedrohungsszenarien kein Verständnis für die Probleme der Menschen im Süden, sondern provozieren höchstens den Ruf des braven Bürgers und Steuerzahlers nach mehr Militär an den Grenzen.

Anders als Umwelt-NGOs haben Entwicklungs-NGOs also das Problem, daß sich ihre Themen höchstens für Sonntagsreden, Predigten und Vorlesungen eignen, nicht aber für die politische Praxis. Entwicklungspolitik ist in der Öffentlichkeit und den Medien kaum präsent, und auch im Parlament und in der Kabinettshierarchie ist sie ganz weit unten angesiedelt. Entwicklungspolitische Interessen tangieren de facto nur eine kleine Gemeinde von Interessierten, die dann aber gerne im Stil der „Befreiungsfront Judäas" und der „Judäischen Befreiungsorganisation" (vgl. „Das Leben des Brian") aufeinander eindreschen. Das Interesse an Entwicklungspolitik hat in den letzten Jahren spürbar abgenommen. Die breite Öffentlichkeit nimmt den Süden normalerweise nur in Form von großen braunen Kinderaugen wahr, für die zu Weihnachten eifrig gespendet wird. NGOs, die nicht mit solchen Mitteln um Spenden werben können, und die – wie Lobbyorganisationen – sich nur mit abstrakter Politik beschäftigen, werden zuallererst von der durch die Entwicklungsmüdigkeit bedingten Finanzkrise betroffen. Auch dieses Schicksal teilen sie möglicherweise mit den ihnen verwandten Kleinunternehmen, wie Zeitschriftenprojekten, Solidaritätszentren und Journalistenbüros.

Lobbygruppen sind also nur Indikator, keinesfalls Ursache der Krise der Bewegungspolitik. Sie sind entstanden aus der Erfahrung der Ohnmacht und Erfolglosigkeit einer Politik, die im Protest und in der Pose, im Appell an eine diffuse Öffentlichkeit und im Vertrauen auf den sog. „Druck der Straße", steckengeblieben war. Statt Flugblätter an langen Samstagen in Fußgängerzonen zu verteilen und Mahnwachen oder Demonstrationen zu organisieren, über die höchstens mal der Praktikant in der Lokalpresse berichtet, versuchen Lobbygruppen sich direkt an die Verantwortlichen in Parlament und Regierung, in Verbänden und Wirtschaft zu richten. Diese Methode des „sich an einen Tisch setzen" mit den Mächtigen ist es auch, die die herbe Kritik eines Teils der verbliebenen Basisbewegten auf sich zieht.

Zum Teil ist diese Kritik berechtigt: Die Logik von Lobbypolitik schließt ein konsequent systemoppositionelles Auftreten aus. Konfliktfähigkeit ist (wie Kompetenz) zwar eine der hauptsächlichen Voraussetzungen von Lobbyarbeit, eine Konfliktlösung muß aber immer im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Regelungsmechanismen liegen. Lobbyarbeit ist also erst einmal an die bestehenden Institutionen gebunden, muß sich z.B. im Detail mit den Gesetzesvorschlägen von Parlament und Regierung beschäftigen, um sie kompetent kritisieren und korrigieren zu können. Insofern ist Lobbyarbeit ein reformistischer Ansatz, der für konkrete Verbesserungen eine revolutionäre oder pseudo-revolutionäre Rhetorik aufgibt. Nur diejenigen, für die eine Revolution à la 1917 immer noch auf der Tagesordnung steht, werden in dieser Aufgabe einen ernsthaften Verlust oder „Verrat" sehen.

De facto existieren zur Zeit keine realisierbaren Konzepte für tiefgreifende Veränderungen der (Welt-)Gesellschaft in Hinblick auf eine gerechte Verteilung von Einkommen und Lebensperspektiven für alle. So sehr man dies auch bedauern mag, so wenig wird Lamentieren und Moralisieren über diesen Zustand hinweghelfen. Abgrenzungsdrang resultiert aus Identitätsschwäche. Statt sich über die Kleiderordnung von NGO-Treffen zu mokieren und die Schuld für den Mißerfolg der Bewegungen nur im wachsenden Einfluß von korrumpierten, integrationssüchtigen, nur an der Erhaltung des eigenen Vereins interessierten NGO- und Lobbygruppenvertretern zu sehen, sollten sich die Kritiker auf die Möglichkeiten der Analyse und die Erarbeitung von Konzepten besinnen, die über das platte Motto vom „täglichen Widerstand und Druck von der Straße"[4] hinausgehen.

Auf die Höhe der Zeit!

Die Globalisierung der Märkte, den Neoliberalismus in all seinen Facetten (der ja weit mehr ist als bloßes Regierungshandeln), die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und ihre Rückwirkung im eigenen Land (wie: Abbau des Sozialstaats und Entsolidarisierung), sowie die Herausbildung neuer sozialer Subjekte in Europa und im Trikont gilt es zu untersuchen. Neue gesellschaftliche Bedingungen erfordern neue Organisationsformen. Linke Politik muß auf der Höhe der Zeit sein, sie muß nach eigenen Defiziten und Fehlern fragen, sie muß die Ursachen für die eigene Erfolglosigkeit zuallererst bei sich selbst suchen und darf nicht in Nostalgie und der Verklärung der Barrikadenkämpfe des Mai '68 oder der IWF-Kampagne '88 stehenbleiben. Nicht die Veränderung ihrer Politikformen und die partielle Reorientierung auf das parlamentarische System, sondern Ritualisierung, Stagnation und Perspektivlosigkeit sind heute die eigentlichen Probleme der Linken.

„Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: ‚Sie haben sich gar nicht verändert.' ‚Oh!' sagte Herr K. und erbleichte."

Klaus Wardenbach
(GERMANWATCH)

Anmerkungen:

1) Bertolt Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner, Frankfurt/M. 1980
2) H. Walk/ A. Brunnengräber: IWF-Gegengipfgel 1988 und Klimalobby 1995 – ein Vergleich, in: ‚blätter des iz3w', August ,95
3) Georg Lutz: Face to Face im Parlament, in: Blätter des iz3w, Oktober ,94
4) Karl Rössel: BUKO. Angekommen in den 90er Jahren?, in: ak 380, Juli ,95

Kongreßgeflüster

Grüne und Gewerkschaften diskutieren schrittweise international

Wenn in den Medien Berichte aus Afrika auf den vorderen Seiten oder zu guten Sendezeiten auftauchen bestimmen Katastrophen- und Verelendungsszenarios das Bild. Gesellschaftliche Realitäten werden nicht wahrgenommen. In diesen Zeiten schwindenden öffentichen Interesses an Dritte-Welt-Themen haben sich Bündnis 90/Die Grünen nun offenbar vorgenommen, andere Zeichen zu setzen.

So hat die Bundestagsfraktion der Partei Afrika zum Schwerpunkt ihrer Süd/Nordarbeit in der laufenden Legislaturperiode gemacht. Als Auftakt präsentierte die Heinrich-Böll-Stiftung vom 6.–8. Oktober einen Afrika-Kongreß in Berlin. Unter dem nicht allzu vielsagenden Titel „Zwischen Krise und Hoffnung" wurden im ehemaligen Gästehaus der DDR (Schloß Schönhausen) vier Themenfelder diskutiert: Von der Frage der Demokratisierung über das Begriffspaar Ökonomie/Ökologie sowie die internationale Politik und den vorherrschenden Afrikabildern spannte sich der Bogen bis hin zur deutschen Afrika-Politik.

Dem Afro-Pessimismus zu trotzen, war auch ein Hauptanliegen der auffällig vielen VertreterInnen aus Afrika, zum Beispiel aus Eritrea oder Uganda. In den 80er Jahren als Befreiungsbewegungen unterstützt, können sie sich heute an der Macht als hoffnungsvolle Beispiele präsentieren. Nur bekanntlich ist die Luft zum Atmen gerade für diese Gesellschaften im Weltmarktkontext besonders dünn und die positiven internen Ansätze müßten durch externe Veränderungen der Rahmenbedingungen ergänzt werden. Das aber ist mehr denn je Wunschdenken. Zwar suggeriert auch bundesdeutsche Entwicklungspolitik mit den neuen Themen wie Armut oder Ökologie und der Entdeckung neuer Subjekte wie etwa Frauen immer wieder Wichtigkeit – tatsächlich aber sind die Entwicklungshilfe und ihre Projekte nicht einmal in der Lage, die Folgen des neo-liberalen Zwangskorsettes abzumildern.

Die Frage, was bündnisgrüne Politk dagegen stellt, muß zwiespältig ausfallen. So hat offensichtlich der Druck der realen Verhältnisse auch das Denken der früher progressiven Vertreter der entwicklungspolitischen Community vernebelt. Ein Beispiel: In der Diskussion im Rahmen des Themenkomplexes ‚Strukturanpassung, Verschuldung und Exportorientierung' kamen die Referenten, Henning Andresen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Vertreter der offiziellen Entwicklungspolitik und Rainer Tetzlaff von der Universität Hamburg, einigen StudentInnengenerationen als glänzender Weltbankkritiker bekannt, nicht zum Streitgespräch. Andresen sieht – das war klar – bei den neo-liberalen Strukturanpassungsmaßnahmen nur kleinere Probleme und Übergangsschwierigkeiten. Für Tetzlaff auf der anderen Seite sind zwar die Programme oft gescheitert; aber es gäbe zu ihnen keine Alternative. Damit endete die Diskussion bevor sie beginnen konnte.

So setzte der Kongreß nach außen Zeichen, ohne daß Fortschritte in der internen bündinisgrünen Diskussion zu verzeichnen wären. Im Gegenteil: Als Uschi Eid in der Abschlußrunde von einem „Neuanfang" sprach, bestätigte sie, daß Anknüpfungspunkte an früher erarbeitete Materialien und Positionen vielleicht gar nicht gesucht werden.

Einen zugespitzteren Ausgangspunkt bot ein Kongreß in München vom 10.–11. November. Dem Veranstalter Wolfgang Kreissl-Dörfler (Mitglied des Europäischen Parlaments) gelang es, eine spannende Mischung zusammenzubringen: GewerkschaftlerInnen aus den USA, aus Südafrika, Südostasien und aus Brasilien (Luis Ignacio ‚Lula' da Silva, Vorsitzender der ‚Partei der Arbeit' PT war der Promi des Kongresses), trafen auf VertreterInnen deutscher Gewerkschaften, entwicklungspolitischer Hilfsorganisationen, Kampagnen und Verbraucherinitiativen.

Unter dem Titel „Mit gleichem Maß" widmete man sich der Frage von Sozial- und Umweltstandards im Welthandel. Hinter dieser etwas trocken anmutenden Problematik verbirgt sich nicht weniger, als die zentrale Frage, wie im Zeichen der alles bestimmenden Standortkonkurrenz eine internationale Politik aussehen kann, die auch die Verlierer dieses ‚Wettlaufes der Besessenen' einbeziehen will (s. dazu auch ‚blätter' Nr.206).

Der Gedankenaustausch der GewerkschaftlerInnen machte frappierend deutlich, wie sich die Erpressungsargumente gegenüber den abhängig Beschäftigten in der Welt gleichen. Scheinbar gibt es immer ein Land, in dem noch billiger und unter ökologisch und sozial noch schlechteren Bedingungen produziert werden kann. Gewerkschaften müssen sich vor diesem Hintergrund weltweit vernetzen, wenn sie der Kapitalseite nicht immer nur defensiv entgegentreten wollen. Das fällt der PT bekanntlich etwas leichter als dem DGB, der vierzig Jahre lang in ein kooperativistisches Konzept (das Model der „Sozialpartnerschaft") eingebunden war. So analysierte Lula das Hegemonialprojekt des Neo-Liberalismus nicht nur im brasilianischen Rahmen, sondern er konnte auch dessen Anfänge in Europa in seine Analyse einbeziehen. Vor allem nannte er dabei die Ausschaltung wichtiger Gewerkschaften in England. Lula vermittelte den ZuhörerInnen eine Ahnung davon, wie zukünftige Kampagnen gegen das vorherrschende Modell aussehen könnten.

Vorsichtig abgelehnt oder mit Einschränkungen begrüßt wurde die Forderung nach der Implementierung von Sozial- oder Ökoklauseln in bestehende Verträge, wie das WTO-Abkommen. Solche Klauseln können, so der Konsens, nur ein Baustein eines neuen Entwicklungskonzeptes sein. Ansonsten bestünde schon jetzt die Gefahr, daß sie von seiten der nördlichen Regierungen mißbraucht werden, um etwa neue protektionistische Maßnahmen zu begründen. Ein anderer Baustein könnte der „faire Handel" sein. Auch hier jedoch müsse sich die Aufmerksamkeit der verschiedenen Anbieter mehr auf die Produktionsbedingungen in der Dritten Welt richten, als auf die Bedürfnisse der hiesigen KonsumentInnen und neue Marktnischen für innovative Unternehmer.

Mit dem Treffen von GewerkschaftlerInnen aus aller Welt wurde ein Neuanfang gewagt. Diesem müssen allerdings noch viele Schritte folgen. Sonst werden auch die Organisationen der abhängig Beschäftigten zu bloßen Konkurrenten im globalen Wettlauf um Standorte.

Georg Lutz

Durchgewurstelt

Die Neuauflage eines Klassikers

Seines großen Erfolges wegen hat das von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler herausgegebene Handbuch der Dritten Welt (HDW) eine neue, jetzt dritte Auflage erlebt. Kurt Hübner fragt nach der Nutzerfreundlichkeit und analysiert die Tragfähigkeit des entwicklungstheoretischen Hintergrunds.

Die Neuausgabe dieses entwicklungspolitischen Klassikers in deutscher Sprache präsentiert sich als umfangreiches Werk von mehr als 4.600 Seiten, bestehend aus einem eher analytisch-systematisch orientiertem Einleitungsband sowie insgesamt sieben Regionalbänden, die wiederum neben den Länderstudien jeweils regionalspezifische Übersichtsaufsätze, länderübergreifende Bibliographien sowie ein Glossar beinhalten.

Zwei Formulierungen des Vorwortes machen das konzeptionelle Problem der Herausgeber augenfällig: „Mit dem Einführungsband zur dritte Auflage...legen wir einen völlig neu konzipierten Sammelband vor..." (HDW III, 7). „Die Herausgeber wurden durch die Aufnahme der ersten Auflagen darin bestärkt, an der Konzeption des Handbuchs festzuhalten, die auf eine entwicklungspolitisch relevante Struktur- und Problemanalyse abzielt" (HDW III,8). Was auf den ersten Blick als sprachliches Mißgeschick der Herausgeber erscheinen mag, erweist sich bei genauerem Hinsehen als zentrales Problem des Kompendiums und dabei speziell des Einführungsbandes: Wurde nun das Konzept verändert oder nicht? Und: Welches Konzept liegt dem Handbuch überhaupt zugrunde?

Die Antwort auf die erste Frage muß wohl lauten: Sowohl als auch. Die Antwort auf die zweite Frage lautet: Pragmatismus. Nimmt man nur einen kursorischen Vergleich der drei „Generationen" von Einleitungsbänden vor, dann wird der Nachteil des von den – traditionell eher theorieabstinenten – Herausgebern gepflegten pragmatischen Vorgehens deutlich: Gemäß dem Zeitgeist der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurse über das Verhältnis von Entwicklung und Unterentwicklung werden konzeptionelle und begrifflich-methodische Ansätze einmal ausführlicher und einmal weniger ausführlich oder gar nicht behandelt. So werden beispielsweise die noch in der ersten Auflage breit diskutierten Sozial- und Entwicklungsindikatoren nahezu gar nicht mehr (nämlich gerade noch in einem Überblicksbeitrag der Herausgeber) und dependenztheoretisch-inspirierte Problemstellungen, wie sie noch stärker die zweite Auflage prägten, nicht mehr so prominent und dann zumeist negativ-abgrenzend diskutiert.

Ein hohes Lied wird demgegenüber auf das „Backen kleiner Brötchen" gesungen, ganz gemäß dem vor allem von Ulrich Menzel in die deutsche entwicklungspolitische Diskussion – und auch in das HDW – importierten Diktum vom „Ende der Dritten Welt" und vom „Ende der großen Theorien".

muddling through

Was unter einer „entwicklungspolitisch relevanten Struktur- und Problemanalyse" verstanden werden soll, wird von den Herausgebern, und in teilweise noch mehr von den Autoren der einzelnen Sachbeiträge und Länderstudien, allzu weich definiert und interpretiert, mit der Folge eines Übergewichts deskriptiver, wenig analytischer Darstellung. Die Folge: Das HDW weist wenig theoretischen Gehalt und viel Beschreibung auf.

Ein solches pragmatisches muddling through-Vorgehen ist selbstredend legitim. Es wirft jedoch die Frage auf, inwieweit das HDW dann noch dem selbstgestellten Anspruch eines „Informationskompendiums" (so die einschlägige Formulierung in den jeweiligen Vorworten zu den Regional- und Länderbänden) gerecht zu werden vermag. Von einem Informationskompendium darf der Nutzer schließlich eine Darstellung aller wichtigen entwicklungspolitischen Konzepte und Begrifflichkeiten erwarten, mögen diese dem Zeitgeist entsprechen oder nicht.

Nun ist es keineswegs so, daß dem HDW durchweg der Vorwurf gemacht werden könnte, es hätte zentrale Begriffe und Konzepte unterschlagen. Zwei Probleme sind allerdings zu nennen: Erstens, mangels eines Index gestaltet sich die Suche nach Stichworten recht schwierig, was die Nutzung des HDW beeinträchtigt. Zweitens, und dies ist gewichtiger, werden die Begriffe und Konzepte in aller Regel innerhalb einer übergeordneten Themenstellung verortet. Entsprechend knapp und kontextbezogen fallen die Darstellungen aus. Anders formuliert: Will ein potentieller Nutzer wissen, was beispielsweise unter „struktureller Heterogenität" zu verstehen ist, welche empirischen und theoretischen Gehalte dieses Konzept aufweist usw., dann gilt es zu wissen, daß im Übersichtsartikel „Was heißt Unterentwicklung" zu suchen ist. Was sich dann dort findet (HDW III, I, 44), ist eine durchaus kenntnis-, aber wenig primärinformationsreiche Darstellung, die – wenn überhaupt – nur für einen bereits informierten Nutzer eine schnelle Gedächtnisstütze sein kann. Ein grundlegendes Verständnis dieses Konzeptes läßt sich so aber nicht gewinnen.

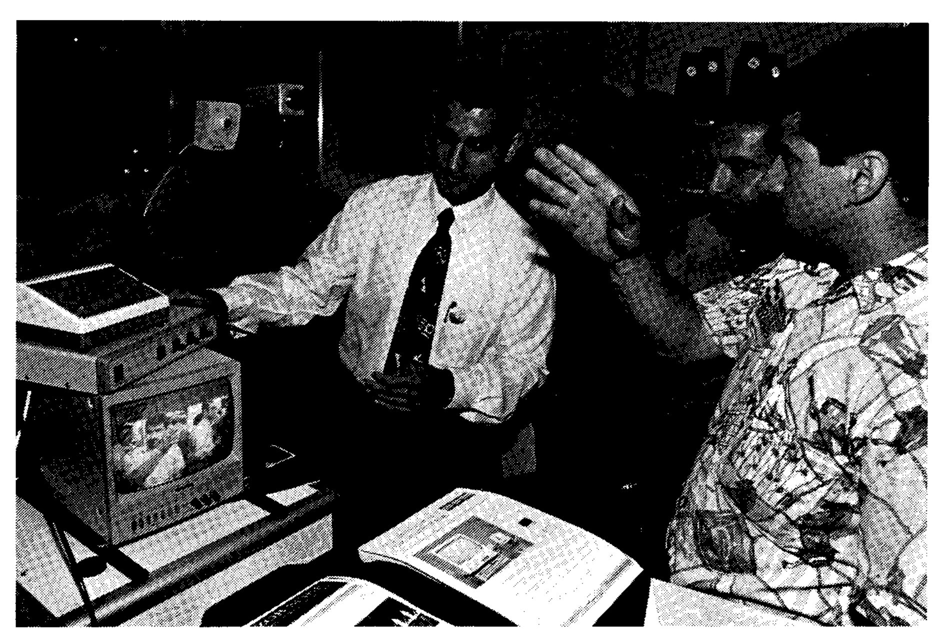
Reduktion als Verfahren

Ein weiteres prinzipielles Problem der Konzeption des Handbuches ist die eher kursorische, jedenfalls nicht systematische Darstellung der verschiedensten Kategorien und theoretischen Ansätze. Diese läuft Gefahr, riskante Kurzformulierungen zu gebrauchen und den theoretischen Anliegen nicht gerecht zu werden.

Ein Beispiel für einen manchmal etwas groben, jedenfalls höchst großzügigen Umgang mit theoretischen Konzepten liefern die verschiedenen Absätze zum Stellenwert der Modernisierungstheorie für das Verständnis von Entwicklungsprozessen. Modernisierungstheorie wird schnell auf die Rostow- und Nachfolge-Varianten reduziert, um anhand dieses konstruierten Strohmanns dann eine kritische Abgrenzung vornehmen

zu können. Nur kursorisch wird auf das originäre Parsons-Konzept sowie die daran anknüpfenden Theorievarianten eingegangen, deren theoretische Konstruktionen im akademischen Raum in Zusammenhang mit den tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchprozessen in Ost- und Mitteleuropa eine neue Aktualität und teilweise auch für die Entwicklungsproblematik weiterführende, aber auch schrankenziehende Interpretationen erfahren.

Es steht außer Frage, daß die Organisierung eines Handbuches ein hohes Maß an Pragmatismus erfordert. Dies beginnt schon bei der Klärung der Frage, was eigentlich unter „Dritter Welt" zu verstehen ist und welche Länder in einem Handbuch der Dritten Welt aufzutauchen haben und welche nicht. Nohlen/Nuscheler plädieren nach einem kurzen Spaziergang durch die Begriffsgeschichte des ‚tiersmondisme' für das weiche Kriterium einer Mitgliedschaft in der ‚Gruppe der 77', wollen es aber verbunden haben mit der aller Diskussionen um das Ende der Dritten Welt zum Trotz weiterhin bestehenden „Brisanz des Nord- Süd-Konflikts" (HDW III,I,21). Auf diese Weise kommt es zu insgesamt 167 Berichten zu Ländern und abhängigen Gebieten, die durch regionalpolitische Studien noch ergänzt werden. Zahl wie Umfang dieser Berichte sind beeindruckend. Dennoch bleibt bei einer solchen Vorgehensweise das Problem, daß aus sachlich- analytischen Gründen durchaus zu den Drittweltländern zählende Länder (wie z.B. Rumänien, Albanien oder Bulgarien) schlichtweg nicht auftauchen, aber wiederum schon fast nicht mehr zur Semiperipherie zählende Länder (wie etwa Südkorea) im Handbuch aufgenommen sind.



Magische Vierecke zeigen uns die Welt

Foto: R. Maro – version

Magische Vielecke

Unübersehbar ist, daß der von den Herausgebern in Anspruch genommene Pragmatismus an Grenzen stößt. Dies zeigt sich am Beispiel des von Nohlen/Nuscheler (HDW III,I,65ff.) in Fortsetzung der beiden früheren Auflagen vorgeschlagenen „empirischen Entwicklungsbegriffs", der sich aus den Elementen Wachstum, Arbeit, Gleichheit/Gerechtigkeit, Partizipation und Unabhängkeit zusammensetzen soll. Diese Elemente, gefaßt als „magisches Fünfeck von Entwicklung", setzen spezifische Ziele, so die Herausgeber, „die selbst Begriffe darstellen und als solche zu definieren sind, in ein Gefüge von Begriffen, welches den Entwicklungsbegriff ausmacht" (HDW III,I,65). Dieser Begriff soll den normativ-kritischen Maßstab und die Langzeitperspektive angeben, also eine „konkrete Utopie" markieren, wobei gelten soll: „Der Kapitalismus hat seine Überlegenheit als Wirtschaftssystem bewiesen, aber noch nicht den Beweis erbracht, daß er auch das Verelendungswachstum in großen Teilen der Dritten Welt eindämmen kann. Dennoch bleiben unter den internationalen Rahmenbedingungen, die auch einen ordnungspolitischen Rahmen setzen, ein sozial und ökologisch gebändigter Kapitalismus sowie eine internationale soziale Marktwirtschaft ordnungspolitische Orientierungsmodelle" (HDW III, I, 74f.).

Wiederum steht außer Frage, daß eine solche normativ geprägte Vorgehensweise, insbesondere wenn sie so explizit formuliert und begründet wird, legitim ist. Die Frage sollte allerdings erlaubt sein, inwieweit ein so gefaßter Entwicklungsbegriff für die Problematik Entwicklung-Unterentwicklung weitertreibende Einsichten formuliert. Ich befürchte, daß damit eher Einsichten verstellt als geöffnet werden. Provozierend ließe sich festhalten, daß gemäß dieses Entwicklungsbegriffs – je nach genauer quantitativer Ausprägung – alle Staaten dieser Welt nicht-entwickelt sind, mithin die faktische Differenz zwischen *haves* und *haves not* und zwischen Mächtigen und Machtlosen im Weltsystem ausgelöscht wird.

Magische Vielecke können, wie man insbesondere aus der ökonomischen Theorie weiß, dazu dienen, Zielkonflikte zwischen verschiedenen Elementen und/ oder Zielen zu veranschaulichen. Theoretisch verbergen sich dahinter in aller Regel Kompatibilitätsprobleme: Die Ziele können nicht gleichzeitig realisiert werden bzw. eine Annäherung an ein Ziel hat eine Entfernung von einem anderen zur Folge.

Die von Nuscheler (HDW III, I, 281) auf der Basis einer Literaturangabe getroffene Aussage, wonach Demokratien im entwicklungspolitischen Vergleich nicht schlechter abschneiden als Diktaturen, kann grosso modo unterstrichen werden. Nur stellt sich die Frage nach dem Erkenntniswert. Es zeigt sich, daß die Methode standardisierter Modelle systematische Fehler produziert, und sich auf der Basis solcher – gebräuchlicher – statistischer Testverfahren jede theoretisch seriöse Aussage hinsichtlich signifikanter Zusammenhänge von Demokratien resp. Diktaturen mit wirtschaftlichem Wachstum verbietet. Während Nuscheler daraus den Schluß zieht, daß schlichtweg keine theoretischen Verallgemeinerungen formuliert werden können, müßte dieses methodische Ergebnis zum Ausgangspunkt werden, um Überlegungen über eine andere theoretisch angeleitete und empirisch überprüfbare Vorgehenweise anzustellen.

Mit der Neuauflage des HDW wurde eine Chance vertan. Die bloße Fortschreibung einer in Zeiten eines stabilen weltweiten Ungleichheitsregimes entwickelten und scheinbar bewährten Konzeption erweist sich als wenig tauglich, um den Herausforderungen einer globalen Ökonomie und einer re-nationalisierten Welt, einer weiteren Differenzierung und gleichzeitigen Vergrößerung der Dritten Welt sowie einer Auflösung der die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmenden Weltpolarität, mit denen sich Entwicklungstheorie wie Entwicklungspolitik konfrontiert sehen, gerecht zu werden. Der Versuch der Herausgeber, neue Themen aufzunehmen, muß wegen seiner Halbherzigkeit als wenig gelungen bezeichnet werden. Was bleibt, ist eine Fleißarbeit.

Kurt Hübner

Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt, acht Bände, völlig neu bearbeitete Auflage, 1992 bis 1994; Verlag J.H.W. Dietz, Nachf. GmbH, Bonn

Ford ist tot

Joachim Hirsch über den nationalen Wettbewerbsstaat

Der Verlag Edition ID Archiv ist schon lange kein „Szene"-Verlag mehr. Für die linksradikale Diskussion wichtige Bücher wie „Metropolen(gedanken) & Revolution" sind mittlerweile vergriffen und das Verlagsprogramm ist breiter geworden. So kann die Edition ID Archiv auch Joachim Hirsch, seines Zeichens Professor an der Universität von Frankfurt am Main, zu ihren Autoren zählen.

Der Theoretiker neuer sozialer Bewegungen hat ein neues Buch mit dem Titel **Der nationale Wettbewerbsstaat** veröffentlicht. Hirsch präsentiert aktuelle Ausführungen zu Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Es entsteht ein Gesamtbild der Restrukturierung des Kapitalismus inclusive des staatlichen Funktionswandels nach der Krise des Fordismus.

Es klingt schon an, das Buch ist Theorie pur – jedoch sehr anschaulich geschrieben. Außerdem wird nicht allzuviel vorausgesetzt. Nach einem Exkurs zum historischen und theoretischen Hintergrund der Regulationstheorie[1], deren Vertreter Hirsch ist, bleibt auch jenen, für die Regulationstheorie bisher ein Fremdwort war, das Buch keines mit sieben Siegeln. Gleiches gilt für die allgemeinen Ausführungen über den bürgerlichen Staat am Anfang des Buches.

„Der nationale Wettbewerbstaat" ist ein Beitrag zur Debatte um die aktuelle kapitalistische Ausbeutungsordnung, die gemeinhin unter dem Stichwort Globalisierung verschlagwortet wird. Globalisierung ist erstmal ein schönes Wort und deutet an, daß irgendwie alles etwas größer und auch unübersichtlicher geworden ist. Dahinter verbirgt sich u. a. die einfache Tatsache, daß durch die neuen Kommunikationstechnologien die Welt zu einem globalen Dorf wird, in dem Raum und Zeit keine Rolle mehr spielen. Auf dieser Grundlage kann das Kapital spekulativ über den Globus wandern (besser: fliegen) auf der Suche nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten auf den internationalen Geldmärkten.

Die derzeit so heftig geführte Standortdebatte zielt darauf, dieses internationale Kapital durch Steigerung der Produktivität zur Investition im eigenen Land zu bewegen. ‚Arbeitet mehr und intensiver oder wir gehn nach Süd-Korea': Für den Standort Deutschland wird die Arbeit auf allen Ebenen intensiviert. Das scheue Rehlein Kapital möchte niemand verjagen und so wird mehr gearbeitet und Reallohneinbußen werden hingenommen: Die Standort-Daueragitation hat Früchte getragen.

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, mit der Globalisierung des Kapitalverhältnisses wäre der Nationalstaat obsolet, stellt für Joachim Hirsch „die Entwicklung vom ‚Sicherheits'- zum ‚nationalen Wettbewerbsstaat' nichts anderes als eine neue Phase der *Durchstaatlichung* der Gesellschaft dar." Hirsch beschreibt, daß es keinesfalls zu einer Deregulierung im Sinn des liberalen Diktums vom ‚Nachtwächterstaat' kommen wird, sondern er sieht deutliche Tendenzen zu einem „interventionistisch erweiterte(n), vor allem in seinen Eingriffs-, Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten entscheidend erweiterte(n) *Sicherheitsstaat.*"

Hirsch stellt – ähnlich wie etwa Karl Heinz Roth[2] – fest, daß es global eine zunehmende Proletarisierung gibt. Nach Roth finden Ausbeutungs- und Armutsphänomene, die bislang nur aus den Ländern des Trikonts bekannt sind, Einzug in die ‚Erste Welt'. Eine Tendenz zu wenigen Inseln relativen Wohlstands macht auch Joachim Hirsch aus. Doch Hirsch ist kein Verelendungstheoretiker. Im Gegensatz zu Karl Heinz Roth will er darin keine Chance sozialistischer Politik sehen. Reale Spaltungsprozesse und Ideologien wie Rassismus und Nationalismus verhindern seiner Meinung nach ein international homogenes, kämpferisches Klassensubjekt.

Wer aber soll dann der Träger von sozialen Veränderungsprozessen sein? Da der Kommunismus als reale gesellschaftliche Bewegung in Richtung Emanzipation kaum mehr greifbar ist, setzt Joachim Hirsch auf Demokratiebewegungen: „Während alte politische und ‚Klassen'-Fronten zerbrochen oder geschwächt sind, wächst die Forderung nach der Realisierung von Demokratie und Menschenrechten weltweit." Es gebe, so Hirsch, „inzwischen unverkennbar eine Art übergreifender und international orientierter Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die sich aus ihren etatistischen und imperialistischen Fesseln zu befreien beginnt." Ob damit die kooperativen Nichtregierungsorganisationen gemeint sind, die ja durchaus in das Deregulierungskonzept der partiellen Entstaatlichung passen, oder Bewegungen, wie die EZLN in Mexiko, deren ‚Demokratieforderungen' nicht zu trennen sind von konkreten Kämpfen um *tierra y libertad,* läßt Hirsch allerdings im Dunkeln.

Allerdings greift er den „demokratieverliebten" Diskurs um die Schimäre „Zivilgesellschaft" vehement an. Er sieht darin sogar eine neue Form totaler Herrschaft. Bezugnehmend auf Hannah Arendts Totalitarismusbegriff, demzufolge totale Herrschaft jede Form von Spontanität und von autonomem Handeln abzutöten droht, werde ähnlich totalitär „das Bewußtsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer praktischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse" durch das zivilgesellschaftliche Gerede vom Ende der Geschichte verdrängt. Über das neue Life-Style-Sortiment und Lebensgefühlangebote werde kaum noch hinausgedacht.

Die Bedingungen, unter denen sich kollektiv gegen diese Entfremdungs- und Ausbeutungsmechanismen gestellt werden kann und wer die Akteurinnen und Akteure einer Strategie der Befreiung sein werden, lassen sich aber wohl nicht von einem Frankfurter Uni-Professor abfragen. Doch die Lektüre von Joachim Hirschs „Der nationale Wettbewerbsstaat" lohnt sich allemal – in Zeiten, in denen die Linke sich fast nur noch auf das Feld der Ideologiekritik und das Auseinandernehmen der bürgerlichen Feuilletons zurückzieht, tut eine materialistische Analyse des globalen Kapitalismus not.

Gerhard Hanloser

Anmerkungen:

1) Die in den 70er Jahren entstandene Regulationsschule versucht zu erklären, wie sich kapitalistische Gesellschaften trotz wiederkehrender Krisen stabilisieren. Dies geschehe durch neue Formen der Produktion (Bsp. Internationalisierung, High-Tech) und politische Regulierungsweisen (Rolle des Staates).

2) Karl Heinz Roth (Hrsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Frankfurt 1994

Joachim Hirsch, „Der nationale Wettbewerbsstaat", Edition ID- Archiv, 216 S., 28,– DM

Frauenmacht



„Frauen sind die Verliererinnen im Prozeß dessen, was Entwicklung genannt wird, aber sie sind ebenso Subjekte, die handelnd auf Veränderungen reagieren, mit Anpassung ebenso wie mit Widerstand", umschreibt Hildegard Scheu das Thema ihrer Studie **Entwicklungsziel: Frauenmacht. Frauenarbeit und Frauenorganisationen in Indien.**

Beginnend mit einer Kritik der indischen und internationalen Entwicklungspolitik erläutert sie deren negative Auswirkungen. Dies erfordert nicht nur eine Analyse der Fakten, sondern auch theoretisch konzeptionelle Arbeit: Frauen sind in der Theorie nicht enthalten. Erst wenn die Theorie ihre Präsenz aufspürt und benennt, können Verdrängungsprozesse und Benachteiligung erfaßt werden. Scheu geht daher zunächst auf theoretische Ansätze der Frauenforschung ein, z.B. über geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und (unsichtbare) Frauenarbeit, um vor diesem Hintergrund zu zeigen, wie sich in der südindischen Landwirtschaft, Milchwirtschaft und Fischerei die Situation der Frauen rapide verschlechtert hat: Verringerung von gemeinwirtschaftlich genutzten Ressourcen mit extrem negativen Folgen für frauenspezifische Arbeit, Verdrängung von Frauen aus der Ökonomie durch Neuorganisation und Industrialisierung, männliche Aneignung alter weiblicher Arbeitsbereiche, Zunahme ungeschützter und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse für Frauen in den landwirtschaftlichen Industrien, etc.

Aber es bleibt nicht bei der Bestandsaufnahme. Im letzten Teil des Bandes werden zwei Frauenorganisationen vorgestellt, die auf diese Fehlentwicklung reagieren, u.a. mit der Organisation von Heimarbeiterinnen, genossenschaftlicher Produktion und Gesundheitsarbeit. Scheu untersucht, inwieweit in deren Arbeit über eine Interessenvertretung für Frauen hinaus auch gesellschaftsverändernde Perspektiven deutlich werden.

Damit gibt die Studie, die auf verschiedenen Untersuchungen indischer Frauenforscherinnen und umfangreichen Recherchen der Autorin beruht, einen Einblick in die Kritik indischer Frauen am Entwicklungsmodell ihres Landes.

Nausikaa Schirilla

Hildegard Scheu, Entwicklungsziel: Frauenmacht. Frauenarbeit und Frauenorganisationen in Indien; IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1995, 306 S.

Wir sind doch nicht blöd!

Unberührbar



Wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit finden in Indien seit vielen Jahren soziale Kämpfe statt, deren Ausmaß schon allein quantitativ gewaltig ist. Denn von der „indischen Apartheid", wie die Unterdrückungsform der sog. ‚Unberührbarkeit' oft genannt wird, sind über 100 Mio. Menschen betroffen. Gebhard Schwägerl will mit seinem schmalen Taschenbuch **Unberührbar: Apartheid auf indisch** über die politischen und sozioökonomischen Auswirkungen und den Ursprung der ‚Unberührbarkeit' im Hinduismus informieren. Ihm gelingt es in aller Knappheit, Klarheit in das unübersichtliche Begriffswirrwarr um die ‚Unberührbarkeit' zu bringen und ihre Erscheinungsformen anschaulich darzustellen. Deutlich wird auch, daß die Emanzipationsbewegung der ‚Dalits' (wörtlich ‚Die Unterdrückten') zu heterogen ist, um durchschlagende poltische Erfolge über die in der indischen Verfassung vorgeschriebenen Quotenposten im öffentlichen Leben hinaus zu erzielen.

Schade nur, daß Schwägerl etwas zu häufig auf indische und ausländische Theologen rekurriert, um ‚Unberührbarkeit' anzuprangern, und daß er auch die Rolle der christlichen Missionierung in Indien allzu positiv darstellt. Da schwingt zumindest leise ein christlicher Unterton des Glaubenskampfes gegen den Hinduismus mit. Für die Dalitbewegung mindestens so bedeutsam wie christliche Menschenrechtskonzeptionen sind aber auch die Ideen der Hindureformer und das kommunistische Gedankengut, welches unter den Dalits rasche Verbreitung fand. Die Kastenkonflikte sind im heutigen Indien längst zu Klassenkämpfen geworden, die durch moderne Entwicklungen wie z.B. die ‚grüne Revolution' in der Landwirtschaft verschärft worden sind.

Wenig nachvollziehbar ist deshalb, warum Schwägerl dem militanten Kampf der mit den Dalits eng verbundenen Naxaliten gerade mal eine halbe Seite widmet, obwohl deren Guerillakampf manche indische Bundesstaaten an den Rand des Bürgerkrieges brachte. Ist ihre Orientierung an Vorbildern wie Mao oder gar Stalin so peinlich für die westliche Solibewegung mit den Dalits (in der Schwägerl aktiv ist), daß man ihr Vorhandensein am besten übergeht?

Unerwähnt bleiben unter anderem leider auch die Auswirkungen des erstarkenden Hindufundamentalismus für die Dalits. Ein unnötig aufgeblähter Anmerkungsapparat und das Fehlen eines Glossars oder Registers sind zusätzliche Schwachpunkte des Buches. Trotz dieser Einschränkungen ist das Buch jedoch als Einstieg in die Problematik der Dalits empfehlenswert.

Christian Stock

Gebhard Schwägerl, Unberührbar: Apartheid auf indisch. Zur Situation der Dalits und der Dalitbewegung in Indien, Unkel u. Bad Honnef 1995, Horlemann, 126 S., DM 16,80

Hilfe für Folteropfer

Amnesty international geht davon aus, daß unter den in Deutschland lebenden Flüchtlingen und Asylsuchenden etwa 20–25% der Folter unterworfen waren. Für diese Folteropfer gab es bisher in Süddeutschland nur in München, Frankfurt und (mit Einschränkung) in Freiburg Einrichtungen, an die sie sich hilfesuchend wenden konnten. Seit Anfang diesen Jahres gibt es nun für die etwa 2000 Folteropfer, die im Raum Ulm leben, das Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm (BFU), das psychotherapeutische Hilfe, aber auch Beratung in organisatorischen und sozialen Fragen anbietet. Außerdem sind die Mitarbeiter des BFU um eine befriedigende Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status der Patienten bemüht. Ziel der Behandlung ist es, zu verhindern, daß die Folteropfer durch soziale Isolation, mangelnde medizinische und therapeutische Behandlung nach den Foltertraumata einer zweiten oder gar dritten Post-Traumatisierung ausgesetzt werden.

Das BFU zählt mittlerweile 80 Mitarbeiter, größtenteils Ärzte, Therapeuten und Dolmetscher, aber auch Rechtsanwälte und Sozialarbeiter, die zum Teil auf ehrenamtlicher Basis mitarbeiten. Der Bedarf an ärztlicher und therapeutischer Beratung und Behandlung einerseits, an Attestierung von erlittener Folter andererseits und darüber hinaus an sozialer Beratung und Hilfe ist erheblich. Innerhalb des vergangenen halben Jahres haben sich im BFU 80 Folteropfer angemeldet. Davon konnten 62 bereits untersucht und für acht Patienten eine therapeutische Behandlung begonnen werden. Die Patienten stammen aus 26 Staaten Afrikas, Asiens, des Vorderen Orients und des Balkan.

Mittlerweile hat die deutsche Sektion von ai dem Behandlungszentrum zugesagt, für die Therapiekosten jener Patienten aufzukommen, für die kein anderer Kostenträger gefunden werden kann. Bislang muß sich das BFU ausschließlich durch Spenden und Förderbeiträge finanzieren. Die kassenärztliche Zulassung ist zwar schon seit langem beantragt, wurde bis jetzt jedoch nicht erteilt.

Um das finanzielle Problem etwas zu mildern, ist eine Kampagne unter dem Motto: „Eine Region hilft Folteropfern" geplant. Ziel ist es, Verbände, Kommunen, Landkreise und Einzelpersonen zur Unterstützung in der Region Ulm zu gewinnen. Im weiteren soll die Kampagne dazu beitragen, eine ehrenamtliche Sozialbegleitung aufzubauen. Die Erfahrung zeigt, daß alle Therapie nicht hilft, wenn die soziale Situation der Folteropfer – wie zumeist – desolat ist. Es wird versucht, zusammen mit bereits bestehenden Initiativen der ehrenamtlichen Sozialarbeit im Flüchtlingsbereich einen Kreis von ehrenamtlich und professionell arbeitenden Sozialbegleitern und -arbeitern aufzubauen.

Ein weiteres zentrales Problem im BFU stellt die enorme Arbeitsbelastung dar, die sich aus der hohen Patientenzahl und der Komplexität der Arbeit ergibt. Hinzu kommt die Tendenz des Staates, sich aus der Verantwortung für die Versorgung von Folteropfern zu ziehen, bzw. sich dieser überhaupt nicht mehr zu stellen. Das BFU ist auf Spenden und den Einsatz von ehrenamtlich Tätigen angewiesen.

REHA-Verein zum Aufbau sozialer Psychiatrie in Württemberg e.V.
Geschäftsstelle Seelengraben 22
89073 Ulm
Konto 63872 bei Sparkasse Ulm
(BLZ 630 500 00)
Kennwort „Folteropfer"

„Blaue Lungen"

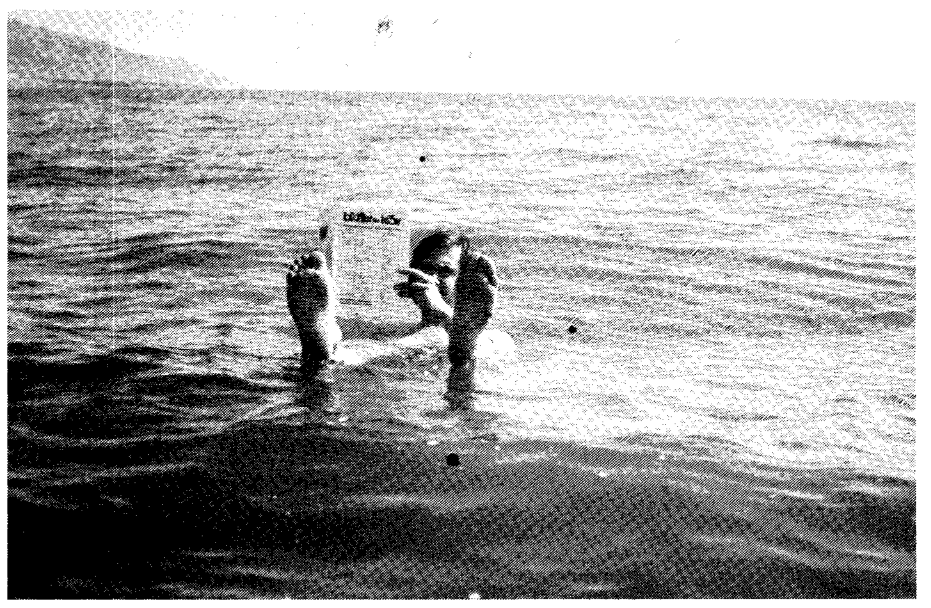
Seit dem Verbot der Giftmüllverklappung in der Nordsee und der weltweiten Abnahme der schiffahrtsbedingten Meeresverschmutzung Ende der achtziger Jahre gehört globale Meeresumweltpolitik, jenseits von Nord- und Ostsee, zu einem der Stiefkinder der deutschen Umweltbewegung. Die „neuen" Themen – wie Treibhauseffekt, Ozonloch oder Artenvielfalt – bestimmen die Debatte. Dies ist bedauerlich, wenn man, abgesehen von der Erhaltung dieser einzigartigen Ökosysteme, ihre Notwendigkeit als Eiweiß- und Sauerstofflieferant bedenkt. So werden die grünen Lungen der Erde (Regenwälder) in ihrer Klimawirkung von den „blauen Lungen" weit übertroffen.

Bislang hat die internationale Politik noch kaum auf die langfristige Zerstörung der marinen Ökosysteme reagiert. Zwar legt die seit November 1994 rechtskräftige UN-Seerechtskonvention für eine Reihe von „klassischen" Problemfeldern, wie Seeschiffahrt, Verklappung und Offshore-Ölförderung, verhältnismäßig weitreichende Standards fest, doch für die 80% der Meeresverschmutzung, die von Emissionsquellen auf dem Land verursacht werden, bleibt es bei vagen Kann-Bestimmungen. Damit müssen die Vertragsparteien zukünftige internationale Standards lediglich „in Betracht ziehen" und sich „bemühen", neue verbesserte Regelungen zu treffen.

So verbleibt es mangels eines globalen Regimes gegen landgestützte Verschmutzung bei den sogenannten „Regionalmeerprogrammen" des UN-Umweltprogramms in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie der europäischen Politik zum Schutz von Nord- und Ostsee. Wenn man sehr bescheidene Kriterien anwendet, könnte man den Nordsee- und Ostseeregimen gewisse Erfolge bescheinigen. Für den Süden jedoch ist die bisherige Meeresumweltpolitik im Rahmen des UNEP fast gänzlich gescheitert. Konkrete Aktionsprogramme, die die Meere wirksam vor den Schadstoffrachten der Flüsse und der weiträumigen Luftverschmutzung bewahren könnten, sind noch kaum erfolgt. So ergießen sich beispielsweise weiterhin 95% aller Abwässer im Süden unbehandelt in die Flüsse und so in die Meere.

Die zukünftige Entwicklung verspricht wenig Besserung, wenn keine einschneidenden internationalen Maßnahmen erfolgen. Zur Zeit leben 60% der Weltbevölkerung in den Küstenzonen, und es wird erwartet, daß sich die Bevölkerung dieser Gebiete in 20 bis 30 Jahren ungefähr verdoppelt hat. Angesichts dieses hohen Bevölkerungszuwachses und des Wachstums der industriellen Produktion im Einzugsgebiet der großen Flußsysteme sind daher weitere und möglicherweise unumkehrbare Schädigungen der marinen Ökosysteme zu befürchten. Effektive und verbindliche Maßnahmenkataloge, die diese Trends im Sinne einer vorsorgenden Umweltpolitik umkehren könnten, sind aber auch im Folgeprozeß der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung kaum zu erwarten.

Bislang fand der globale Meeresschutz



Wir haben die „blätter" von unseren Kindern nur geborgt



Wo ist Heinrich Lummer?

kaum Eingang in die deutsche NGO-Diskussion. Innerhalb des NGO-Forums „Umwelt und Entwicklung", das sich im UNCED-Prozeß gründete, gibt es zwar neun themenspezifische Arbeitsgruppen, darunter jedoch keine, die den Schutz der Meere im Süden und Norden als Schwerpunkt hat. Nun hat sich ein Arbeitskreis zum Thema „Globale Meeresumweltpolitik" gebildet. In diesem arbeiten bis dato jedoch nur Umweltverbände mit (u.a. WWF, Greenpeace, Aktionskonferenz Nordsee, BUND). Entwicklungspolitische Verbände oder Gruppen haben sich noch nicht angeschlossen. So scheint die in Rio beschworene Vernetzung von Umwelt-NGOs und Entwicklungs-NGOs in der Meeresumweltpolitik bis jetzt nicht möglich.

Das erste Ziel des Arbeitskreises ist die Erarbeitung einer Stellungnahme für die vierte Sitzung der in Rio gegründeten UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung, die im Frühjahr 1996 den globalen Meeresschutz erörtern wird. Eine zentrale Forderung wird die Erstellung einer Internationalen Meeresschutz-Konvention sein, die insbesondere die Bedürfnisse der Menschen im Süden berücksichtigt. Sie sollte die UN-Seerechtskonvention im Bereich der landgestützten Emissionen konkretisieren. Wichtig hierfür wäre eine Rahmenverpflichtung zum Schutz der Meere. Weitere Vorschläge sind: ein Modus, durch den (regionale) Protokolle gegen landgestützte Meeresverschmutzung für die Länder des Südens sukzessive vereinbart und im Norden bereits bestehende Regelungen in das globale Regime integriert werden können; ein Finanzierungsmechanismus „Blauer Fonds", durch den der Norden die Programme im Süden mitfinanzieren könnte; und eine feste und wechselseitige vertragliche Verknüpfung zwischen den Finanzierungsverpflichtungen des Nordens und den Reduktionsverpflichtungen des Südens.

Diese und weitere Forderungen sollten in der Stellungnahme enthalten sein, die im Frühjahr 1996 der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung vorgelegt werden. Dabei werden neben globalen Problemen auch die Versäumnisse der Bundesregierung „zu Hause", also in bezug auf Nord- und Ostsee, benannt. Alle Nichtregierungsorganisationen, insbesondere auch entwicklungspolitisch orientierte, sind aufgefordert, sich zu beteiligen.

Frank Biermann

Militärische Lösung

Gegen das Verbot der bundesweiten Demonstrationen „Für eine politische Lösung in Kurdistan" protestierten am 18.11. etwa 500 Menschen in Köln. Über 330 von ihnen wurden vor dem Kölner Dom festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und erst nach Stunden wieder freigelassen.

Der Kölner Polizeipräsident hatte die Demonstration mit der Begründung verboten, es handele sich um eine Versammlung der PKK und nach polizeilichen Erkenntnissen seien 15.000 Kurden im Anmarsch. PKK-Generalsekretär Öcalan hätte aus Syrien Befehl dazu erteilt. Diese Konstruktion hätte vor ein paar Jahren noch republikweit Lacher erzeugt – aber die Verbotsbegründung hielt vor zwei Gerichten stand.

Die ‚Informationsstelle Kurdistan e. V.' Veranstalterin der geplanten Demonstration erklärte, daß die Verbotskonstruktion politischen Vorgaben folge. Die Bundesrepublik wolle jeden Protest gegen ihre finanzielle und militärische Unterstützung der türkischen Kurdistanpolitik und der Behandlung von KurdInnen in Deutschland mundtot machen – notfalls gewaltsam. Tatsächlich hatten über 100 Organisationen und Gruppen ausdrücklich die hiesige Solidaritätsbewegung zu der Demonstration aufgerufen. 3.000 bis 5.000 deutsche TeilnehmerInnen waren erwartet worden.

Am Tag der verbotenen Demonstration wurden in vielen Städten TeilnehmerInnen schon am Besteigen der Busse gehindert. In und um Köln waren Zufahrtsstraßen abgesperrt. Es gab Staus auf den Autobahnen, massive Kontrollen und Platzverweise am Bahnhof. Ein kleiner Protestzug wurde von der Polizei eingekesselt und gewaltsam zurückgedrängt. Brutale Übergriffe gegen einzelne, auch gegen Journalisten zeigten die Nervosität.

Auf einer Pressekonferenz erklärte eine Mitarbeiterin der ‚Informationsstelle Kurdistan e. V.', daß man sich dem Verbot des öffentlichen Protestes nicht beugen wolle. Auch VertreterInnen des BUKO äußerten die Idee zu einer neuen bundesweiten Demonstration für eine politische Lösung in Kurdistan und gegen das PKK-Verbot.

Roland Röder
(BUKO/Aktion 3. Welt Saar)

Sündenbockverfahren

Die Verlegerin und Besitzerin des Belge-Verlages in Istanbul, Ayse Nur Zarakolu, wurde am 28. September vom obersten Gerichtshof in Ankara zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten und einer Geldstrafe von 50 Mio. Türkische Lira (TL) verurteilt. Damit wurde das Urteil bestätigt, das schon im Januar vom Staatssicherheitsgericht in Istanbul wegen der Veröffentlichung eines Buches des ehemaligen Vorsitzenden der spä-

ter verbotenen Partei der Demokratie (DEP) Yasar Kaya gefällt worden war. Frau Zarakolu, die momentan auf Kaution frei ist, muß ihre Haft am 27. Dezember antreten.

Gleichzeitig sind noch weitere Verfahren gegen die Verlegerin anhängig. Am 3. Oktober mußte sie sich vor dem Staatssicherheitsgericht gleich für fünf weitere Veröffentlichungen verantworten. Unter anderen für das Buch „Brakuji-Kurdischer Bürgerkrieg" des kurdischen Journalisten Faysal Dagli, wofür eine Strafe von 5 Monaten und 41 Mio. TL verhängt wurde. Dieses Urteil ist jedoch noch nicht endgültig und wurde an den Obersten Gerichtshof verwiesen. Weiterhin war die Übersetzung einer Untersuchung des Juristen Vahakn N. Dadrian über die rechtliche Dimension des Völkermordes an den Armeniern Gegenstand der Verhandlung, die noch einmal auf den 7. Dezember vertagt wurde.

Die Verfahren gegen den Belge-Verlag stützen sich – neben Artikeln des Strafgesetzbuches über die sogenannte „Separatistenpropaganda" – vor allem auf die Artikel 7 und 8 des Antiterrorgesetzes. Die bis vor kurzem regierende Koalition hat ihr Versprechen, den Paragraphen 8 des Antiterrorgesetzes aufzuheben, nicht wahrgemacht. Im Gegenteil wurde dieser Paragraph noch dahingehend erweitert, daß VerlegerInnen an der Stelle von SchriftstellerInnen verurteilt werden können, wenn letztere nicht auffindbar sind. Die Folge dieser Gesetzeserweiterung bekommt Ayse Nur Zarakolu mit voller Wucht zu spüren: Sie kann verantwortlich gemacht werden für jedes Wort, das der Belge-Verlag veröffentlicht. Gewünschtes Ergebnis solcher Politik ist Selbstzensur von VerlegerInnen oder Aufgabe.

Der Belge-Verlag, dem schon mehrfach das Ende prophezeit wurde, steht durch diese erneute Kette von Verfahren nun endgültig kurz vor dem Bankrott – ganz zu schweigen von den Haftstrafen gegen die Verlegerin. Wir verweisen daher noch einmal auf unsere Spendenaktion für den Belge-Verlag (s. ‚blätter' Nr.198, 200 und 204):
Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01,
Kto. Nr. 25 120 08 Stichwort Belge-Verlag

„Die Kleider der toten Weißen"

Unter diesem Titel steht ein Dokumentarfilm, der von den Gewinnern und Verlierern beim Altkleidergeschäft handelt. „Oburoni Wawu", die Kleider der toten Weißen – mit diesem Begriff wurden in Ghana die ersten Altkleider bezeichnet, die als Spenden aus Europa eintrafen; unvorstellbar, daß Lebende so gute Kleider wegwerfen könnten. Diese Bezeichnung hat sich in der Umgangssprache erhalten, auch wenn die Altkleider in Ghana und vielen anderen Ländern des Kontinents längst von kommerziellen Händlern vertrieben werden und auch kein Geheimnis mehr um deren Herkunft besteht.

Fast ungebrochen ist hingegen noch immer die Legende vom karitativen Nutzen der Altkleidersammlungen. Nicht nur in Deutschland versichern die Sammelaufrufe den unter der Last der Altkleider stöhnenden Konsumenten immer wieder, diese kämen den Bedürftigen in den Ländern der „Dritten Welt" zugute. Doch es gibt seit langem Anlaß, an dieser Sicht der Dinge zu zweifeln. Die Frage, wer wirklich vom Altkleiderhandel profitiert und was es sonst noch für Merkwürdigkeiten mit diesem Geschäftszweig auf sich hat, steht deshalb im Mittelpunkt dieses Dokumentarfilmes.

Auf dem Weg der Altkleider von der Sammlung in Europa bis zu den Märkten in Afrika entpuppt sich die Spende weniger als ein Akt der Nächstenliebe, denn als ein gewöhnlicher Zweig der Exportindustrie, der jährlich in Deutschland 350 Millionen Mark umsetzt. So tragen die KäuferInnen in Afrika dazu bei, die sozialen Dienste in den Industrieländern zu finanzieren.

Der volkswirtschaftliche Preis, den Afrikaner dafür zahlen, ist hoch. Mit dem scheinbar billigen Kauf der Altkleider zerstören sie nationale Textilindustrien und geraten noch stärker in die Abhängigkeit von den Industrieländern. Die Textilindustrie in vielen Staaten Afrikas steckt heute in einer tiefen Krise. Dabei hätte sie die Kapazität, 90% des Kleiderbedarfes des Kontinents zu decken. Und mit der eigenen Textilproduktion verschwindet ein Teil Kultur – denn Kleidung ist mehr als Ware.

Franziska Strobusch/Boris Terpinc

Verleih:
Evang. Medienzentrum Württemberg
Tel. 0711/2227667;
Fax: 0711/2227643

La Guillotina

Das Kollektiv „La Guillotina" ist eine Forschungs- und Analysegruppe, die sich aus Mitgliedern verschiedener Universitäten in Mexiko-City zusammensetzt. Sie vereint die Überzeugung, daß „es keine gesellschaftliche Revolution ohne einen radikalen Wandel unseres Bewußtseins und unseres Alltags geben kann". In dem Projekt sind verschiedene Strömungen der Schwulen-, Frauen- und Umweltschutzbewegungen sowie anarchistische und libertär-kommunistische Kreise zusammengeflossen. Zudem veröffentlicht „La Guillotina" seit zwölf Jahren eine gleichnamige Zeitschrift. Deren Hauptziel sieht das Kollektiv darin, „die Praxis der traditionellen Linken über die politische Hinterfragung des Alltags und der Erforschung möglicher Alternativen zur zivilisatorischen Krise der Menschheit zu diskutieren".

Im Kampf um die gesellschaftliche Revolution entwickelte sich im Laufe der letzten Jahre zwischen „La Guillotina" und der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN eine enge Zusammenarbeit. Deren politische und organisatorische Prinzipien betrachtet das Kollektiv als eine globale politische Alternative. So besteht auch ein wichtiger Bereich der gemeinsamen Arbeit darin, die Prinzipien der EZLN über die nationalen Grenzen hinaus zu tragen. Dadurch soll international die Reflexion über die kulturellen und politischen Aspekte der zapatistischen Bewegung gefördert werden und die weltweite Solidarität und der Druck auf den mexikanischen Staat wachsen.

Auch in der CND (Nationale Demokratische Konvention), in der sich die verschiedenen revolutionären Kräfte Mexikos sammeln, ist „La Guillotina" vertreten und wirkte hier unter anderem an der Organisation der nationalen und internationalen Befragung für Frieden und Demokratie mit, welche am 13. September 1995 abgeschlossen wurde. In dieser Consulta wurden weltweit 1,2 Millionen Menschen zu den wichtigsten politischen und sozialen Problemen des Landes, zur gleichberechtigten Beteiligung der Frauen am politischen und sozialen Leben und zur zukünftigen Organisation der EZLN befragt.

Gegenwärtig veranstalten zwei Redaktionsmitglieder von „La Guillotina" in einigen Städten Europas Vorträge, Videovorführungen und Foto-Wanderausstellungen, die in Zusammenarbeit mit den zapatistischen Komitees entstanden sind.

Für weitere Infos und Solidaritätserklärungen:
Colectivo La Guillotina
Boulevard a Querétaro No. 5
Viveros de la Loma
Tlanepantla, Edo. Mex. CP 54080
(Ciudad de México)

Tagungshinweise

„Frauen in Algerien – zwischen fundamentalistischer Bedrohung und staatlicher Bevormundung" lautet das Thema einer Tagung in Zürich am **9. u. 10.12.95**. Die algerischen Frauen führen zwischen frauenfeindlicher Gesetzgebung und islamistischem Terror einen regelrechten Überlebenskampf. Vertreterinnen aus Algerien berichten über die Situation vor Ort und ihre Sichtweise des „europäischen Fundamentalismus". Schnell anmelden bei Solifonds, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel.: 00411/1/2726037

Eine Studienkonferenz der Thomas-Morus-Akademie Bensberg beschäftigt sich unter dem Motto **„Reisen ... warum?"** am **11. u. 12.12.95** mit Tourismus/Mobilität aus historischer, theologischer, pädagogischer, soziologischer und ökologischer Sicht. Fragen nach Sinn und Zweck der immer mehr zunehmenden (Kurz-)Reisen stehen im Vordergrund der Konferenz. Infos: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Overather Str. 51–53, 51429 Bergisch Gladbach, Tel.: 02204/408472

Der Politische Arbeitskreis Schulen e.V. bietet vom **15.–17.12.95** in Bonn ein Seminar zu **Campesinos** an. Es ist für 16-25jährige gedacht und kostet 35,– DM Teilnahmegebühren. Infos: Politischer Arbeitskreis Schulen, Postfach 180202, 53032 Bonn, Tel.: 0228/636102

Ein Bananen-Infotag mit dem Titel **„Krumme Geschäfte mit der gelben Frucht"** findet am **16.12.95** in Ellwangen statt. Infos: Werkstatt Solidarische Welt, Postfach 1252, 73472 Ellwangen/Jagst, Tel.: 07961/905530

Zeitschriftenschau

Forum
Das Schwerpunktheft **„Sexualität Macht Lust"** des Vereins für entwicklungs-pädagogische Zusammenarbeit beschäftigt sich zu gleichen Teilen mit Sexualität, patriarchalischen Strukturen und Sex-Frust hier und Prostitution und Sextourismus im Ausland. Neugierig macht ein „ultimativer Sex-Test" im Heft. Weitere Themen: Rassismus und Polizei * das Jugend-Umwelt-Netzwerk Jump * Louisa Haroun: Über die politische Lage in Algerien * Medien in Afrika. Bezug: FORUM, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen

Biopoly
Die BUKO-Agrar-Koordination gibt eine neue Zeitschriftenreihe heraus, die sich mit genetischen Ressourcen/biologischer Vielfalt befaßt. Die Hefte sollen alle zwei Monate erscheinen und folgende Schwerpunkte haben: pflanzengenetische Ressourcen * Gentechnologie und genetische Vielfalt * Patentierung * genetische Ressourcen und Dritte Welt * Berichte und Materialien zu der Technischen Konferenz der FAO * Projekte und Aktionen. Einzelheft: 3 DM. Bezug: BUKO-Agrar-Koordination, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Solidaridad 180
Die Berichte aus Chile haben diesmal folgende Themen: „Nachhaltige Zerstörung" * Mitsubishi in den Wäldern, Hoechst auf den Feldern * Santiago, die geteilte Stadt * Privatisierung der Müllentsorgung * Krebserregende Tomaten und Pfirsiche * Chile in den Klauen der NAFTA. 5 DM, Bezug: Katholische StudentInnengemeinde, Frauenstr. 3–7, 48143 Münster

Asháninka
Die Infostelle Peru hat eine Ausstellung zu den Asháninka-Indianern in Peru erarbeitet, die über die bestürzende Situation dort informiert. Gleichzeitig werden Hintergründe zur Entstehung der Situation, zum Bürgerkrieg und „Sendero Luminoso" im peruanischen Regenwald geliefert. Bezug: Infostelle Peru, Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg

---

Bücher und Broschüren

Als der Kerker zur Theaterwerkstatt wurde – Das „Teatro Carcelario" von Mauricio Rosencof. Büro für Kultur und Medienprojekte, Hamburg 1995, 144 S., 15 DM. Bezug: POB 500161, 22701 Hamburg

Peter Eicher, Heiko Harms, **Besser fair handeln** – Tips für Weltläden und Aktionsgruppen. Bayrische Dritte Welt Handel e.G., Haimhausen 1995, Infomappe Din A4, 60 S., DM 25. Bezug: Alte Kreisstr. 29, 85778 Haimhausen

RIAD/Ruhrgebiets-Internationalismus-Archiv Dortmund(Hrsg.), **Die Mentalität des Tangos** – Tupamaros, Basisbewegung und die Internationale Solidarität, Dortmund 1995, Din A4, 74 S., Bezug: RIAD, Unnaerstr. 44, 44154 Dortmund

AIDS * Afrika * Bevölkerungspolitik Texte aus dem „Projekt kritische AIDS-Diskussion" Nr.3, Berlin 1995, Din A4, 139 S., DM 10. Bezug: LAZ, Crellestr.22, 10827 Berlin

Cultur Cooperation (Hg.), **Apartheid im Kunstbetrieb** – Zur Präsentation und Rezeption zeitgenössischer Kunst aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Australien in Europa. Hamburg 1995, Din A4, 40 S. Bezug: Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg

Duong Thu Huong, **Roman ohne Titel.** Horlemann, Bad Honnef 1995, 303 S., DM 38

Assit Datta (Hrsg.), **Wieviel Bevölkerungswachstum vertragen die Medien** – Analyse der Berichtersattung zur Kairo-Konferenz. August 1995, 60 S., DM 5. Bezug: Landesmedienstelle, 30149 Hannover

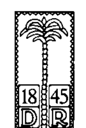
Thomas Fues,Barbara Unmüssig, **Neues Geld für die Weltbank** – Kontroversen und Positionen zur Weltbanktochter IDA. WEED-Arbeitspapier 3/95. Bezug: Berliner Platz 1, 53111 Bonn.

P.Feldbauer u.a.(Hg.), **Industrialisierung – Entwicklungsprozesse in Afrika**, Asien, Lateinamerika. Brandes&Apsel, Frankfurt 1995, 264 S., DM 39.80

Kiros Abeselom, **Der Mythos der Überbevölkerung als Mittel zur Wahrung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen.** Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 1995, 208 S., DM 36

cfd/Christlicher Friedensdienst (Hrsg.), **Welcher Friede?** – Palästina nach dem Oslo-Abkommen. cfd-Blatt Nr.408 / 1995, 50 S., DM 12. Bezug: cfd Falkenhöheweg, Postfach, CH-3001 Bern

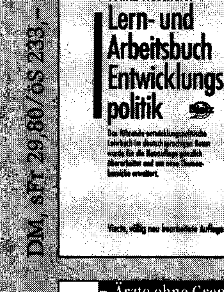
---







Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt
UNHCR-Report 1995/96



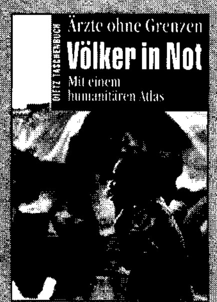
Franz Nuscheler
Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik



Welthandel und Menschenrechte



Joni Seager
DER ÖKO-ATLAS
NEUAUSGABE



Ärzte ohne Grenzen
Völker in Not
Mit einem humanitären Atlas



Christa Randzio-Plath
Sigrid Mangold-Wegner
Frauen im Süden